

Jahresbericht der chemischen Industrie 2017

Inhaltsverzeichnis

ARBEITSSCHWERPUNKTE 5



Chemikalienrecht 2017/2018 6

Die REACH Registrierung kommt in ihre entscheidende Phase. Herausforderungen bieten CLP und Biozidrecht.

Endokrine Disruptoren und neue Gefahren? 8

Kriterien für hormonschädigende Stoffe gesucht.

Circular Economy Package 10

Ende 2017 konnte ein Kompromiss zu der Novellierung von fünf wesentlichen EU-Richtlinien erzielt werden.

EU-Energiepaket „Clean Energy for all Europeans“ 12

Gemeinsam auf dem Weg zu den 2030 Energie- und Klimazielen.

Responsible Care 14

Die Nachhaltigkeitsinitiative feierte ihr 25-jähriges Bestehen.

Im Fokus des FCIO 16

Die „beste verfügbare Technik“ für industrielle Prozesse.

Kollektivvertragsverhandlungen 2017 17

Ist-Löhne und -Gehälter wurden um 1,85 Prozent erhöht.

Krebserzeugende Arbeitsstoffe 18

EU-Fahrplan erreicht 2018 in Wien Ziellinie.

Gefahrguttransport - TUIS 19

Nur geringfügige Änderungen bei Regeln für Gefahrguttransport.

Abfall 20

Kreislaufwirtschaftspaket prägt die Abfallgesetzgebung.

Forschung 21

Rechtssicherheit für Innovationen in Forschung.

Biotechnologie 21

Belastungen durch Datenschutzgrundverordnung aus dem Weg räumen.

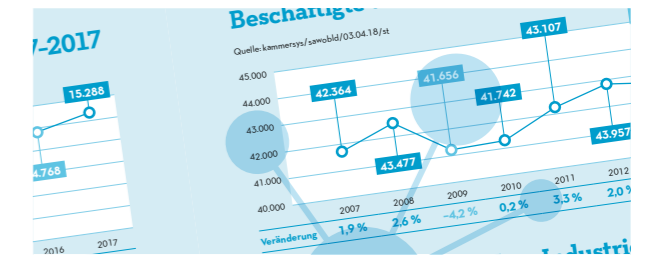
Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen 22

Arbeit am Image der chemischen Industrie.

Bildung 24

Lehrberuf Chemieverfahrenstechnik 4.0

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE 25



Wirtschaftsbericht 26

Österreichs chemische Industrie 2017 – die Wirtschaft wächst und Österreichs Chemie wächst mit.

Pharmazeutische Industrie – auf globalen Märkten behauptet 29

Biokraftstoffe 30

Kunststoffe 31

Mineralische Düngemittel 32

Organische Düngemittel 2017 33

Pflanzenschutz 33

Waschmittel/Kosmetik/Aerosole 34

Bauchemie 35

Lackindustrie 36

Technische Gase 36

Fasern 37

Bitumenemulsionsindustrie unter Preisdruck 38

Dachbahnen 38

Kautschukindustrie 38

DIE STIMME AUS DER INDUSTRIE - NEWSLETTER 39

Unser Funktionäre äußern sich in Form von Gastbeiträgen in der Rubrik „Stimme aus der Industrie“ in unserem Newsletter WebChemFocus zu aktuellen Themen aus ihrem Alltag.

ANHANG 60

Geschäftsverteilung 61

Ausschüsse 62

Kontakte 63

IMPRESSUM

Herausgeber: Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs,
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Österreich

Redaktion und Text: FCIO

Gestaltung: effundwe.at

Druck: Donau Forum Druck Ges. m. b. H.

www.donau-forum-druck.at

Bildquellen: shutterstock.com, Cefic (S. 22), ÖGUT/Petra

Blauensteiner (S. 23), Marko Kovic (S. 23)



Komm.-Rat Ing. Hubert Culik, MAS
Fachverbandsobmann

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

nach mehreren Jahren der Durststrecke konnte die chemische Industrie 2017 endlich wieder ein Plus verzeichnen. Auch die Zuwächse bei den Mitarbeiterzahlen und die anhaltend gute Auftragslage sprechen dafür, dass die Stagnation überwunden ist und wir uns wieder bergauf bewegen.

Diesen Aufschwung gilt es nun zu nutzen, um den Standort zu stärken, damit wir auch in Zukunft profitabel arbeiten können. Im Programm der neuen Regierung sind hierzu einige positive Schwerpunkte gesetzt – zum Beispiel die Arbeitszeitflexibilisierung, umfassende Deregulierungsvorhaben wie die Vereinfachung von UVP-Verfahren oder etwa die Abkehr vom Gold Plating bei der Umsetzung von EU-rechtlichen Bestimmungen.

Gleichzeitig finden sich auch Punkte, die einer gezielten Beobachtung bedürfen wie etwa, dass Energieagenden ins Nachhaltigkeitsministerium verlegt wurden oder aber das Aufgreifen des populistischen Themas „Glyphosat“. Es darf nicht passieren, dass Politiker in Zukunft Kampagnen von Umweltschützern mehr Glauben schenken als wissenschaftlichen Fakten. Wenn Entscheidungsträger sich statt auf wissenschaftliche Expertise lieber auf die Meinung der Bevölkerung verlassen, dann könnte das für uns als Erzeuger und Verarbeiter von Stoffen mit Gefahrenpotenzial weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen.

Weiters kommen mit der österreichischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2018 auf den Fachverband einige Aufgaben zu. Auch wenn aufgrund der Parlamentswahlen 2019 und des nahenden Brexits wenige Gesetzesvorschläge der Kommission zu erwarten sind, so werden doch etliche Themen wie etwa REACH, Chemikalienleasing oder die Kunststoffstrategie als Teil des Kreislaufwirtschaftspakets während der österreichischen Präsidentschaft eine Rolle spielen.

Um der chemischen Industrie zu der öffentlichen Wahrnehmung zu verhelfen, die ihr gerecht wird, ist es notwendig, die Stärken unserer Branche in den Bereichen der Innovationskraft aber auch der Nachhaltigkeit in den Vordergrund zu rücken. Der Fachverband hat dies im vergangenen Jahr mit drei Veranstaltungen getan: Dem Innovation Day Kunststoff, der 25-Jahr-Jubiläumsfeier der Responsible Care Initiative und dem Stakeholderdialog Biobased Industry. Veranstaltungen mit ähnlichen Schwerpunkten sind für 2018 geplant.

Andererseits arbeitete der Fachverband mittels der Werbekampagne „Chemie ist in“ am ambivalenten Image von Chemie, um den Menschen aufzuzeigen, wo im Alltag sie überall auf nützliche Produkte der chemischen Industrie stoßen. Mit Ende des Jahres fand eine Ausschreibung für eine neue Werbekampagne statt, die einen Wechsel der Agentur mit sich brachte. Die neue Kampagne mit dem Slogan „Es gibt für alles eine Formel“ konnte bereits schöne Reichweitenerfolge verzeichnen und macht neugierig auf mehr.

Die chemische Industrie ist gut aufgestellt und hat ihre Hausaufgaben gemacht. Mit der nötigen Flexibilität, unternehmerischer Umsicht und einem präzisen Blick für globale und ökologische Zusammenhänge sollte es uns gelingen, den Wachstumskurs fortzusetzen. Auch wenn diese Erfolge ebenso von externen Faktoren abhängen, so bin ich zuversichtlich, dass wir die Herausforderungen, die auf uns zukommen, gut meistern werden!

Ihr

Obmann Hubert Culik

ARBEITS- SCHWER- PUNKTE

Wer mit Chemikalien arbeitet, den erwarten umfangreiche Regulierungen, die beachtet werden müssen. Egal ob REACH, CLP oder Biozidrecht – die Chemikaliengesetzgebung stellt für Unternehmen eine große und auch kostspielige Herausforderung dar. Aber auch das Kreislaufwirtschaftspaket oder das Paket „Clean Energy for all Europeans“ bringen legislative Änderungen, die es zu beobachten gilt. Ein Hauptanliegen des Fachverbandes ist die Verbesserung der Effizienz der Gesetzgebung und ein Abbau der Bürokratie.

Chemikalienrecht 2017/2018

REACH: Registrierung geht in die entscheidende Phase; Herausforderungen bei CLP und Bioziden setzen sich fort!

Bei der REACH-Verordnung steht die letzte Registrierungsphase Ende Mai 2018 vor der Tür. 2017 war für die Mitgliedsunternehmen geprägt von der Vorbereitung darauf. Potentielle Registranten bemühen sich, die Dossiers im ersten Quartal 2018 rechtzeitig fertigzustellen, obwohl gerade in dem Bereich zwischen einer und 100 Jahrestonnen die dafür notwendigen Kosten unverhältnismäßig hoch im Vergleich zum Umsatz sein können. Für nachgeschaltete Anwender bedeutet dies auch eine große Unsicherheit. „Werden alle Spezialchemikalien, die ich für die Produktion benötige, auch nach Mai 2018 noch verfügbar sein?“, lautet hier die entscheidende Frage. Zumindest eins ist sicher: die erhebliche Unsicherheit wird Mitte 2018 beendet sein.

Ungewissheit bei Nanomaterialien

Ungewissheit herrscht auch bei Nanomaterialien: Bis zur letzten Registrierungsfrist ist nicht klar, ob und welche zusätzlichen Informationen für Nanomaterialien bei der Registrierung berücksichtigt werden müssen. Die entsprechenden Änderungen der REACH-Anhänge liegen erst als Entwurf vor. Da zusätzlich auch die Nano-Definition 2018 überarbeitet werden soll, wird ein Dossier-Update zu einem späteren Zeitpunkt jedenfalls notwendig sein.

Informativer Workshop

Um die Unternehmen vorzubereiten, veranstaltete der Fachverband 2017 gemeinsam mit der umweltpolitischen Abteilung der WKÖ und der europäischen Chemikalienagentur ECHA einen erfolgreichen Workshop (www.reach2018.at) und unterstützte alle Mitglieder in individuellen Beratungen zu REACH 2018.

Ressourcenintensive Evaluierungen

Eines darf bei allem Fokus auf die Registrierung nicht vergessen werden: Die Übermittlung der Dossiers an die europäische Chemikalienagentur ist nur der Startschuss unter REACH. Die eventuell darauffolgenden Evaluierungen durch ECHA oder die Mitgliedsstaaten beziehungsweise notwendige Risikomanagementmaßnahmen sind bei weitem ressourcenintensiver. Gerade die Zulassung gewinnt immer mehr an Bedeutung: 174 besonders besorgniserregende Stoffe wurden bis Anfang 2018 als Zulassungskandidaten identifiziert, darunter Stoffe, die als Lösungsmittel und Katalysatoren für Teilbereich der chemischen Industrie unverzichtbar sind. 43 Stoffe unterliegen bereits dem Zulassungsverfahren, weitere werden 2018 folgen. Zusätzlich wachsen die Verwendungsbeschränkungen von Stoffen unter REACH ständig weiter.

Kein Verschlaufen bei CLP

Die Umstellung auf die CLP-Verordnung wurde mit dem Ende der letzten Abverkaufsfrist Mitte 2017 vollständig abgeschlossen. Nur mehr nach CLP eingestuft und gekennzeichnete Chemikalien dürfen in Europa in Verkehr gebracht werden. Allerdings bedeutet auch die erfolgreiche Bewältigung der Übergangsphase für unsere Mitgliedsunternehmen kein Verschlafen. Ständig neue, überarbeitete Vorschläge für harmonisierte Einstufungen müssen im Blick behalten und mit allen Beteiligten intensiv diskutiert werden: bestes Beispiel dafür ist die Meinung des ECHA-Ausschusses für Risikobeurteilung zur Einstufung von Titandioxid als möglicherweise krebserzeugend, der im kommenden Jahr zur Abstimmung gelangen und große Auswirkungen für die gesamte chemische Industrie haben kann. Zusätzlich müssen betrieblich Vorbereitungen auf die neue Rezepturmeldung an Vergiftungsinformationszentralen getroffen werden. Auch wenn das Ziel der EU-weiten Vereinheitlichung und der Aufbau eines zentralen Übermittlungsportals, für das sich der Fachverband intensiv eingesetzt hat, auf längere Sicht Einsparungspotential mit sich bringt, so fallen bis 2020 zusätzliche Aufgaben für unsere Mitgliedsunternehmen an.

Biozidrecht ist Herausforderung

Gerade das Biozidrecht ist für die betroffenen Unternehmen des Fachverbandes besonders belastend. Holzschutzmittel, Desinfektionsmittel und viele andere Biozidprodukte können nicht mehr ohne umfangreiche EU-Bewertung der Wirkstoffe und Produktzulassung in Verkehr gebracht werden. In zahlreichen Diskussionen mit allen

Beteiligten setzt sich der Fachverband immer wieder für rechtliche Erleichterungen ein, beispielsweise bei Biozidproduktfamilien. Zunehmend problematischer wird die automatische Kopplung der CLP-Einstufung an die Wirkstoffgenehmigung und die Biozidproduktzulassung gesehen. Dies führt zum Wegfall wichtiger Topfkonservierungsmittel oder zu massiven Anwendungseinschränkungen von Biozidprodukten. Auch die Kriterien für hormonschädigende Stoffe, die demnächst für Biozidprodukte, in weiterer Folge auch für Pflanzenschutzmittel sowie REACH-Stoffe gelten, erhöhen den Druck auf Unternehmen, nach Ersatzstoffen zu suchen. Hier gilt es, sich für eine möglichst pragmatische Umsetzung der Kriterien in andere Rechtsbereiche einzusetzen.

Better Regulation dringend benötigt

All diese genannten stoffrechtlichen Regelungen haben eines gemeinsam: sie stellen trotz intensiver Vorbereitung der Unternehmen, unterstützt durch zahlreiche Initiativen des Fachverbandes, eine gewaltige Herausforderung für die chemische Industrie dar. Zu hoffen bleibt, dass nicht nur die EU-Kommission im Rahmen ihres „Better Regulation“ Prozesses die richtigen Konsequenzen zieht, sondern auch die neue Regierung ihre Ankündigungen für administrative Erleichterungen ernst nimmt. Immerhin tragen laut Erhebung der EU-Kommission stoffrechtliche Regelungen zu einem Drittel der knapp 10 Milliarden Euro an Bürokratiekosten im Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa bei. Der jüngst veröffentlichte REACH-Review zeigt in Ansätzen das Optimierungspotential der chemikalienrechtlichen Regelungen auf.



Endokrine Disruptoren und neue Gefahren?

Hormonschädigende Stoffe – Entwicklung und Implementierung der EU-Kriterien

Eine Definition der Kriterien für hormonschädigende Stoffe hat Auswirkungen auf alle Sektoren der chemischen Industrie.

Das Hormonsystem ist ein komplexes System von Botenstoffen – den Hormonen – die in vielfältiger, oft noch nicht verstandener Weise auf Körperfunktionen wirken. Verschiedenste chemische Stoffe – natürliche wie synthetische – können aufgrund ihrer Ähnlichkeit mit körpereigenen Hormonen in dieses System eingreifen, wo sie teils nützliche, teils schädigende Wirkungen bei Menschen oder Tieren zeigen.

Die EU hat im Jahre 1999 eine Unionsstrategie für hormonschädigende Stoffe, die als endokrine Disruptoren bezeichnet werden, beschlossen, um deren Verwendung und Verbreitung in der Umwelt zu regulieren. Die Festlegung von einheitlichen Kriterien ist dabei der erste Schritt, der sich derzeit in der Abschlussphase befindet. Als Ausgangspunkt dient dabei eine Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO aus dem Jahre 2002. Für regulatorische Prozesse ist es nötig, diese Definition hinsichtlich Praxistauglichkeit für verschiedene Rechtsmaterien zu adaptieren.

Ausgewogene Kriterien, die endokrine Disruptoren identifizieren, verhindern einerseits, dass der Mensch und die Umwelt schädigenden Stoffen ausgesetzt sind und andererseits, dass überschüssig reguliert wird. Die Zeitspanne zwischen Veröffentlichung der Unionsstrategie und dem Verlautbaren von Kriterien verdeutlicht, dass die Entscheidungsfindung äußerst schwierig ist.

Die Ausgestaltung der Kriterien hat für alle Branchen der chemischen Industrie teils drastische Auswirkungen. Bestimmungen, die einen Marktzugang von Stoffen mit hormonschädigenden Eigenschaften verhindern, sind in der Pflanzenschutzmittel- (PSM) und Biozidprodukte-Gesetzgebung, sowie in der europäischen Chemikalien-Verordnung REACH vorgesehen. Im Kosmetikbereich, bei Lebensmittelkontaktmaterialien, Medizinprodukten, Gebrauchsgegenständen, Spielzeug sowie in der Wasserrahmen-

richtlinie werden vorrangig Beschränkungen oder spezielle Verwendungsauflagen für endokrine Disruptoren geregelt.

Die erste Phase der Kriterienentwicklung galt der Begleitung des Prozesses auf Unionsebene. Der Schwerpunkt der Mitgestaltung konzentrierte sich darauf, nur die wirklich besorgniserregenden Stoffe in der Definition zu verankern. In der zweiten Phase werden die Kriterien in den relevanten Materiengesetzen umgesetzt. Das Ziel aus Sicht des Fachverbandes der chemischen Industrie ist dabei, die Konsequenzen aus dem Vorhandensein verrechtlichter Kriterien für betroffene Unternehmen zu minimieren.

Nanomaterialien

Die Besorgnis um eine „Nano-Gefahr“ geht stetig zurück, da nach wie vor wissenschaftliche Beweise für schädigende Effekte ausständig sind. Bei der Auswertung von 5 000 nano-toxikologischen Publikationen waren in nur einem Dutzend Studien schädliche Wirkungen durch Nanomaterialien zu beobachten. Von Nanomaterialien geht somit kein, nur durch die Form bedingtes, höheres Risikopotential aus. Das entspricht der Sichtweise des dt. Ausschusses für Gefahrstoffe (AGS) „Ein Stoff bzw. ein Gemisch, das aus hergestellten Nanomaterialien besteht bzw. solche enthält, ist nicht grundsätzlich als gefährlicher Stoff eingestuft oder als Gefahrstoff im Sinne der GefStoffV anzusehen.“



Stoffe mit epigenetischen Effekten

Epigenetische Effekte sind Veränderungen am genetischen Material, ohne dass dabei die DNA-Sequenz verändert wird. Veränderungen dieser Art können –

unter anderem – durch Chemikalien ausgelöst werden und sind unter Umständen vererbbar. Parallel zu den wissenschaftlichen Studien in diesem relativ neuen Forschungsfeld wird bereits darüber nachgedacht, ob es sich für regulatorische Aktivitäten eignet. Dabei sind derzeit noch mehr Fragen offen, als Antworten gefunden wurden –



beispielsweise wie eine „normale“ epigenetische Struktur aussieht oder wie man epigenetische Veränderungen untersucht. Regulatorik ist nur dort nötig, wo schädigende Effekte auf Mensch und Umwelt nachgewiesen werden können – und von dieser Kenntnis ist die Wissenschaft noch zu weit weg. Im Rahmen der Risikobewertungen in REACH fließen die derzeitigen Kenntnisse über epigenetische Modifikationen bereits jetzt ein.

Mikroplastik

Im Zuge der Reduktion von Kunststoff in Gewässern prüft die Kommission eine REACH Beschränkung für absichtlich hinzugefügte Polymere in Produkten. Solche Mikroplastik-Partikel können Bestandteil von Produkten wie Kosmetika, Reinigungsmitteln und Farben sein und diese könnten bald verboten werden.



Fraglich ist, ob von diesen ein unakzeptables Risiko ausgeht. Ohne ein solches wird nämlich das Vorsorgeprinzip missbraucht. Bei der Diskussion um die Beifügung von Mikroplastik in Produkte darf auch nicht vergessen werden, dass Produkte, die Polymere beinhalten, durch ihre Zusatzfunktionen einen wesentlichen Beitrag zur

Erreichung von Klimazielen leisten – beispielsweise durch Oberflächenbeschichtungen. Ein Wegfall dieser Funktionen, wie zum Beispiel höhere Beständigkeit, Lacke auf Wasserbasis, Reduktion des Treibstoffverbrauchs durch reibungsarme Oberflächeneigenschaften, bedeutet daher eine negative Auswirkung auf die Umwelt.

Nichts desto trotz werden derzeit die REACH Anhänge zu Datenanforderungen für Nanomaterialien überarbeitet. In den Diskussionen dazu betont der Fachverband, dass es wesentlich ist, Belastungen für Unternehmen überall dort zu vermeiden, wo Maßnahmen zu keinem Nutzen für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen. Dies trifft zu bei bestimmten Nanomaterialien, die unter die derzeit gültige Definition von Nanomaterialien fallen – eine Definition, die de facto nicht umsetzbar ist, da sie nicht messbar ist.

Im Rahmen der nationalen Aktivitäten sind drei Teilprojekte des Umweltministeriums in Gange, in denen untersucht wird, wie „Safe by Design“ Konzept zukünftig eine sinnvolle Ergänzung zu den derzeit relevanten Regulierungen bei der Verarbeitung und Entsorgung von nanoskaligen Stoffen und daraus abgeleiteten Produkten sein könnte. Die Überlegungen reichen dabei von einem freiwillig anzuwendenden Vorsorgeinstrument bis hin zu verpflichtend vorgeschriebenen Regulierungen und schließen auch Labelling und Zertifizierungen innerhalb des Europäischen Rechtsrahmens nicht aus. Aus Sicht des Fachverbandes ist das „Safe by Design“ Konzept bereits durch Responsible Care abgedeckt, und auch ein REACH Registrierungsdossier berücksichtigt stark die Sicherheitsaspekte im Zuge der Stoffsicherheitsbewertung.

Circular Economy Package

Schritt für Schritt zur Kreislaufwirtschaft

Nach 2 verhandlungsintensiven Jahren konnte Ende 2017 ein Kompromiss zu der Novellierung von 5 wesentlichen EU-Richtlinien erzielt werden. Die Änderungen, unter anderem der Abfallrahmen-Richtlinie und der Verpackungsrichtlinie, stellen einen der beiden Eckpfeiler der Vision einer europäischen Kreislaufwirtschaft dar.

Ein durchaus kritisches Ziel darin ist aus Sicht des Fachverbands die vereinbarte Recyclingsquote für Kunststoffverpackungen, für die Österreich knapp doppelt so viel recyceln muss wie derzeit. Hingegen könnten viele Ziele für Mitgliedstaaten ambitionierter sein, insbesondere wurden Nachzüglern Fristverlängerungen, beispielsweise bei der Deponierung, gewährt. Für fleißigere Staaten wie Österreich bedeutet eine solche Ungleichbehandlung einen Wettbewerbsnachteil, da die Abfallbewirtschaftung mit spürbaren Kosten und Bürokratieaufwendungen verbunden ist.

Unternehmen aller Branchen müssen sich auf eine Ausweitung der Herstellerverantwortung einstellen, für die Mindestanforderungen verpflichtend festgelegt wurden. Die Hersteller werden dabei verstärkt für die Sammlung gebrauchter Waren, Sortierung und Behandlung, sowie für deren Recycling in die Pflicht genommen. Die Kostendeckung durch die Hersteller soll mindestens 50 Prozent betra-

gen. Mit den bisherigen Sammel- und Verwertungsschienen werden sich diese Ziele nicht ausgehen, hier werden neue Wege gefunden werden müssen. Österreichs Wirtschaft kann sich grundsätzlich eine Erhöhung der Recyclingquoten vorstellen. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die festgelegten Ziele wirtschaftlich und technisch umsetzbar sowie ökologisch sinnvoll sind.

54 Maßnahmen

Der zweite Eckpfeiler ist der Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft. Dieser besteht aus 54 Maßnahmen in den 4 Bereichen Produktion, Verbrauch, Abfallbewirtschaftung sowie Markt für Sekundärrohstoffe. Ergänzt wird das Paket durch Schwerpunktsetzungen in mehreren Sektoren wie Kunststoff, kritische Rohstoffe oder biobasierte Produkte. Mehrere Maßnahmen daraus wurden im Jahre 2017 umgesetzt. Zwei für die chemische Industrie besonders relevante sind die „EU-Strategy for Plastics“ sowie die Strategie zur Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht. Die Frage, wie das Auftreten von besorgniserregenden chemischen Stoffen in Produkten verringert und ihre Rückverfolgung verbessert werden kann, ist von besonderer Bedeutung. Häufig stehen Abfallbesitzern keine Informationen über die Zusammensetzung des Abfalls zur Verfügung. Auch können Abfälle langlebiger Produkte Stoffe ent-



halten, die mittlerweile verboten sind. Erschwerend kommt hinzu, dass Kriterien für die Gefährlichkeitsmerkmale von Abfällen sowie das Abfallende in der EU nicht harmonisiert sind.

Kunststoff-Kreislauf

Die Hauptvision der Europäischen Kunststoffstrategie sind zu 100 Prozent wiederverwendbare oder rezyklierbare Verpackungen bis zum Jahre 2030. Ergänzend will die Kommission sicherstellen, dass das Rezyklat nicht nur produziert, sondern auch in Produkten verstärkt eingesetzt wird. Sie fordert die Industrie daher auf, Selbstverpflichtungsinitiativen zum Recycling zu starten, damit jährlich 10 Millionen Tonnen rezyklierte Kunststoffe in neue

Produkte verarbeitet werden. Aber nicht nur Verpackungen stehen im Fokus der Strategie, sondern man setzt auch bei langlebigen Produkten, wie Bauprodukten oder Fahrzeugbestandteilen an. Bereits bei der Herstellung von Produkten sollen Ökodesign-Überlegungen helfen, schadstofffreie Stoffkreisläufe und eine Rezyklierbarkeit sicherzustellen. Der Weg zu einer „smart, innovative and sustainable plastics industry“, die Umweltbelastungen reduziert und Wirtschaftsaufschwung bringt, kann dabei nur gemeinsam mit allen Stakeholdern begangen werden.

Weitere Ziele der Strategie sind die Verringerung von Einwegkunststoffen und Kunststoff in Gewässern. Die Industrie

wird aufgefordert hier Initiativen zu setzen. In Österreich haben sich bereits 2015 Unternehmen der Kunststoffindustrie zum Pakt „Zero Pellet Loss“ zusammengeschlossen, der mit dem Umweltministerium geschlossen wurde. Dabei verpflichten sich die Unterzeichner, Maßnahmen gegen den Verlust von Kunststoff-Rohstoff zu setzen.

Die Kunststoffindustrie wird die Strategie bestmöglich unterstützen, erwartet aber auch von Behörden pragmatische und zielgerichtete Vorgehensweisen auf dem Weg Richtung Kunststoff-Kreislauf. Freiwillige Maßnahmen der Industrie sollen unterstützt werden, da mit solchen eine höhere Flexibilität erreicht wird. Ein schnelleres Reagieren auf

Marktveränderungen, wie beispielsweise neue technische Entwicklungen von biobasierten Kunststoffen oder Recycling-Technologien, sind bei entsprechenden Rechtsvorschriften schwerer möglich.

Der Erhöhung der Recyclinganteile in Produkten stehen nicht nur mangelnde Qualität und unzureichende Mengen entgegen. Auch hinderliche Rahmenbedingungen, wie starre und überbordende Abfallbestimmungen erschweren den Marktzuwachs. Hier gilt es, flexible Rahmenbedingungen zu schaffen, die spezifische Recyclingtechnologien für marktreife, konkurrenzfähige Produkte entstehen lassen. Ein Recycling um jeden Preis wird abgelehnt, da diesen Preis zwangsläufig die Umwelt zu zahlen hätte.

100%
wiederverwendbare
oder rezyklierbare
Verpackungen bis
2030

VISION

EU-Energiepakiet „Clean Energy for all Europeans“

Am 30. November 2016 hat die Europäische Kommission ihr lange angekündigtes und sehr umfangreiches Paket „Clean Energy for all Europeans“ veröffentlicht.



Die Vorschläge behandeln auf über 1.200 Seiten die wichtigsten verbleibenden Gesetzestexte zur vollständigen Umsetzung der Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz.

Dieses Paket soll – zusammen mit der Novellierung der Emissionshandels-RL, der neuen Non-ETS-Regulation (Effort Sharing) und der LULUCF-Richtlinie (Land Use, Land Use Change and Forestry) zur Erreichung der EU-Energie- und Klimaziele 2030 beitragen.

Die Kommission verfolgt damit drei Hauptziele:

1. Energieeffizienz als oberste Priorität
2. Übernahme einer weltweiten Führung im Bereich der erneuerbaren Energien
3. Bereitstellung eines fairen Angebots für die Verbraucher

Die Vorschläge umfassen folgende Bereiche:

- Energieeffizienz (Revision der Energieeffizienz-RL und der Gebäudeeffizienz-RL)
- Erneuerbare Energien (RL Erneuerbare Energien)
- Gestaltung des Strommarktes
- Sicherheit der Stromversorgung
- Steuerung der Energieunion (Governance Verordnung)

Der Fachverband unterstützt grundsätzlich ein europäisches, integriertes Energiesystem, das die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Unternehmen stärkt. Gemeinsam müssen die 2030 Energie- und Klimaziele erreicht werden. Für die Wirtschaft und den Standort sind der Zugang zu leistbarer und sicherer Energie maßgeblich. Es braucht dazu ein Energiesystem, das markt- und standortorientiert gestaltet ist. Die Kosten für die Umgestaltung sind so gering wie möglich zu halten und wettbewerbschädigende Entwicklungen müssen verhindert werden. Diese Ziele können nur mit einem kohärenten Rechtsrahmen im europäischen Verbund erreicht werden, wobei darauf zu achten ist, dass

Überregulierungen vermieden werden. Für den FCIO ist daher eine ganzheitliche Betrachtung der Beschäftigungs- und Standortpolitik im Einklang mit der europäischen Energie- und Klimapolitik vorrangig.

Der Fachverband unterzog den Fortschritt der Arbeiten im EU-Parlament und im Rat einem laufenden Monitoring und bearbeitete in einer Expertengruppe unter Leitung der Umweltpolitischen Abteilung der WKÖ die einzelnen Richtlinien im Detail, gemeinsam mit Experten aus Unternehmen.

Revision des EU-Emissionshandels

Basierend auf einer Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 43 Prozent gegenüber 2005 gibt der 2015 von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag Regelungen für den Zeitraum 2021–2030 zur Versteigerung von Zertifikaten und der Gratiszuteilung in Sektoren aufgrund des Carbon-Leakage-Risikos vor. Ergänzt wird der Vorschlag durch die im Oktober 2014 beschlossenen finanziellen Ausgleichsmechanismen. Die am 9. November 2017 in den Trilog-Verhandlungen erreichte Einigung wird aus Sicht des Fachverbandes

kritisch bewertet; sie beinhaltet mehrere Punkte zur Stärkung des CO₂-Preissignals des Emission Trading System (ETS), trägt aber den Erwartungen an den nachhaltigen Schutz der Industrie vor Carbon Leakage nicht umfassend Rechnung. Die österreichische Verhandlungsposition im Rat, die von der WKÖ unter Beteiligung des Fachverbandes intensiv mitgestaltet wurde, umfasste insbesondere Forderungen zur Absenkung des Versteigerungsanteils, um sicherzustellen, dass die effizientesten Anlagen – die der Gefahr von Carbon Leakage unterliegen – eine Gratiszuteilungsrate von bis zu 100 Prozent (bezogen auf den Benchmark) erhalten und zur verstärkten Berücksichtigung von Produktionswachstum bei der Gratiszuteilung.

Weiters hat die Europäische Kommission am 18. Oktober 2017 ein Inception Impact Assessment zur Carbon Leakage Liste 2021–2030 veröffentlicht. Es geht dabei um das Procedere, die Ziele, die Politikoptionen und die vorläufige Folgenabschätzung zur Überarbeitung der aktuellen Carbon Leakage Liste 2015–2019, die jene Sektoren und Subsektoren erfasst, die gemäß EU ETS-Richtlinie einem signifikanten Risiko von Carbon Leakage ausgesetzt sind und daher eine höhere freie Zuteilung von Zertifikaten erhalten.

Da es in der ETS-RL voraussichtlich zu keiner EU-weiten Harmonisierung der Kompensation indirekter CO₂-Kosten kommt, wird das Thema vom Fachverband national weiterverfolgt, um Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen EU-Staaten bestmöglich zu vermeiden.

Ökostromgesetz

Nach langen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und den Grünen hat der Nationalrat am 30. Juni 2017 die sogenannte „Kleine Novelle“ des Ökostromgesetzes verabschiedet. Das Paket, das Änderungen des Ökostromgesetzes 2012, des ElWOG 2010, des GWG 2011, des E-ControlG und des KWK-Punkte-Gesetzes sowie die Biogas-NachfolgetarifVO umfasst, wurde am 26. Juli 2017 im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Die Novelle beinhaltet Regelungen für zusätzliche Fördermittel für Photovoltaik, Wind, Kleinwasserkraft und Biogas (Sonderkontingente) im Ausmaß von rund 800 Millionen Euro sowie zur Verbesserung administrativer und technischer Details. Der Fachverband hat sich kritisch zu dieser Reparatur des Ökostromgesetzes, die nur Teillösungen auf Basis des alten Fördermodells bringt, ausgesprochen. Wir plädieren für eine gesamthafte zukunftsorientierte Reform des Fördersystems, die den Anforderungen des neuen EU-Beihilferahmens gerecht wird und zu deutlich besserer Effizienz führen muss. Eckpunkte der Fachverbandsforderungen sind insbesondere die Kostenbegrenzung für die Industrie durch Technologieentwicklung auf wettbewerblicher Basis und Umsetzung der EU-Leitlinien für Energie- und Umweltbeihilfen (mehr Anreizinstrumente zur besseren Marktintegration: Investitionsförderungen, Ausschreibungsverfahren, Marktprämien statt Einspeisetarifen) sowie die Senkung der Ausgleichs- und Regelleistungskosten. Kosten für stromintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Betriebe müssen, wie auch in anderen EU-Ländern, unter bestimmten Voraussetzungen individuell gedeckelt werden.

Responsible Care

Mehr tun, als das Gesetz verlangt

Die Nachhaltigkeitsinitiative der chemischen Industrie „Responsible Care“ konnte im Jahr 2017 ihr 25-jähriges Jubiläum feiern.

Wer tagein und tagaus mit Chemikalien arbeitet, braucht ein umfassendes Verständnis für Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz, Ressourceneffizienz und Abfallvermeidung. Dass die chemische Industrie sich dessen bewusst ist, zeigt die Nachhaltigkeitsinitiative „Responsible Care“, die vor 25 Jahren vom Fachverband in Österreich gestartet wurde.

Mit ein Grund für den Erfolg der Initiative ist, dass sie vom FCIO gemeinsam mit den Unternehmen stetig weiterentwickelt wird, mit der Zielsetzung, die Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitssituation über die gesetzlichen Anforderungen hinaus zu verbessern – was eindrucksvolle Einsparungen der RC-Unternehmen bei zahlreichen Emissionswerten, gefährlichen Abfällen und Abwasser belegen. Die Überprüfung durch externe Gutachter wie auch die regelmäßigen Treffen der Mitglieder ermöglicht den Unterneh-

men einen umfassenden Erfahrungsaustausch, bei dem die Qualität des unternehmerischen Handelns im Mittelpunkt steht.

Der Fachverband feierte im Oktober 2017 mit den RC-Unternehmen das 25-jährige Bestehen des RC-Programms in Österreich. Dies ist allen Mitgliedern zu verdanken, die durch ihre Bestrebungen zur ständigen Verbesserung der Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitssituation die Initiative weitertragen und weiterentwickeln. Das beweist, dass unternehmerisches Handeln gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich und verantwortungsbewusst sein kann.

Bilder und ein Video der Veranstaltung sowie eine Broschüre zum 25-Jahr-Jubiläum von Responsible Care sind auf der FCIO-Homepage abrufbar: www.fcio.at.



DER FACHVERBAND FEIERTE DAS 25-JAHR-JUBILÄUM GEMEINSAM MIT DEN MITGLIEDERN BEI DER FIRMA AXALTA IN GUNTRAMSDORF.

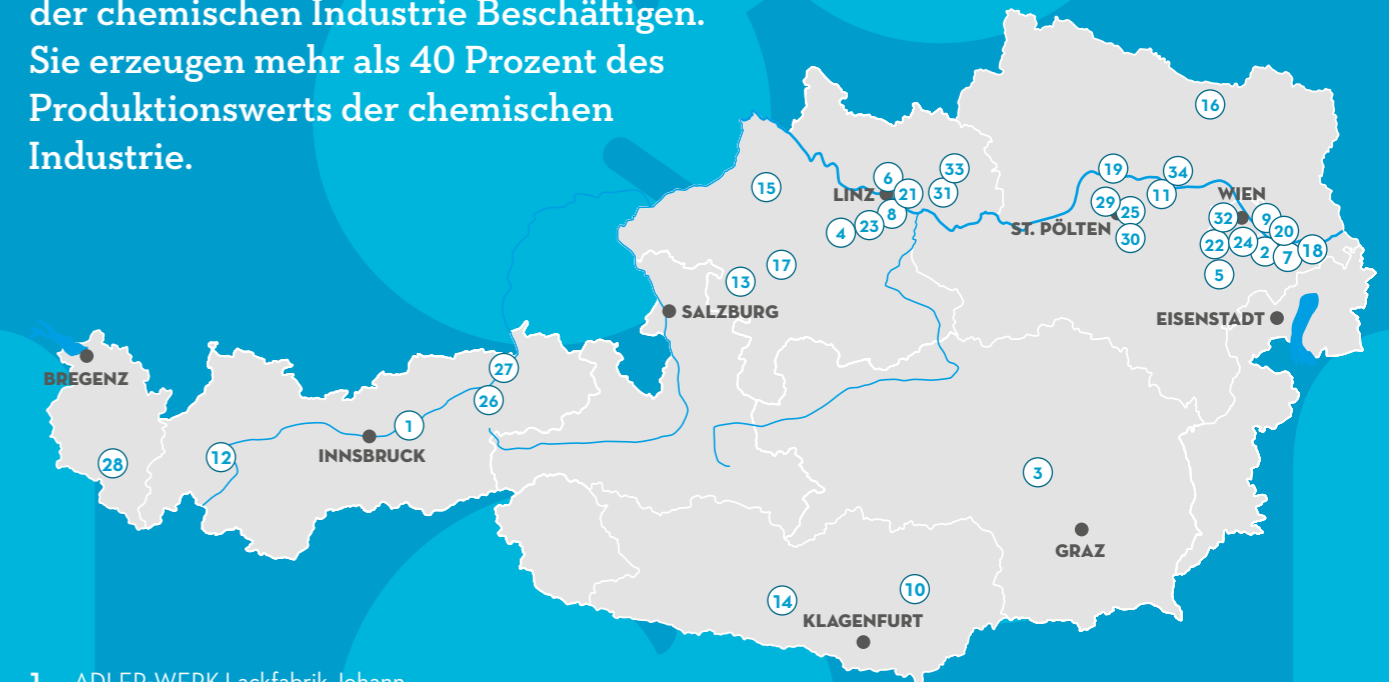
Mit dabei waren NÖ Landesrat Wilfing, Sektionschef Holzner aus dem Umweltministerium, GF des FCIO Sylvia Hofinger, Obmann Hubert Culik, Gastgeber Ernst Gruber und Anita Dopler von der Firma Axalta, Vertreter der Responsible Care Betriebe



Responsible Care
Verantwortung hat Zukunft

Betriebe mit Responsible Care

In diesen Firmen arbeitet rund ein Drittel der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie.



- | | | |
|---|---|---|
| 1 ADLER-WERK Lackfabrik Johann Berghofer GmbH & Co KG, Schwaz | 16 JUNGBUNZLAUER Austria AG, Wulzeshofen | 29 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Stattersdorf |
| 2 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Schwechat | 17 LENZING AG, Lenzing | 30 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Radlberg |
| 3 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Leoben-Donawitz | 18 LOBA Feinchemie GmbH, Fischamend | 31 SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg |
| 4 AVENARIUS AGRO GmbH, Wels | 19 METADYNEA Austria GmbH, Krems | |
| 5 AXALTA Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf | 20 ÖGUSSA Österreichische Gold- und Silber-Scheideanstalt Gesellschaft m.b.H., Wien | Auch chemienahe Unternehmen können sich dem Responsible Care-Audit unterziehen. Derzeit sind mit dem RC-Zertifikat ausgezeichnet: |
| 6 BOREALIS Agrolinz Melamine GmbH, Linz | 21 PATHEON Austria GmbH & Co KG, Linz | 32 Applied Chemicals Handels-GmbH, Wien |
| 7 BOREALIS Polyolefine GmbH, Mannswörth | 22 PIPELIFE Austria GmbH & Co KG, Wr. Neudorf | 33 Dalmatherm Dämmtechnik GmbH, Perg |
| 8 BOREALIS Polyolefine GmbH, Linz | 23 POLOPLAST GmbH & Co KG, Leonding | 34 Donauchem GmbH, Pischelsdorf |
| 9 DIC Performance Resins GmbH, Wien | 24 REMBRANDTIN Lack GmbH Nfg. KG, Wien | |
| 10 DONAU CHEMIE AG, Brückl | 25 SALZER Formtech GmbH, St. Pölten | |
| 11 DONAU CHEMIE AG, Pischelsdorf | 26 SANDOZ GmbH, Kundl | |
| 12 DONAU CHEMIE AG, Landeck | 27 SANDOZ GmbH, Schaftenua | |
| 13 EVONIK Fibres GmbH, Schörfling am Attersee | 28 SIKA Österreich GmbH, Bludenz-Bings | |
| 14 EVONIK Peroxid GmbH, Weißenstein | | |
| 15 INTERNORM Bauelemente GmbH, Sarleinsbach | | |

Stand: Jänner 2018

Wieder erfolgreich bestanden:

Avenarius Agro GmbH, Wels, Axalta Coatings Systems Austria GmbH, Guntramsdorf, Lenzing AG, Lenzing, Metadynea Austria GmbH, Krems, REMBRANDTIN Lack GmbH Nfg. KG, Wien, SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H. mit den Standorten St. Pölten-Radlberg und Stattersdorf sowie SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg.

Im Fokus des FCIO

„Beste verfügbare Technik“ für industrielle Prozesse

Mit der EU-Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IE-RL) wurde die Anwendung der „besten verfügbaren Technik“ und die Verbindlichkeit von BREFs (Best Available Technique Reference Documents) erhöht.

Der Fachverband begleitet daher schon seit mehreren Jahren die Novellierung und Neuerstellung chemiespezifischer sowie relevanter sektorübergreifender BREFs. Dies geschieht einerseits durch Mitarbeit in den jeweiligen nationalen Arbeitskreisen des Umweltbundesamtes sowie in den relevanten BREF-Arbeitsgruppen des europäischen Chemieverbandes CEFIC.

Finalisierte BREFs

Nachdem bereits im Jahr 2011 der Revisionsprozess für das BREF LVOC (Large Volume Organic Chemicals) initiiert wurde, hat die Europäische Kommission am 7. Dezember 2017 die BVT-Schlussfolgerungen für dieses BREF veröffentlicht. Dadurch wird für Betreiber von IPPC-Anlagen, die in den Anwendungsbereich dieser Schlussfolgerungen fallen, eine Anpassungsverpflichtung innerhalb von 4 Jahren ausgelöst. Nach dem bereits im Dezember 2013 veröffentlichtem BREF Chlor-Alkali-Elektrolyse handelte es sich beim BREF LVOC um das zweite vertikale Chemie-BREF, welches nach Veröffentlichung der IE-RL einer Revision unterzogen wurde.

Eine Anpassungsverpflichtung wurde 2017 auch für jene IPPC-Anlagen ausgelöst, die dem Geltungsbereich des BREF LCP (Large Combustion Plants) unterliegen. Die entsprechenden BVT-Schlussfolgerungen wurden am 17. August 2017 veröffentlicht.

BREF Prozesse im Laufen

Im September 2017 fand in Sevilla das Kick-off-Meeting zum BREF WGC (Waste Gas Treatment in the Chemical Sector) statt. Bei diesem BREF handelt es sich um ein neu zu erarbeitendes BREF-Dokument, mit dem für den gesamten Sektor der chemi-

schen Industrie die beste verfügbare Technik im Bereich Abluftbehandlung erarbeitet werden soll.

Um sich auf das BREF WGC vorzubereiten, wurde das Umweltbundesamt vom österreichischen Umweltministerium damit beauftragt, österreichische Betriebe der chemischen Industrie in einer Studie zu beschreiben. Dieser Prozess, der auch An-

lagenbesichtigungen beinhaltet, wird von Experten des Fachverbandes begleitet.

Der Fachverband beschäftigt sich außerdem mit dem Revisionsprozess für das BREF STS (Oberflächenbehandlung mit organischen Lösungsmitteln). Dieses sektorübergreifende BREF betrifft neben der Fahrzeugindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie, der Glasindustrie unter anderem auch einige Unternehmen der chemischen Industrie (z.B. Hersteller von beschichteten Kunststofffolien). Anfang Oktober hat das Europäische IPPC-Büro (EIPPCB) den „Draft 1“ zum BREF STS veröffentlicht, der in Folge im entsprechenden nationalen Arbeitskreis des Umweltbundesamtes diskutiert und kommentiert wurde.

Verwaltungsreformgesetz BMLFUW

Mitte Oktober 2016 wurde ein Gesetzesvorschlag vorgelegt, der zahlreiche begrüßenswerte Deregulierungsmaßnahmen im Umweltbereich enthielt. Ende März 2017 verab-

schiedete das Plenum des Nationalrates dieses für die Industrie wichtige Reformpaket. Zu den Kernelementen des Paketes zählen insbesondere die Novellierung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G), des Altlastensanierungsgesetzes (ALSAG), des Wasserrechtsgesetzes (WRG) und des Immissionsschutzgesetzes Luft (IG-L). Beim UVP-G stehen insbesondere Maßnahmen zur Straffung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, Verwaltungsvereinfachungen für den Antragsteller und die Verbesserung der Rechtssicherheit von Investoren im Vordergrund. Die beschlossenen Reformen beim WRG blieben letztlich hinter den Erwartungen zurück. Für das IG-L brachte das Verwaltungsreform-Gesetz des BMLFUW enttäuschender Weise nur Fristverkürzungen und teils drakonische Strafbestimmungen – Entlastungen waren nicht enthalten.

Gewerbeordnungsnovelle 2017

In einem zweiten Anlauf beschloss der Nationalrat am 29. Juni 2017 die Novelle der Gewerbeordnung. Im anlagenrechtlichen Teil der Gewerbeordnungsnovelle wurden, neben dem für die Straffung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren wichtigen Ausbau des One-Stop-Shops, mehrere Erleichterungen bei Anlagenänderungen, verbesserte Rechtssicherheit und die Verkürzung behördlicher Entscheidungsfristen geschaffen. Konkret wurde durch die Novelle die höchstzulässige Verfahrensdauer um ein Drittel reduziert und ein bundesweites Verfahrensdauermonitoring geschaffen, wobei die Ergebnisse des Monitorings jährlich auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht werden. Temporäre Änderungen, emissionsneutrale Änderungen und Ersatzinvestitionen können außerdem nun ohne Anzeigeverfahren durchgeführt werden. Darüber hinaus kommt es zu einem Entfall von Bundesabgaben und -gebühren im Bereich des gewerblichen Betriebsanlagenrechts, sowie zu einer Reduktion der Kosten für Kundmachungen in Verfahren für Industrieanlagen. Auch Grundbuchsabfragen werden nun kostenfrei durch die Behörde durchgeführt. Zudem wurde das Prinzip „Beraten statt Strafen“ gesetzlich verankert. Mangels Zweidrittelmehrheit konnte der geplante bundeseinheitliche One-Stop-Shop für Anlagengenehmigungen jedoch nicht beschlossen werden.



Kollektivvertragsverhandlungen 2017

Nach zwei Verhandlungsrunden fand man für rund 44.000 Beschäftigte in der chemischen Industrie zu einer Einigung.

Die KV-Verhandlungen 2017 wurden mit den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp am 6. April 2017 mit folgendem Ergebnis abgeschlossen: die IST-Löhne und -Gehälter wurden um 1,85 Prozent, mit einem Mindestbetrag von EUR 43,-, die Mindestlöhne und -gehälter wurden mit 1,89 Prozent erhöht. Lehrlingsentschädigungen sowie die Schicht- und Nachtarbeitszulagen wurden ebenfalls mit 1,89 Prozent erhöht.

Im Rahmenrecht wurde die Übernahme der Fahrtkosten zum Berufsschulinternat neu geregelt. Lehrlingen, denen zusätzliche Kosten durch die Anreise bzw. Abreise von der in Internatsform geführten Berufsschule entstehen, sind vom Unternehmen die Kosten des günstigsten öffentlichen Verkehrsmittels zu ersetzen.

Weiters wurden die Anrechnungsbestimmungen von Elternkarenzen ergänzt. Elternkarenzen, die nach dem 1. Mai 2017 enden, werden auf dienstzeitabhängige Ansprüche zur Gänze angerechnet. Ebenfalls wurde ein weiterer Dienstverhinderungsgrund eingeführt: Bei Hochzeit der Eltern gibt es einen arbeitsfreien Tag. Zum Thema Inlands- und Auslandsdienstreisen sowie zur Frage der Kumulierung von Zulagen und Zuschlägen wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Der Kollektivvertrag trat am 1. Mai 2017 mit einer Laufzeit von 12 Monaten in Kraft.



Krebserzeugende Arbeitsstoffe im Fokus von 2018!

Mit der österreichischen Ratspräsidentschaft wird der Fahrplan der EU-Kommission für krebserzeugende Arbeitsstoffe in Wien die Ziellinie erreichen.

2016 hat Österreich bei einer Konferenz in Amsterdam gemeinsam mit den Niederlanden, der EU-Kommission, EU OSHA und europäischen Sozialpartnern, den Fahrplan für krebserzeugende Arbeitsstoffe unterzeichnet, in dem auf Bewusstseinsbildung und gute Praxisbeispiele im Umgang mit Karzinogenen gesetzt wird. Mit einer Konferenz während der österreichischen Ratspräsidentschaft soll der „Weg von Amsterdam nach Wien“ beendet werden. 2018 ist das Thema daher auch als Schwerpunkt für Aktivitäten des Arbeitsinspektorats und der AUYA geplant.

Im abgelaufenen Jahr wurden in Österreich zusätzlich auch die Vorarbeiten zur

Verankerung von risikobasierten Grenzwerten für bestimmte krebserzeugende Arbeitsstoffe intensiviert. Ähnlich wie es in Deutschland, den Niederlanden und einigen anderen EU-Mitgliedsstaaten bereits Praxis ist, sollen Arbeitnehmer keinesfalls einem größeren Krebsrisiko als beim Passivrauchen (4:1.000) ausgesetzt sein. Im Gegensatz dazu sind bei Unterschreiten eines Akzeptanzwerts mit sehr geringem Restrisiko (4:100.000), beispielsweise bei geschlossenen Systemen, maßgebliche Erleichterungen im Umgang mit diesen krebserzeugenden Arbeitsstoffen vorgesehen. Voraussetzung dafür ist eine Expositions-Risikobeziehung für jene Arbeitsstoffe, für die kein sicherer Grenzwert ab-

geleitet werden kann; ein Ansatz der auch unter REACH bereits geübte Praxis ist.

Parallel dazu hat auch auf europäischer Ebene die legislative Festlegung von verbindlichen Grenzen durch Überarbeitung der Karzinogenerichtlinie Fahrt aufgenommen. Ende letzten Jahres wurde die Richtlinie (EU) 2017/2398 veröffentlicht, mit der verbindliche Grenzwerte für 14 krebserzeugende Arbeitsstoffe festgelegt wurden, nachdem über mehrere Jahrzehnte lediglich 5 krebserzeugende Arbeitsstoffe geregelt waren. Weitere Änderungen werden 2018 folgen. Diese Grenzwerte sind dann ebenfalls im nationalen Recht zu verankern, in Österreich wird dies in der Grenzwertverordnung geschehen.

Gefahrguttransport - TUIS

Gefahrgutrechtliche Änderungen 2017: wenig Neues

Dank der guten Grundlage, die TUIS schafft, können Einsatzkräfte Transportunfällen mit Chemikalien kompetent begegnen.

Gemeinsamer Dialog und persönliches Engagement für den sicheren Transport von Chemikalien sind ebenso wichtig und notwendig wie gesetzliche Regelungen und deren Kontrolle. Im Sinn von Responsible Care wird daher seitens der chemischen Industrie versucht, alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um Unfälle und Zwischenfälle mit Gefahrgütern zu vermeiden.

Mitte 2017 war es trotzdem wieder soweit: geringfügig geänderte, internationale Regeln für den Transport von gefährlichen Gütern auf Straße (ADR), Schiene (RID), Binnenschifffahrt (ADN) traten in Kraft und mussten auch von den Unternehmen des Fachverbandes umgesetzt werden. Auch die Regeln für die Beförderung von Gefahrgut in der Luft (ICAO/IATA) wurde geändert. Nur sehr geringe Änderungen beim Transport von Chemikalien und die rechtzeitige Vorbereitung der Unternehmen auf die neuen Bestimmungen ermöglichen eine reibungslose Umstellung auf die neuen Regeln für die Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes.

Durch eine pragmatische Verankerung des Verweises auf diese internationalen Bestimmungen im österreichischen Recht, musste das Gefahrgutbeförderungsgesetz nicht angepasst werden. Auch der Vollzug der Bestimmungen auf Basis des gemeinsam mit allen Beteiligten entwickelten Mängelkatalogs erfolgt in aller Regel praxisgerecht und risiko-orientiert. Daher ist die Anzahl der Verwaltungsstrafverfahren, bei der das Fachverbandsbüro von den Mitgliedsunternehmen um aktive Unterstützung gebeten wird, weiter zurückgegangen.

TUIS hilft, wenn doch etwas passiert
Sollte es trotz aller Vorkehrungen dennoch zu Gefahrgutunfällen kommen, so unterstützen Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes seit mehr als 25 Jahren die zuständigen Einsatzkräfte, zumeist Feuerwehren, im Rahmen des Transport-Unfall-Information- und Hilfeleistungssystems, kurz



TUIS (www.tuis.at). In enger Zusammenarbeit mit dem deutschen Chemieverband VCI bieten die TUIS-Betriebe Fachwissen und Unterstützung in drei Stufen an: Telefonische Beratung, Expertenwissen am Ort des Unfalls sowie aktive Hilfeleistung mit ausgebildeter Mannschaft bzw. Spezialausrüstung. Daneben stehen für öffentliche Feuerwehren auch Schulungs- und Übungsangebote zur Verfügung.

Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist vor allem der persönliche Kontakt zwischen TUIS-Betrieben und Einsatzkräften. Aus diesem Grund veranstaltet der Fachverband jährlich eine TUIS-Konferenz in einem anderen Bundesland, im Mai 2017 diesmal gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Steiermark in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring. Etwa 60 Teilnehmer aus dem Feuerwehrewesen in der Steiermark und von TUIS-Betrieben der chemischen Industrie diskutierten bei dieser Veranstaltung über Zusammenarbeit zwischen Einsatzkräften und der chemischen Industrie bei Gefahrgutunfällen. Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Unterstützung im Rahmen von TUIS wurden anhand von konkreten Beispielen ebenso vorgestellt wie die Organisation und die Ausrüstung des Landesfeuerwehrverbandes Steiermark bei Unfällen mit Gefahrgütern. Zusätzlich wurde auf die Gefahren bei Sauerstoffmangel und Sauerstoffanreicherung eingegangen und die steirischen TUIS-Betriebe, Allnex und Austin Powder stellten sich vor. Der Erfahrungsaustausch wurde mit einer Präsentation von Spezialfahrzeugen und -ausrüstungen fortgesetzt und mit einem Überblick zu den stoff- und gefahrgutrechtlichen Neuerungen erfolgreich beendet.



Abfall

Im Abfall-Bereich wurde das Jahr 2017 auf europäischer Ebene von den Entwicklungen der Richtlinienvorschläge des Kreislaufwirtschaftspakets geprägt.

In den letzten Tagen der estnischen EU-Ratspräsidentschaft konnte eine Einigung erzielt werden, die voraussichtlich im 2. Quartal 2018 veröffentlicht wird. Der Kompromiss sieht Recyclingziele von 50 Prozent (2025) bzw. 55 Prozent (2030) für Kunststoffverpackungen vor, die zwar niedriger sind als die vom EU-Parlament geforderten, jedoch trotzdem auch für Österreich als ambitioniert zu werten sind. Flexibilitäten dürfen in Anspruch genommen werden, die vorsehen, von den Zielen unter bestimmten Umständen abweichen zu können. Zu den für die chemische Industrie wichtigen Bestimmungen zu Abfallende und Nebenprodukte bleiben die Details noch offen, ebenso wie zu der erweiterten Herstellerverantwortung – nur so viel, dass bis zu 80 Prozent der Entsorgungskosten vom Hersteller getragen werden könnten. 24 Monate nach Veröffentlichung soll die Umsetzung für alle 5 Richtlinien abgeschlossen sein.

Die nächsten – für die chemische Industrie relevanten – Maßnahmen des Kreislaufwirtschaftspakets sind die Kunststoffstrategie sowie die Strategie zur Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht, deren Veröffentlichung am 16. Jänner erfolgte.

Auf österreichischer Ebene war 2017 die Umsetzung der Gefährlichkeitskriterien von Abfall prägend, die 2018 mit der Novellierung der Abfallverzeichnisverordnung abgeschlossen werden sollte. Besonders die praktische Umsetzung des Gefahrenkriteriums „ökotoxisch“ ist schwierig, da noch Testmethoden ausständig sind. Eine Bereinigung der Schlüsselnummern ist ebenso geplant, wie die Aufnahme ungefährlicher Schlüsselnummern – dazu ist der Zeitplan jedoch noch offen. Ein Umstieg auf den europäischen Abfallkatalog ist seitens des ehemaligen BM-LFUW (nun Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, BMNT) nach wie vor nicht geplant, was unternehmensseitig teilweise positiv bewertet wird. Unternehmen, die jedoch Abfall ins Ausland verbringen, unterliegen einer doppelten Zuordnung der Abfälle, was mit höherem Aufwand verbunden ist. 2018 ist Gelegenheit, Probleme beim grenzüberschreitenden Abfalltransport auch im Rahmen der Evaluierung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen anzusprechen. Argumente seitens der Wirtschaft zur Kosten-Nutzen-Bewertung sowie zur Kohärenz mit der Kreislaufwirtschaftsstrategie der Europäischen Kommission, insbesondere bezüglich Ressourceneffizienz, könnten Erleichterungen der Verpflichtungen bewirken.

Die ambitionierten Pläne der neuen Regierung für eine Deregulierungsoffensive lassen 2018 auf einige Erleichterungen für Unternehmen im Abfallrecht hoffen. Übererfüllt wird das EU-Recht hierzulande durch zusätzliche Meldepflichten, deren Aufhebung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sind. Aber auch die strenge nationale Auslegung von EU-Verpflichtungen ist ein Thema, das 2018 in Gesprächen mit dem BMNT auf den Tisch gebracht werden wird. Der am 5.1.2018 nach halbjährlicher Verspätung veröffentlichte Bundesabfallwirtschaftsplan 2017 trägt diesbezüglich nicht die Handschrift der neuen Regierung, ist jedoch im Bereich der Toleranzgrenzwerte für Recycling-Störstoffe und bei der Klärschlammverwertung anwendungsbezogener als geplant.

Forschung

Rechtssicherheit für Investitionen in Forschung war das Motto 2017

Nach einer vom Nationalrat initiierten Evaluierung der Forschungsprämie wurden alle Zweifel ausgeräumt, dass diese eine wichtige Funktion als Anreiz für Investitionen in Forschung erfüllt.

In der Folge war die Erhöhung auf 14 Prozent ab 1.1.2018 eine schnell beschlossene Angelegenheit. Der Fachverband hat parallel dazu daran gearbeitet, die Rechtssicherheit für Firmen bezüglich der Geltendmachung zu erhöhen. Die vom Fachverband ausgearbeiteten Punkte (siehe Box) waren mit Anlass für die Einrichtung einer Begleitgruppe im Finanzministerium. Diese wird im Laufe des Jahres 2018 Vorschläge für die Implementierung erarbeiten.

Ein Schwerpunktthema in Interessenvertretung war die Digitalisierung unter dem Schlagwort Industrie 4.0, wo vor allem die kommenden Datenschutzregelungen eine wichtige Rahmenbedingung darstellen und dabei an der Rechtssicherheit gearbeitet werden muss.

Chemiespezifische Anknüpfungspunkte gibt es bei der Bioökonomie-Strategie, wobei sich der Fachverband in der Umstellungsphase auf erdölfreies Wirtschaften für eine ökonomisch verträgliche, nachhaltige Lösung eingesetzt hat. Im Rahmen des



Forschungsprämie: Höhere Rechtssicherheit und Konsistenz der Entscheidungsfindung hinsichtlich

- der weitestgehenden Anerkennung der Gutachten der FFG
- der zeitlichen Berechenbarkeit/Befristung für den Abschluss einer Betriebsprüfung (um Ansammlung großer Rückstände zu vermeiden).
- der Vermeidung einer rückwirkenden Anwendung erst später verbindlicher Dokumentationsstandards.
- der verstärkten gemeinsamen Kommunikation bei Änderungen der Interpretation von Abgrenzungen.
- der Sicherung einer bundesweit konsistenten Praxis in der Abgrenzung von prämiengünstigen F&E-Aktivitäten, va. hinsichtlich Scale-up und klinischer Versuche

Stakeholder-Dialogs Biobased Industry konnten dafür schon eindrucksvolle Beispiele vor allem im Bereich Kunststoff aufgezeigt werden. Allerdings wurde auch klar, dass noch sehr viel Forschungsarbeit

zu leisten sein wird, um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen. Erwähnt werden soll auch die Umsetzung der Life Science Strategie, die sich auch die neue Regierung ins Regierungsprogramm genommen hat.

Biotechnologie

Der Fachverband hat sich mit seinen Beiträgen zum 5. Bericht des Biopotent-Monitoring-Komitees vor allem der Darstellung der wirtschaftlichen Bedeutung von Biotechnologie in Österreich gewidmet. Die Zahlen dafür stammen aus der Wertschöpfungsanalyse, die der Fachverband für die Zukunftsstrategie Life Science und Pharmastandort aufbereiten hat lassen. Der Bericht wird 2018 dem Nationalrat zugeleitet.

Prägend für die Arbeit im Jahr 2017 waren auch die Aktivitäten in Sachen Datenschutz. Insbesondere klinische Forschungszweige, die auf Biobanken zurückgreifen müssen, sehen sich durch die Datenschutzgrundverordnung Belastungen ausgesetzt. Eine Änderung des Forschungsorganisationsgesetzes sollte Klarheit bringen.



Öffentlichkeitsarbeit

Chemie ebenso wie die chemische Industrie besitzen ein sehr ambivalentes Image. Darum sieht es der Fachverband als seine Aufgabe, die positiven Aspekte der Branche mittels Öffentlichkeitsarbeit in den Vordergrund zu stellen.

Einen wichtigen Beitrag leistete hier die Werbekampagne „Chemie ist in“. Doch auch Veranstaltungen und die Kommunikation mit Meinungsbildnern sind wichtige Eckpfeiler für die Arbeit am Image der Branche.

Werbekampagne für positives Image der chemischen Industrie

Auch 2017 gab es wieder einen neuen Werbespot der Chemie ist in-Kampagne, der einerseits in den österreichischen Kinos lief und andererseits online von mehr als 500.000 Personen gesehen wurde. Der Spot sollte den Sehern vor Augen führen, wo sie

im Alltag auf Produkte der chemischen Industrie stoßen. Mit viel Humor erzählt er von einem Nachbarschaftsstreit, bei dem zwei Männer sich gegenseitig Streiche spielen. Dank chemischer Industrie gab es für jeden Streich als Lösung das passende Produkt: Wenn der Rasenmäher gerade beim Nickerchen stört, helfen Ohrenstöpsel. Wenn der Nachbar beim Gießen mit dem Wasser über die Hecke zielt, dann hilft die Goretex-Jacke, um trocken zu bleiben. Sollte jemand mit Rachegehlüsten den Gartenschlauch anstecken, so klebt ein Tape den Schaden wieder zu. Bei der anschließenden Gatsch-Schlacht bleibt der Blumentopf heil, da er aus Kunststoff

ist. Ein – oder besser gesagt zwei überraschende Enden gaben dem Werbespot Filmcharakter. Zu sehen ist der Spot immer noch auf dem YouTube-Kanal von Chemie ist in! Unterstützt wurde die Kampagne von Außenwerbung, Spots auf den Info-screens der öffentlichen Verkehrsmittel und Printsujets.

Fachverband twittert

Der Fachverband ist seit 2017 nicht nur auf Facebook, sondern auch auf einem Twitter-account aktiv, auf dem zu unterschiedlichen Themen der chemischen Industrie kommuniziert wird. Ob Forschung, Innovation, Statistiken, Politik, Kampagnen oder Neuigkeiten über unsere Mitglieder. Es gibt vieles, was einen Tweet wert ist. @FCIO_ChemInd

Veranstaltungen

Industrie 4.0

Um über das Thema „Industrie 4.0“ zu informieren und gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, über die Chancen und Risiken zu diskutieren, hat der Fachverband im März einen Workshop in der Siemens City organisiert, wo sich auch die Gelegenheit bot, eine Industrie 4.0 Bioprozess-Pilotanlage zu besichtigen. Den Besuchern bot sich ein umfangreiches, detailliertes Programm mit Referenten aus unterschiedlichsten Bereichen.

So informierte Matthias Blum vom VCI über die Herangehensweise und die Erkenntnisse der deutschen chemischen Industrie im Bereich „Industrie 4.0“. Sein Landsmann Christian Schulz von BASF zeigte konkrete Anwendungsfelder der Digitalisierung. Jürgen Miethlinger vom Linz Institute of Technology beleuchtete die Kunststoffindustrie unter dem Blickwinkel von Industrie 4.0. Christoph Herwig von der TU Wien stellte die multiplen Facetten der Digitalisierung in der Bioprozessindustrie vor. Für ihn liegt das

Hauptaugenmerk auf der Umwandlung der durch die Digitalisierung erworbenen Daten in Wissen. Herbert Vitzthum von Siemens zeigte die Möglichkeiten aus Sicht eines Technologieanbieters auf. Er sieht die Vorteile von Industrie 4.0 von Ressourceneffizienz über Individualisierung in der Massenproduktion und einem verbesserten Qualitätsmanagement bis zu schnelleren Innovationen.

25 Jahre Responsible Care

Mit dem freiwilligen Programm „Responsible Care“ zeigt Österreichs chemische Industrie, dass ihr Verantwortung für Mensch und Umwelt am Herzen liegt. Hinter diesen beiden Worten verbirgt sich eine weltweite Initiative chemischer Betriebe, die sich zum Zweck einer Verbesserung der Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltsituation strenge Selbstkontrolle auferlegt haben. Die Initiative konnte 2017 bereits auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken, was ein guter Grund zu einer kleinen Feier war.

CEFIC Gala Dinner

Der europäische Chemieverband lud im Oktober zu seiner jährlich stattfindenden Chemical Convention nach Wien. Üblicherweise richtet der heimische Verband hierfür ein Galadinner aus. Der Fachverband hieß seine internationalen Gäste aus der chemischen Industrie im historischen Ambiente der Wiener Hofburg willkommen und verwöhnte nicht nur die Gaumen mit österreichischer Küche, sondern auch die Ohren mit einer außergewöhnlichen Darbietung am Klavier von Professor Nuno Maulide.

Innovation Day Kunststoff

Nach einer Keynote von Werner Gruber, die die Vorzüge von Kunststoff auf humorvolle Art und Weise unterstrich, stellten Mitglieder des Fachverbandes aus der Kunststoffindustrie ihre aktuellsten Innovationen vor. Den Besuchern boten sich vielfältige Einblicke in die Innovationskraft der Kunststoffbranche von Werkstoff für extrater-

restrische Gewächshäuser über Bauteile, die den Schalldruck vorbeifahrender Züge halbieren können bis zu hochwertigen Kabeln, die den Transport von erneuerbaren Energien revolutionieren sollen.

Stakeholderdialog Biobased Industrie

Wo an Kunststoffen aus biogenen Rohstoffen bereits überall geforscht wird, zeigte der dritte Stakeholderdialog Biobased Industrie, der vom BMVIT in Kooperation mit dem Fachverband der Chemischen Industrie im Dezember veranstaltet wurde, in beeindruckender Weise. Rotorblätter aus Hanffasern, Lignin als Polystyrolersatz, Verpackungen aus Lebensmittelabfällen, Folien aus Cellulose – den Möglichkeiten von biobasierten Kunststoffen schienen kaum Grenzen gesetzt zu sein. Die vorgestellten Studien, Projekte und Unternehmensaktivitäten zeigen die große Bandbreite österreichischer Kompetenzfelder in diesem Thema.



Workshop Industrie 4.0 (Foto oben), Galadinner Chemical Convention (Foto rechts)



Stakeholderdialog Biobased Industrie (Foto oben), Innovation Day Kunststoff (Foto rechts)



Bildung

Verbesserung des Chemieunterrichts und Modernisierung der Lehrlingsausbildung im Fokus.

Um die Begeisterung für das Fach Chemie zu fördern, setzte der FCIO 2017 seine zahlreichen Kooperationen mit dem Verband der Chemielehrer (VCÖ) fort.

Kinder von 110 weiteren Volksschulen konnten sich 2017 über den beliebten Chemiekoffer freuen, mit dem sie erste naturwissenschaftliche Experimente wagen können. Älteren Schülern stand die App „Waltzing Atoms“ in den Schulen zur Verfügung, mit der sie einfache chemische Rätsel lösen und Moleküle basteln können. Damit ist zeitgemäßer, digitaler Chemieunterricht garantiert.

Einen Höhepunkt der Bildungsarbeit stellte der Projektwettbewerb mit dem Titel „Mit Chemie zu Innovation“ dar, an dem 200 Schulen aus ganz Österreich und insgesamt 16.500 Schüler teilnahmen. Von den einzelnen Projektgruppen wurde über Monate teilweise fächerübergreifend an den großen Zukunftsfragen der Menschheit oder aber an bedeutsamen Erfindungen aus der Vergangenheit gearbeitet. Jede Schule erhielt dabei Projekthilfen im Wert von 1.000 Euro.

Auch in die Ausbildung der Lehrer wurde investiert. Hier ging es vor allem darum, erfahrenen Pädagogen neue Ideen für Experimente zu vermitteln, aber auch unerfahreneren und teilweise un-

geprüften Lehrern die Hemmung vor dem Experimentieren mit Kindern zu nehmen.

Lehrberuf Chemieverfahrenstechnik auf neuestem Stand

Auch in der Lehrlingsausbildung konnte der Fachverband eine Modernisierung bewirken. Die bestehende Ausbildungsordnung des Lehrberufes Chemieverfahrenstechnik stammte aus dem Jahre 2000. Die Erfahrungen der ausbildenden Betriebe zeigten, dass eine Anpassung der Ausbildungsinhalte hin zu Kompetenzen, die durch die zunehmende Digitalisierung gefordert werden, notwendig geworden war.

Der Fachverband richtete daher eine Arbeitsgruppe für die Modernisierung des Lehrberufs ein und bat die ausbildenden Mitglieder um Hilfe. Der Bundesberufsausbildungsbeirat begrüßte den Entwurf des Fachverbandes, da es „die anspruchsvolle Tätigkeit eines Chemieverfahrenstechnikers sehr gut widerspiegelt“ und nahm ihn an. Ausständig ist nun noch die Überarbeitung des Rahmenlehrplans an den Berufsschulen. Ab Mitte 2018 kann dann nach der neuen Verordnung ausgebildet werden.



DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Die Durststrecke, die die chemische Industrie Österreichs durchlaufen musste, hielt sich konsequent mehrere Jahre. Doch nun endlich kann die Branche aufatmen und sich über Zuwächse quer über sämtliche Sektoren freuen.

Wirtschaftsbericht ... 26 | Pharmazeutische Industrie - auf globalen Märkten behauptet ... 29 | Biokraftstoffe ... 30 | Kunststoffe ... 31
 Mineralische Düngemittel ... 32 | Organische Düngemittel 2017 ... 33
 Pflanzenschutz ... 33 | Waschmittel/Kosmetik/Aerosole ... 34
 Bauchemie ... 35 | Lackindustrie ... 36 | Technische Gase ... 36
 Fasern ... 37 | Bitumenemulsionsindustrie unter Preisdruck ... 38
 Dachbahnen ... 38 | Kautschukindustrie ... 38

Wirtschaftsbericht

Österreichs chemische Industrie 2017

Die Wirtschaft wächst und Österreichs Chemie wächst mit.

2017 hat die chemische Industrie wieder eine frische Konjunkturbrise erfasst. Nach der Flaute der letzten 4 Jahre hat die Branche dies auch dringend benötigt.

Dabei nahm die wirtschaftliche Dynamik im Laufe des Jahres immer mehr zu. Im Halbjahr lag der Umsatz noch um 2,5 Prozent über Vorjahresniveau, bis Jahresende stieg er um 3,5 Prozent. Das Gesamtergebnis von 15,3 Mrd. Euro übertrifft somit den Höchststand von 2012 (15,1 Mrd. Euro).

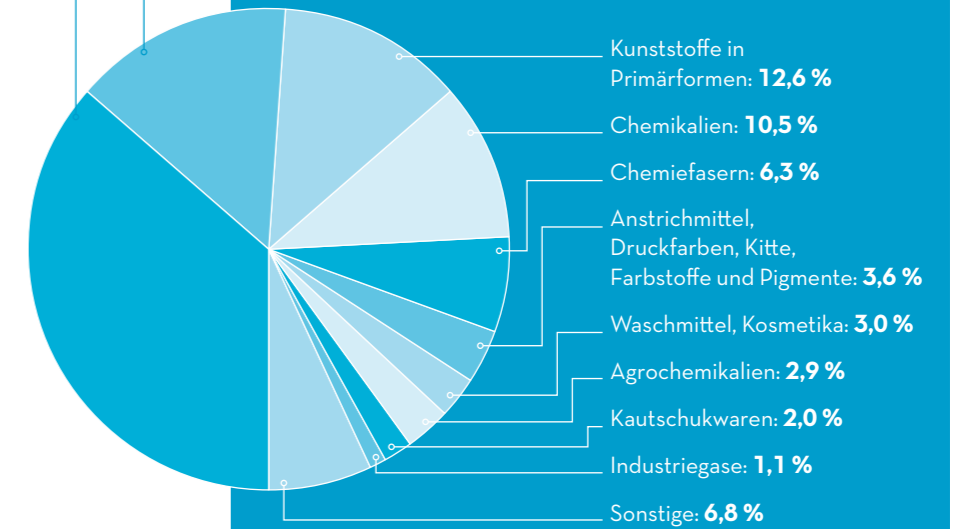
Der Aufschwung hat die Branchen auf breiter Front erfasst. Getragen von der guten internationalen Konjunktur konnten Kautschukwaren, Fasern und Chemikalien am meisten zulegen. Aber auch Industriegase, Lacke und Kunststoffwaren lagen deutlich im Plus. Seifen, Wasch- und Körperpflegemittel entwickelten sich schwächer. Agrochemikalien hinkten dieser Entwicklung hinterher, was auf spezifische Einflussfaktoren zurückzuführen ist. Ebenso Kunststoffrohstoffe, bei denen das Wachstum durch Anlagenrevisionen gedämpft wurde.

Die Impulse, die zum Aufschwung führten, kamen sowohl vom heimischen Markt, wie auch noch stärker von der Nachfrage aus dem Ausland. Bei den Exporten war es vor allem die gute Konjunktur in der Euro-Zone, die das Geschäft belebte.

Das gute Geschäftsklima beflügelte auch die Investitionen der Unternehmen. Diese lagen 2017 mit rund EUR 775 Mio. deutlich über dem Schnitt der vorangegangenen Jahre. Für 2018 ist eine weitere Ausweitung geplant.

Pharmazeutika: 14,7 %
Kunststoffwaren: 36,5 %

Anteile der Branchen 2017

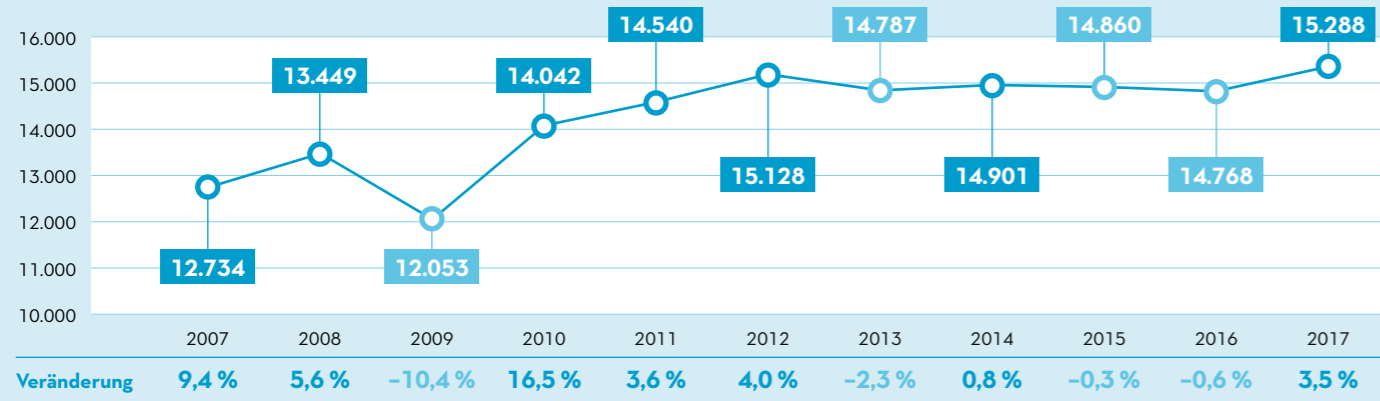


Auch der Mitarbeiterstand profitierte und konnte auf hohem Niveau gehalten werden.

Die Stimmung in der österreichischen Chemiebranche ist weiterhin gut. Dies zeigt auch die Konjunkturerhebung des Wirtschaftsforschungsinstituts. Die Auftragsbestände sind hoch, die Fertigwarenlager niedrig. Sollte die Branche nicht politisches Unbill treffen (z.B. Handelskriege), so erwartet sie für 2018 ein weiteres gutes Jahr.

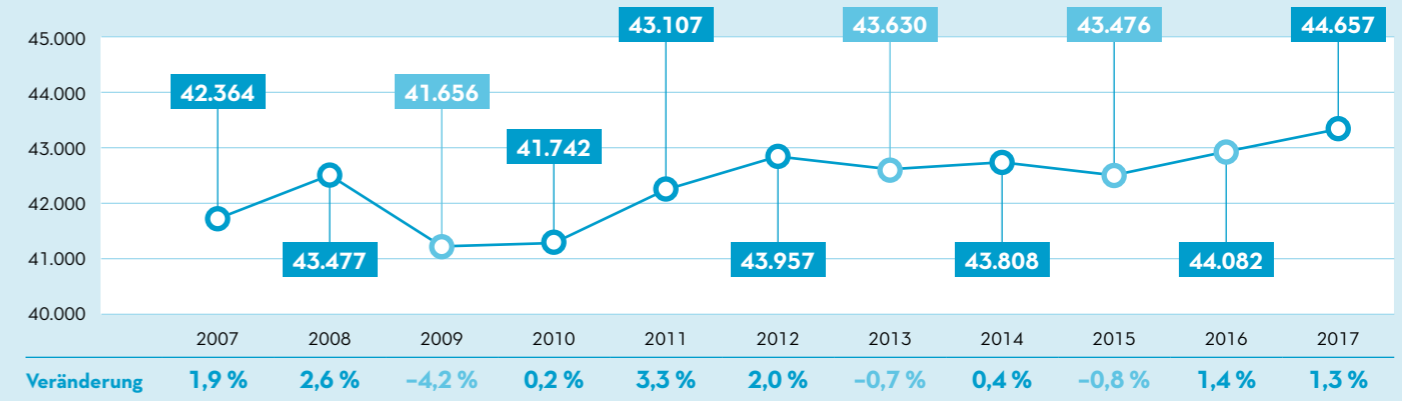
Abgesetzte Produktion der chemischen Industrie 2007-2017

Werte in €1.000, Quelle: prodcom/04.04.2018



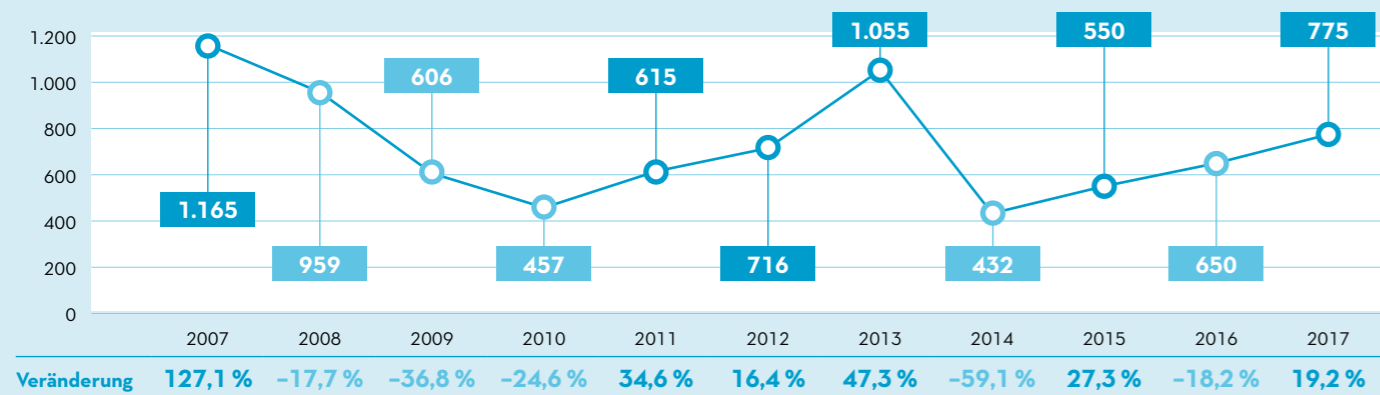
Beschäftigte der chemischen Industrie 2007-2017

Quelle: kamersys/sawobld/03.04.18/st



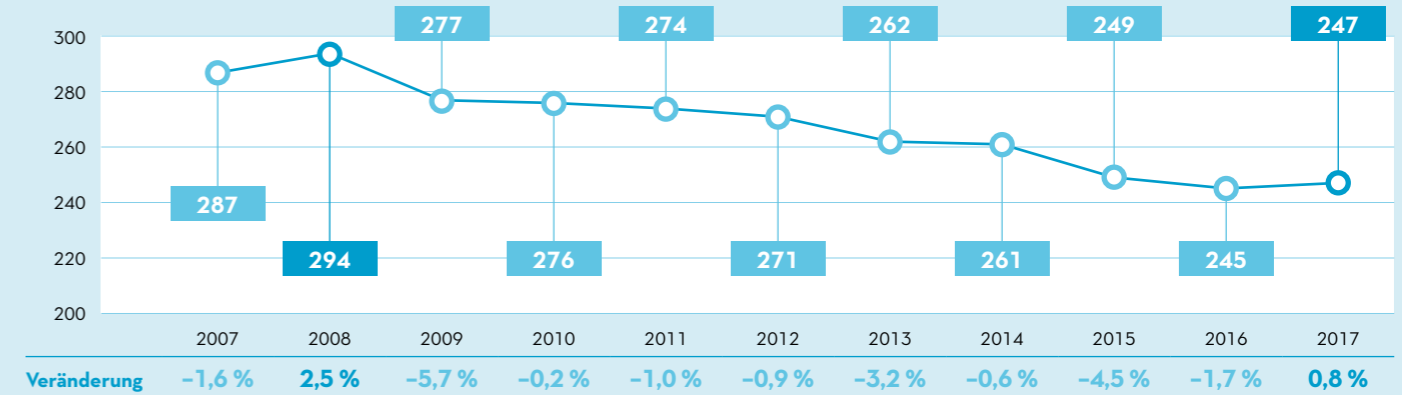
Investitionen der chemischen Industrie 2007-2017

Werte in Mio EUR, Stand Feb. 2018, Quelle: Investitionstest/WIFO



Betriebe der chemischen Industrie 2007-2017

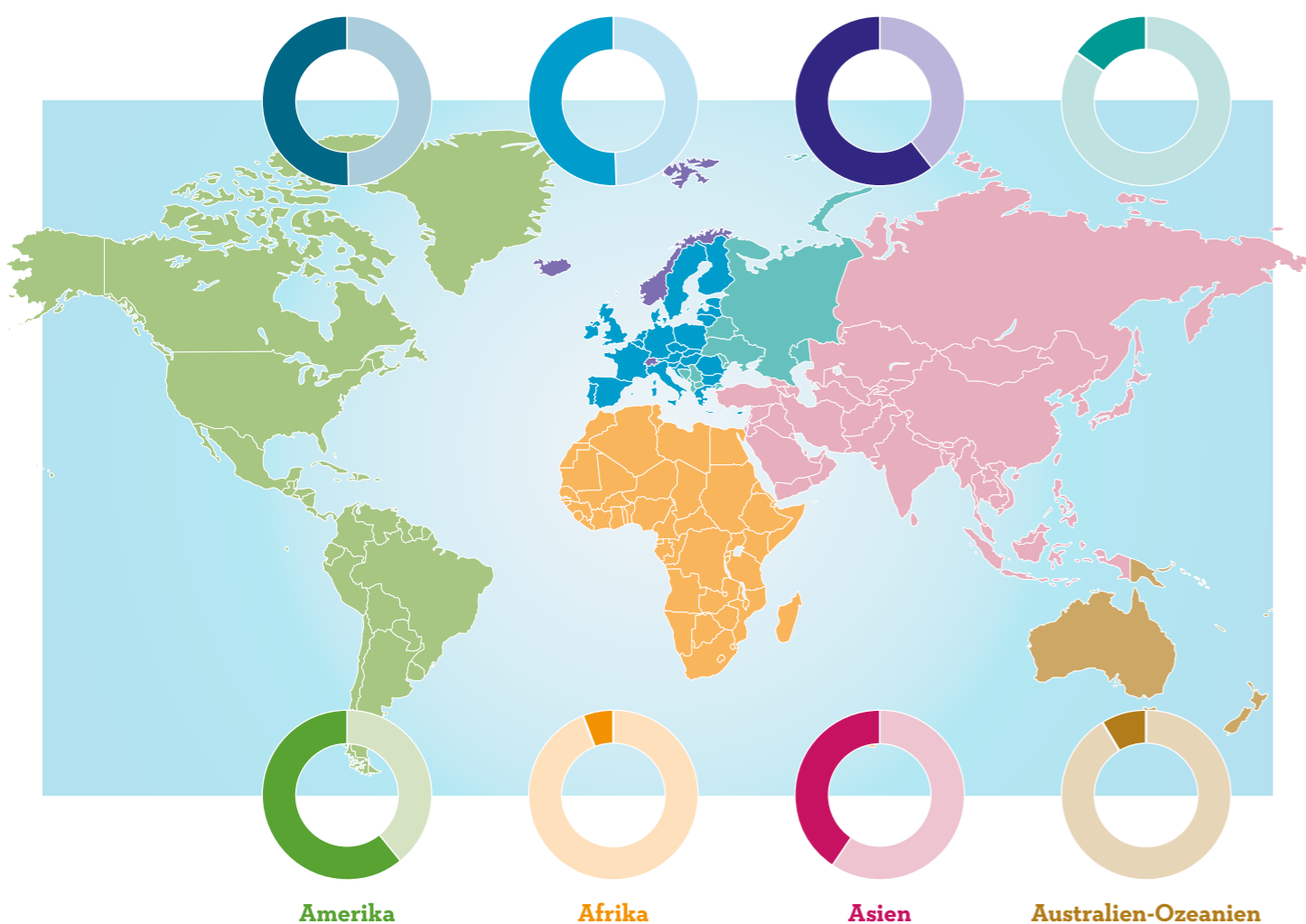
Quelle: kamersys/sawobld/03.04.18/st



Handel mit Chemiewaren 2017

Werte in Mio €, Quelle: Statistik Austria/03.04.18/st

	GESAMT	Intra-EU (27)	EFTA	Übrige Länder Europas
Einfuhr 2017	23.968	16.085	3.320	274
Veränderung	8,2 %	7,2 %	8,7 %	10,2 %
Ausfuhr 2017	23.587	15.628	2.156	1.493
Veränderung	11,0 %	18,4 %	-10,7 %	0,3 %



	Amerika	Afrika	Asien	Australien-Ozeanien
Einfuhr 2017	2.790	17	1.474	9
Veränderung	10,4 %	10,5 %	14,8 %	18,7 %
Ausfuhr 2017	1.792	268	2.155	95
Veränderung	1,0 %	7,8 %	6,4 %	4,1 %



Pharmazeutische Industrie – auf globalen Märkten behauptet

Steigerung

Trotz hohen Preisdrucks konnte der Absatz der heimischen Pharmaproduktion nicht nur mengenmäßig, sondern auch wertmäßig deutlich zulegen. Bereits im Vorjahr angekündigte Investitionen an österreichischen Produktionsstandorten wurden im Nachhinein noch vergrößert. Der Druck auf die Preise durch die Gesundheitssysteme in den wichtigsten Absatzmärkten ist weiterhin hoch. Innovative Arzneimittel, die für den Patienten größere Heilungschancen und verbesserte Lebensqualität bringen, sind auf den Märkten erfolgreich.

ASVG-Novelle

Zu Beginn des Jahres 2017 wurde die Pharmabranche durch die Aktivitäten des Hauptverbandes in Sachen Änderung der Erstattungsregeln ernüchtert. Im Jahr zuvor wurde der Rahmenpharmavertrag unterzeichnet, jedoch erwies sich die erhoffte partnerschaftliche Weiterentwicklung des Erstattungssystems als Seifenblase. Eine entsprechende Novelle des ASVG richtete sich nach den Wünschen des Hauptverbandes. Dieser kann nun auch für jene Medikamente, für die kein Vertrag zwischen den Anbietern und den Sozialversicherungsträgern zustande kommt, auf die Preise einwirken. Diese müssen auf den EU-Durchschnittspreis gesenkt werden. Aufgrund dieser Erfahrungen und unter

diesen Bedingungen wird keine Verlängerung des Rahmenpharmavertrages angestrebt.

Ergänzende Schutzzertifikate

Die Europäische Kommission hat mit einer gezielten Überprüfung von patentrechtlichen Anreizen die Branche sehr beschäftigt. Im Fokus standen die ergänzenden Schutzzertifikate, die eine befristete Verlängerungsmöglichkeit des Patentschutzes um fünf Jahre darstellen. Insbesondere die Einführung einer Ausnahmeregelung für die Herstellung von innovativen Arzneimitteln innerhalb Europas (Herstellerausnahme) für Märkte, in denen der Patentschutz bereits abgelaufen ist, wurde innerhalb der Branche diskutiert. Der Fachverband hat sich für eine Entscheidung aufgrund von gesicherten Erkenntnissen über mögliche Auswirkungen von Änderungen eingesetzt.

Lieferengpässe

Aufgrund verschiedener Ursachen wird das Auftreten von Lieferengpässen häufiger. Die AGES Medizinmarktaufsicht (MEA) möchte im Umgang damit die Verbesserung des Informationsaustausches als Instrument einsetzen und schlägt eine umfassende Meldepflichtung an die MEA vor. Die Pharmaindustrie lehnt dies als wenig nutzbringend ab. Bereits jetzt werden über die rein gesetzlichen Pflichten

freiwillige Meldungen abgegeben, insbesondere die Information an die nachgelagerten Handelsstufen stehen im Fokus.

Arzneimittelfälschungen

Arzneimittelfälschungen nehmen durch die neuen Möglichkeiten der globalen Kommunikation und Vertriebswege deutlich zu. In Österreich sind die Vorbereitungen zur Errichtung des Verifikationssystems zur Prüfung der Sicherheitsmerkmale auf Arzneimittelpackungen in der Lieferkette vorangetrieben. Dazu wurden neue Codierregeln für Arzneimittelpackungen erarbeitet.

#WeWontRest-Kampagne

Der Fachverband hat sich an der Kampagne #WeWontRest der EFPIA beteiligt. Diese soll die umfassenden Forschungsleistungen der Pharmaindustrie und ihre positive Auswirkung auf die europäischen Gesundheitssysteme darstellen. Dazu wurden für verschiedene mediale Kanäle die Kampagnenmaterialien in deutscher Sprache aufbereitet. Eine Online-Bewerbung hat eindrucksvolle Reichweiten erzeugt.

Bürokratieabbau

Das internationale Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von GMP-Inspektionen zwischen den USA und der Europäischen Union wird für die betroffenen Firmen eine spürbare Entlastung bringen.



Kunststoffe

Die Kunststoffherzeugung hält ihren Umsatz im Berichtsjahr bei ca. 1,9 Mrd. Euro. Das Ergebnis wäre wohl noch besser ausgefallen, wenn nicht Überholungsarbeiten in manchen Werken den Ausstoß eingebremst hätten.

Die österreichische kunststoffverarbeitende Industrie konnte im Jahr 2017 ihren Umsatz um 4,2 Prozent ausweiten. Gegenüber dem Jahr 2016 bedeutete dies ein deutliches Anspringen der Konjunktur und ging konform mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Branche erlebte damit einen erfreulichen Aufwind.

Den Produktionswert kurbelten vor allem technische Artikel und Verpackungen an, die um 6,7 Prozent bzw. 4,4 Prozent zulegen konnten. Bauprodukte verbesserten sich um 4 Prozent, Halbzeug dagegen entwickelte sich schwächer (+1,9 Prozent).

Die Steigerungen bei den Ausfuhren übertrafen jene bei der Produktion. Die Exporte stiegen um ca. 5,9 Prozent auf 4,3 Mrd. Euro. Dem standen Einfuhren in Höhe von 3,8 Mrd. gegenüber. Die österreichische Kunststoffverarbeitung erwirtschaftete damit einen Handelsüberschuss von rund einer halben Mrd. Euro.

Der Mitarbeiterstand konnte auf rund 26.370 Beschäftigte leicht ausgeweitet werden.

Fragen der Nachhaltigkeit von Kunststoffen bildeten den Schwerpunkt der Fachverbandsarbeit. Vor allem die Kunststoffstrategie der EU, die letztlich Anfang 2018 veröffentlicht wurde, beschäftigte die Branche. Der Fachverband bewertet dieses Vorha-

ben positiv, weil damit die Ziele der europäischen Kommission klar auf dem Tisch liegen und die Produktpolitik dementsprechend ausgerichtet werden kann.

Die Kunststoffbranche hat hier schon Vorleistungen erbracht, wie etwa die gemeinsame Initiative von Umweltministerium und Fachverband „Zero Pellet Loss“, die auf die Reduktion von Kunststoffrohstoff-Verlusten bei Produktion und Transport abzielt.

Der Fachverband engagierte sich auch bei der Erstellung der vom BMVIT in Auftrag gegebenen Roadmap Biobasierter Kunststoff Szenario 2050 und nahm an Workshops des mit der Ausarbeitung beauftragten Umweltbundesamtes teil.

Das Projekt wird von der Vision getragen, die Rohstoffbasis der Kunststoffwirtschaft bis 2050 auf biobasierte Rohstoffquellen umzustellen. Der Fokus der Maßnahmen soll auf Forschungsarbeiten liegen, aber auch regulative Maßnahmen werden ins Auge gefasst.

Dass die österreichische Kunststoffwirtschaft das Zeug hat, auch diese Herausforderungen zu meistern, zeigte der Innovation Day Kunststoff. Bei diesem wurden aktuelle Innovationen aus unterschiedlichen Bereichen der heimischen Kunststoffindustrie beleuchtet und ein Einblick in die Lösungskompetenz der Branche gegeben.

Biokraftstoffe

Europäische Biokraftstoffpolitik gefährdet Investitionen der Produzenten

Mit dem am 30. November 2016 durch die Europäische Kommission veröffentlichten Paket „Clean Energy for all Europeans“ wurde unter anderem ein Vorschlag für die Umgestaltung der „Erneuerbaren-Energie-Richtlinie“ (RED) vorgestellt. Der Richtlinienentwurf sieht auch eine maßgebliche Umgestaltung der europäischen Biokraftstoffpolitik bis 2030 vor.

Aus Sicht der heimischen Biodieselproduzenten enthält der Kommissionsvorschlag zwei besonders negative Punkte:

Einerseits soll der Anteil von Biokraftstoffen aus Lebens- und Futtermittelpflanzen (Biokraftstoffe der ersten Generation) schrittweise von 7,0 Prozent (2021) auf 3,8 Prozent (2030) reduziert werden. Dies ist hinsichtlich Investitionssicherheit und Investorenschutz kritisch zu sehen. In Österreich wurden mit der EU-Biokraft-

stoff-Richtlinie 2003/13/EG massive Investitionen in Biokraftstoffanlagen ausgelöst. Aktuell beträgt die heimische Biodiesel-Produktionskapazität knapp 485.000 Tonnen.

Andererseits unterminiert die Begrenzung des energetischen Anteils von einzelnen abfallbasierten Biokraftstoffen auf 1,7 Prozent Anstrengungen, zunehmend mehr abfallbasierte Ausgangsstoffe einzusetzen. Laut Biokraftstoffbericht des BMLFUW für das Berichtsjahr 2016 beträgt der Anteil an abfallbasierten Rohstoffen (Altspeiseöle, Tierfette, Fettsäuren) an der heimischen Biodieselproduktion 50 Prozent. Auch dieses Potential sollte weiterhin genützt und nicht reduziert werden.

Auf EU-Mitgliedstaatenebene hat in Folge der EU-Energieministerrat im Dezember 2017 eine generelle Ausrichtung zur RED beschlossen. In diesem Zusammen-

hang ist positiv hervorzuheben, dass einerseits für die EU-Mitgliedstaaten kein verpflichtendes Zurückfahren von Biokraftstoffen der ersten Generation bis 2030 vorgeschlagen wird und andererseits die Begrenzung von bestimmten abfallbasierten Biokraftstoffen keine Verpflichtung, sondern eine Kann-Bestimmung für EU-Mitgliedsstaaten sein soll.

Im Jänner 2018 erfolgte dann im Plenum des Europäischen Parlaments die Abstimmung zur RED, wobei dem vernunftbetonten Ansatz der EU-Mitgliedstaaten nicht gefolgt wurde. In Folge werden im Laufe des Jahres 2018 die Trilogverhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission durchgeführt werden. Mit einer Beschlussfassung zur RED ist während der österreichischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 zu rechnen.



Mineralische Düngemittel

Neues EU-Düngemittelrecht vor Fertigstellung

Regional starke Trockenheit, aber auch immer mehr Biobetriebe haben vor allem die Erträge in Niederösterreich und im Burgenland beeinträchtigt. Die Getreideernte 2017 ergab nur eine Produktionsmenge von 4,86 Millionen Tonnen. Damit wurde um 15 Prozent weniger geerntet als 2016 und lediglich ein unterdurchschnittliches Ergebnis erreicht (-6 Prozent zum Zehnjahresdurchschnitt). Auch die Ernte von Ölsaaten und Körnerleguminosen lag mit 433.100 Tonnen unter dem Vorjahreswert (-4 Prozent), jedoch 9 Prozent über dem Zehnjahresmittel. Wobei bei den Ölsaaten in den letzten Jahren ein bemerkenswerter Kulturwechsel von Win-

terrops zur Sojabohne stattfindet; eine unmittelbare Folge des Verbots der Neonicotinoide.

Das zukünftige EU-Düngemittelrecht ist in den Grundzügen festgeschrieben und wird von der Branche begrüßt und aktiv mitgetragen. Die noch ungeklärten, kritischen Fragen sollen bis zum Sommer in den Trilog-Gesprächen zwischen Rat, Kommission und EU-Parlament geklärt werden. Die Düngerindustrie warnt weiter vor unverhältnismäßig und drastisch reduzierten Cadmium-Grenzwerten. Sie bedrohen die heimische Produktion und Versorgung mit hochwertigen mineralischen Pflanzennährstoffen und das gewünschte

Nährstoff-Recycling. Die österreichischen Pflanzennährstoff-Produzenten anerkennen diesbezüglich den politischen Willen nach vermehrtem Einsatz von heimischen Sekundärrohstoffen und mehr Kreislaufwirtschaft. Auf der Anwendungsseite wurden im abgeschlossenen Geschäftsjahr wieder eine Vielzahl von Fachvorträgen und Felder-Begehungen abgehalten, in denen neue, digitale Hilfsmittel und Messmethoden zur weiteren Anwendungsoptimierung von Mineraldünger vorgestellt und beworben wurden.

Der Absatz an mineralischen Pflanzennährstoffen hat sich für die heimischen Produzenten 2017 positiv und stabil entwickelt,

wiewohl der Gesamtmarkt nach Officialstatistik im Wirtschaftsjahr 2016/17 von 122 auf 117 000 Tonnen Stickstoff geschrumpft ist, was auch eine Folge deutlich wachsender Biolandbauflächen ist. Die Düngerpreise stehen somit weiter unter Druck. Trotz voller Auslastung der heimischen Produktionskapazitäten, was einer Produktionsmenge von rund 1,5 Millionen Tonnen Mineraldünger entspricht, konnte nur ein unbefriedigendes Ergebnis erzielt werden. Dennoch blickt die Branche vorsichtig optimistisch auf das laufende Düngejahr 2017/18 und auf den mittel- bis langfristig sehr positiven Ausblick auf die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion.

Pflanzenschutz

Forschung fördern, Versorgung sichern

Wissenschaft gegen NGOs. Das Jahr 2017 war geprägt von einer anhaltenden Diskussion über den Wirkstoff Glyphosat, dem die Wissenschaft konsensual attestiert, dass er bei sachgemäßer Anwendung sicher ist. Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) konnte sich dabei als sachlicher und faktenorientierter Dialogpartner positionieren. 2018 stehen in Österreich und in der Europäischen Union erneut wichtige Weichenstellungen in der Landwirtschaft sowie in der ländlichen Entwicklung an. Vor allem im Zuge der österreichischen Ratspräsidentschaft will die IGP die Chance nützen und den Beitrag der Pflanzenmedizin zur ausreichenden Selbstversorgung mit sicheren, gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aufzeigen.

Pflanzenschutz als Qualitätsmerkmal. Aus Sicht der Hersteller von Pflanzenmedizin ist es dringend an der Zeit, Fehlentwicklungen zu korrigieren und zu einer produzierenden, europäischen Landwirtschaft zurückzukehren. Zentrales Anliegen der Branche ist dabei die Gewährleistung von Rechtssicherheit und wirtschaftlicher Planbarkeit im Sinne einer hohen Innovationskraft im Pflanzenschutz. Nur so wird es uns auch künftig möglich sein, rasch auf aktuelle Herausforderungen im Pflanzenbau zu reagieren und entsprechende Wirkstoffe zu entwickeln.

Selbstversorgung wiederherstellen. Angesichts der aktuellen und zahlreichen Veränderungen erkennen wir die Notwendigkeit eines umfassenden und differenzierten gesellschaftlichen Diskurses. Die IGP veranstaltet daher auch 2018 wieder einen IGP Dialog, der diesmal unter dem Generalthema Selbstversorgung Österreichs stehen wird. Denn wir verstehen uns als Partner einer nachhaltigen, bäuerlichen und kleinteiligen Landwirtschaft in Österreich. Für diese sollten aus unserer Sicht Rahmenbedingungen erhalten werden, um konkurrenzfähig bleiben zu können und Österreich mit gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Die IGP leistet mit einem ausreichenden Angebot an effizienten Pflanzenschutzmitteln und mit der Forcierung eines sachlichen Dialogs zum Thema Versorgung ihren Beitrag.

igpflanzenschutz.at

Organische Düngemittel 2017

Im Jahr 2017 wurden allgemein weniger, sowohl mineralische als auch organische, Düngemittel eingesetzt. Trotzdem konnten die Erträge um ca. 1,5 Prozent gesteigert werden. Das zeigt, dass Düngemittel gezielter und bewusster angewendet

werden. Diese Entwicklung wird durch die gute Ausbildung der Betriebsleiter und den züchterischen Fortschritt unterstützt.

Der Bedarf an Bio-Produkten steigt, was sich positiv auf die Nachfrage nach organischen Düngemitteln auswirkt und auch

deren Anbieter preislich zufriedenstellt. Zusammenfassend betrachtet, war das Jahr 2017 für die Anbieter von organischen Düngemitteln erfolgreich.

Auch für 2018 erwartet man die Fortsetzung dieser positiven

Entwicklung. Das Augenmerk wird zunehmend auf Tierwohl und naturgemäße Lebensmittelproduktion gelegt. Es ist absehbar, dass sich der Trend hin zu organischen Düngemitteln weiter fortsetzen wird.



Waschmittel / Kosmetik / Aerosole

Leichte Umsatzsteigerungen durch konjunkturelle Erholung. Kostendruck durch Eigenmarken des Handels belastet Branche.

Die Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes, die im Bereich der Wasch- und Reinigungsmittel bzw. Kosmetika und bei Aerosolen tätig sind, profitierten zwar von der generellen wirtschaftlichen Erholung und es konnten leichte Umsatzsteigerungen erzielt werden. Allerdings bremste der Kostendruck und die Konkurrenz durch die Eigenmarken des Handels bei einem gesättigten Inlandsmarkt das Branchenwachstum im Vergleich zu anderen Bereichen der chemischen Industrie. Einzig durch neue innovative Produkte konnten Steigerungen erzielt werden.

Auch im professionellen Reinigungsbe- reich kam es zu keinem nennenswerten Umsatzzuwachs. Kostenbremsen bei der öffentlichen Beschaffung sowie deutlich gestiegene Rohstoffpreise wirkten sich auf Umsatz und Ergebnis aus.

Regulatorische Herausforderungen im Wasch- und Reinigungsmittelbereich

Bei den Produzenten von Wasch- und Reinigungsmitteln belaufen sich gemäß einer Folgenabschätzung der EU-Kommission die Kosten für die Einhaltung von

Rechtsvorschriften im Umweltbereich insgesamt auf etwa 670 Millionen Euro europaweit. Dies entspricht 11 Prozent der in der Branche erzielten Wertschöpfung sowie einem Drittel der Gewinne. Mit 6,2 Prozent der Wertschöpfung machen die Kosten, die speziell durch die Chemikaliengesetzgebung (REACH, CLP und das Biozidprodukterecht) anfallen, den größten Teil aus. Sie entstehen durch den überproportionalen Verwaltungsaufwand, der den Unternehmen durch ressourcenintensive Auflagen und Strukturen auferlegt wird.

Die Studie zeigt deutlich, dass die Wasch- und Reinigungsmittelindustrie im Vergleich mit anderen Branchen der chemischen Industrie überproportional von Gesetzesfolgekosten, besonders im administrativen Bereich, betroffen ist. Hier ist dringender Handlungsbedarf seitens der Politik auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene gefragt. Gerade die Kosten für die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften für Biozide werden für die Branche in den nächsten Jahren deutlich steigen. Die Entlastung der Unternehmen im

Verwaltungsaufwand ist unbedingt notwendig, gerade



für eine Branche, die hohe Anstrengungen in freiwillige Nachhaltigkeitsaktivitäten setzt. Innovative und umweltschonende Weiterentwicklung von effizienten Wasch- und Reinigungsmitteln ist eine wesentliche Säule für eine wirtschaftliche Stabilität der Branche.

Kosmetikrecht mit Fragezeichen

Beinahe ein Jahrzehnt ist seit der verpflichtenden Anwendung der neu gefassten EU-Kosmetikverordnung nunmehr vergangen. Aber immer noch gibt es einige offenen Punkte, die im Sinn der Rechtssicherheit auf EU-Ebene rasch bereinigt werden müssen: Das Zusammenspiel zwischen Chemikalienrecht und den stoffspezifischen Anhängen der EU Kosmetikverordnung, die unklare, weitgefaste Definition von Nanomaterialien und die Konsequenzen für die Festlegung der Kriterien für endokrine Disruptoren.

Trotz der freiwilligen Selbstverpflichtung zum Ersatz von Mikroplastikpartikeln in ihren Produkten, stehen im Rahmen der Kunststoffstrategie zusätzlich EU-weite Beschränkungen bevor.

Die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit wird unter der Branchenplattform (<http://kosmetik-transparenz.at>) online fortgesetzt und der interak-

tive Dialog gezielt forciert. Ein überarbeiteter Internetauftritt, regelmäßige Newsletter und Blogs über neueste Trends und Entwicklungen führen zu einer erfreulichen Akzeptanz.

Rechtliche Entwicklungen bei Aerosolen entwickeln sich positiv weiter

Die europäische Aerosolrichtlinie, die die Rahmenbedingungen für das Inverkehrbringen von Aerosolen regelt, ist bestimmt eine der ältesten, bestehenden Regelungen in der EU. Aber sie funktioniert. Auch neuen Entwicklungen, wie der Einsatz von Druckluft anstelle von druckverflüssigten Gasen, wird Rechnung getragen. Ebenfalls in Diskussion ist die Erhöhung der Nennfüllmenge für Kunststoff-aerosole, die neue innovative Einsatzmöglichkeiten für das Verpackungsmaterial erlaubt.

Einen Schritt in die richtige Richtung gehen die Diskussionen zur Überarbeitung der nationalen Bestimmungen zur Lagerung von Aerosolen. So können bei gleichbleibender Sicherheit nicht nur die Kosten für die Mitgliedsbetriebe gesenkt werden, sondern es werden auch planbare Rahmenbedingungen geschaffen. Leider ist durch den Regierungswechsel die Veröffentlichung der bereits ausdiskutierten Novelle bis dato noch immer nicht erfolgt.

Bauchemie

Rohstoffpreiserhöhungen und -verknappungen bereiteten trotz guter Zuwächse Schwierigkeiten

Bauklebstoffe. Zufriedenstellend bis erfreulich war die Umsatzentwicklung im Bereich der Bauklebstoffindustrie. Das 1. Halbjahr 2017 wurde ein Plus von 3,5 Prozent erzielt. Das 2. Halbjahr entwickelte sich auch aufgrund der anziehenden Konjunktur in Deutschland sehr gut. Das Plus bewegte sich teilweise im zweistelligen Bereich. Sorgen bereiteten auch hier die Rohstoffpreiserhöhungen und die teilweisen Verknappungen, die zu Lasten der Ertragslage der Unternehmen gingen.

Auch 2017 wurde die Werbekampagne „Meine Fliese“, die gemeinsam mit der italienischen Fliesenindustrie, dem Baustoffhandel und dem Fliesenlegerhandwerk durchgeführt wird, fortgesetzt.

Gemeinsam mit dem Deutschen Klebstoffverband IVK gab es Kooperationen bei Normungsvorhaben auf der europäischen CEN-Ebene, die erfolgreich verlaufen sind.

Ein weiterer Schwerpunkt der Berufsgruppenarbeit war die Implementierung der Bauprodukte-Verordnung und hier wiederum im Bereich der Basisanforderung 7 „Nachhaltigkeit von Gebäuden“. Die Bauklebstoffindustrie kooperiert hier mit dem IVK und der Deutschen Bauchemie bei der Erstellung von Environmental Product Declarations (EPD) und überwacht auch die neuen Entwicklungen der Europäischen Kommission (DG Environment) zum Thema „Product Environmental Footprint“ (PEF).

Betonzusatzmittel. Die Umsatzentwicklung im Bereich der österreichischen Betonzusatzmittelindustrie war im ersten Halbjahr durch eine Steigerung im einstelligen Bereich, aber auf niedrigem Niveau gekennzeichnet. Insgesamt betrug das Umsatzwachstum ca. 5 Prozent. Die öffentliche Auftragsvergabe blieb auch 2017 hinter den Erwartungen zurück. Es fehlen die großen Infrastrukturprojekte.

Die Gruppe Betonzusatzmittel beteiligte sich auch 2017 an der Werbekampagne des Betonmarketing Österreich.



Lackindustrie

Die österreichische Lackindustrie blickt zufrieden auf das Jahr 2017, kämpft aber mit Rohstoffproblemen.

In den meisten Bereichen, trotz unterschiedlicher Entwicklung, gab es gute Umsatzsteigerungen. Das schwächere 1. Halbjahr wurde durch die anziehende Konjunktur sehr gut kompensiert.

Auch die Exportsituation in die mittel- und osteuropäischen Länder hat sich leicht verbessert, die Entwicklungen sind hier aber sehr länderspezifisch. Insgesamt über alle Bereiche hinweg kann die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie 2017 eine positive Bilanz ziehen.

Auf der Rohstoffseite war die Branche allerdings schwer gefordert. Bedingt durch einige „Force Majeure-Meldungen“ namhafter Rohstoffhersteller war man zu Jahresbeginn mit Preisanstiegen und Verknappungen bei einigen Schlüsselrohstoffen konfrontiert. Die Preise für Titandioxid sind deutlich gestiegen. Die Teuerung hat sich aber quer über die Rohstofflandschaft von Lösemitteln, Bindemitteln und Pigmenten ausgeweitet. Dies wirkt sich auf die Ertragslage der Unternehmen aus.

Auch die Chemikaliengesetzgebung setzt die Branche unter Druck

Bei der Umsetzung der neuen chemikalienrechtlichen Vorschriften REACH und CLP werden zunehmend schärfere Einstufungen für Stoffe, wie beispielsweise Titandioxid, MIT und Propiconazol vorgeschlagen. Weitgehende Verbots- und Beschränkungsmaßnahmen drohen am Horizont. Viele dieser Rohstoffe sind für die Herstellung von Lacken, Farben und Beschichtungen unverzichtbar.

Im Fokus der Berufsgruppenarbeit standen die Entwicklungen beim wichtigsten Rohstoff Titandioxid (TiO₂). Der ursprüngliche französische Vorschlag auf Einstufung als krebverdächtig Kategorie 1 hätte ein Ende des Do-it-yourself-Bereichs für Lacke und Farben bedeutet. Der am 8. Juni vom Ausschuss für Risikobewertung (RAC) gemachte Vorschlag auf Einstufung als krebverdächtig Kategorie 2 entschärft zwar die Situation ein wenig, ist aber nach wie vor für die Hersteller inakzeptabel.

Die Lackindustrie hat diese Entwicklungen scharf kritisiert. Die wissenschaftliche Grundlage für den Einstufungsvorschlag ist nicht nur äußerst dürftig, es besteht auch unter Experten keine Einigkeit über die toxikologischen Grundlagen. Im Übrigen sind die zugrundeliegenden Versuche aus dem Jahre 1987 veraltet und dürften heute gar nicht mehr gemacht werden. Von Seiten der Industrie wurde auch vorgebracht, dass bisher kein einziger Fall nachgewiesen werden konnte, dass Titandioxid negative Auswirkungen auf die Gesundheit gehabt hätte.

Der Stoff wird seit rund 100 Jahren kommerziell eingesetzt und derzeit in Mengen von bis zu 10 Mio. Tonnen pro Jahr in Europa hergestellt und verarbeitet. Zehntausende Arbeiter weltweit und Millionen Konsumenten kommen tagtäglich mit Titandioxid in Kontakt. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass eine krebserregende Wirkung von TiO₂ bei einer solch weitreichenden Exposition bislang verborgen bleiben konnte.

Eine endgültige Entscheidung wird im REACH-Regelungsausschuss im ersten Quartal 2018 erwartet. Bis dahin wird die Lackindustrie gegen eine Einstufung von Titandioxid kämpfen.

Aber auch die von der EU angestrebten Beschränkungen im Biozid-Bereich, insbesondere bei der Topfkonservierung die geplante Begrenzung von MIT auf 15 ppm, bedroht die wasserbasierten Farben und Lacke.

In einer Reihe von Gesprächen mit den zuständigen Behörden konnte die Dramatik dargestellt werden. Die zuständige österreichische Behörde hat das Problem erkannt und wird auf europäischer Ebene für eine vernünftige Vorgangsweise stimmen. Eine endgültige Entscheidung ist auch hier noch nicht getroffen.

Nachwuchsförderung hat Priorität

Der von der österreichischen Lackindustrie in Kooperation mit der Fachhochschule Technikum Wien initiierte Fachhochschulstudiengang Lack- und Oberflächentechnik konnte in diesem Jahr trotz intensiver Bemühungen der Berufsgruppe nicht entscheidend weitergebracht werden. Obwohl die Zusagen der Unternehmen für eine Anschubfinanzierung vorliegen, konnten hier keine weiteren Fortschritte erzielt werden. Mitentscheidend dafür war auch die vorgezogene Nationalratswahl. Das Ziel diese Ausbildung in Österreich zu etablieren, bleibt aber bestehen. Vielleicht braucht es dazu aber auch noch andere Kooperationspartner.



Fasern

Preise für Viskosefasern schwanken stark

Die Faser-Branche konnte 2017 von einem äußerst günstigen Marktumfeld profitieren. Umsatz und Gewinn stiegen dank höherer Faserpreise deutlich. Die Branche verlagert sich mehr und mehr in Nischenprodukte und Spezialfasern, da die herkömmlichen Viskosefasern sehr volatilen Marktbedingungen unterliegen. Im Spezialfaserbereich sind die Märkte stabiler. Der Wert der abgesetzten Produktion konnte um fast 8 Prozent gesteigert werden.

Positiv hervorzuheben ist die Investitionsfreudigkeit der Branche. An österreichischen Standorten wurden dreistellige Millionenbeträge investiert. In ähnlicher Höhe werden auch 2018 Investitionen vorgenommen. Insgesamt wird für 2018 wieder ein herausforderndes Marktumfeld prognostiziert. Dieses wird beeinflusst durch Wechselkursentwicklungen, den Preisdruck bei Viskose, sowie Preiserhöhungen bei Schlüsselrohstoffen wie Natronlauge.

Technische Gase

STIEGENDE INLANDSNACHFRAGE. Die österreichische Gaseindustrie konnte, getrieben von einer guten Inlandsnachfrage, im Jahr 2017 eine solide Entwicklung verzeichnen. Wesentliche Faktoren dafür waren die Bereiche Forschung und Entwicklung, Lebensmitteltechnologie, Pharma- und Prozessindustrie.

Die Digitalisierung wird zunehmend ein wesentliches Differenzierungskriterium im Bereich der Anwendungen für industrielle und

medizinische Gase. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie man die Daten, über die man verfügt, nutzen kann, um Kunden zu helfen, die Produktion zu optimieren und neue Geschäftsfelder aufzubauen. Hier öffnet sich ein breites Spektrum von Dienstleistungen, beginnend von einer automatischen Abwicklung des gesamten Bestell- bis Rechnungslegungsprozesses über Kunden- oder Einkaufsportale, Fernüberwachung von Produktionsanlagen vor Ort, zentrales Doku-

umentenmanagement, direkter Abruf von Qualitäts- oder Analysenzertifikaten durch QR-Codes, bis hin zu intelligenten Gasflaschensystemen, welche von einer automatisierten Nachbestellung bis zu Auswertungen der noch zur Verfügung stehenden Nutzungsdauer zusätzlichen Kundennutzen schaffen.

Für das Jahr 2018 wird trotz steigender Energiepreise eine anhaltende positive Geschäftsentwicklung erwartet.

Bitumenemulsionsindustrie unter Preisdruck

Die Nachfrage nach kostengünstiger Straßenerhaltung steigt.

Die Nachfrage nach Bitumenemulsionen war 2017 zwar gut, die österreichische Bitumenemulsionsindustrie bekam aber den Anstieg der Erdölpreise und damit auch der Preise für ihre Vormaterialien deutlich zu spüren.

Die Technologie der Bitumenemulsionen ermöglicht eine kostengünstige Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Die öffentliche Hand nutzt dies verstärkt. Eine

erfreuliche Entwicklung, die aber durch Preisanstiege bei Bitumen gedämpft wurde. Die Firmen konnten aufgrund der Marktsituation die Zusatzkosten nicht im notwendigen Ausmaß weitergeben. Dazu kamen auch noch gestiegene Personalkosten.

Der qualitätsorientierte Marketingansatz der Branche brachte weitere Ausgaben mit sich, die in den Verkaufspreisen schwer

unterzubringen waren. Bei zufriedenstellenden Absatzmengen war die Branche daher mit mageren Margen konfrontiert.

Schwierig machten das Geschäft auch manche Ausschreibungsbedingungen, die technisch bzw. juristisch nur schwer umzusetzen waren. Die Branche war deshalb bestrebt in Gesprächen mit den ausschreibenden Stellen diese Problemfelder zu diskutieren und zu lösen.

Kautschukindustrie

Erfreuliche hohe Nachfrage nach technischen Teilen. Die Kautschukindustrie profitiert von der global stärkeren Konjunktur und günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, jedoch sorgten größtenteils steigende und sehr volatile Rohstoffpreise für zusätzliche Belastungen. Die Umsatzsteigerungen sind daher hauptsächlich auf die Preissteigerungen zurückzuführen. Die Geschäftsentwicklung stellt sich in verschiedenen Geschäftsfeldern sehr unterschiedlich dar. Vor allem Medizinprodukte sind einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt und mussten Umsatzeinbußen hinnehmen. Dagegen sind technische Teile wiederum deutlich gefragter und trugen wesentlich zum Umsatzanstieg bei. Das Reifenrunderneuerungsgeschäft konnte nach wie vor dem Importdruck aus Fernost nicht viel entgegenzusetzen. Mittlerweile hat jedoch die EU-Kommission eine Untersuchung eingeleitet, ob unfaire Handelspraktiken seitens der fernöstlichen Länder vorliegen. Alle Hinweise deuten darauf hin und es wird daher damit gerechnet, dass Europa Antidumping-Maßnahmen ergreifen wird.



Dachbahnen

An Dachbahnen werden hohe Anforderungen gestellt. Sie müssen unter anderem wasserdampfdicht, luftdicht, durchtrittssicher, leicht zu verlegen, dauerhaft funktionstüchtig sein und noch viele andere Eigenschaften aufweisen. Die österreichische Dachbahnenindustrie ist bestrebt, durch hohe Qualität ihrer Produkte dem zu entsprechen, sodass Bitumendachbahnen den Bedürfnissen der Kunden bestens entsprechen. Sie ist damit international höchst konkurrenzfähig, was die verstärkte Nachfrage aus dem Ausland zeigt.

DIE STIMME AUS DER INDUSTRIE - NEWSLETTER

Der Newsletter des Fachverbands „WebChemFocus“ besteht nun bereits seit mehr als einem Jahr. So wie für unsere tägliche Arbeit das Input unserer Mitgliedsbetriebe unentbehrlich ist, so wichtig ist auch die Rubrik „Stimme aus der Industrie“ in unserem Newsletter, in der unseren Funktionären die Möglichkeit gegeben wird, zu einem aktuellen Thema ihrer Wahl Stellung zu nehmen. Auf den folgenden Seiten findet sich eine Sammlung dieser Beiträge.

Österreich braucht eine selbstbewusste Industrie ... 40 | Digitalisierung in der chemischen Industrie ... 41 | Wachstum ohne Wachstum? ... 42 | Mobilität 4.0 oder doch eine radikale Entwicklung ... 43 | Auf heißen Sommer folgt heißer Herbst ... 44 | Internet der Dinge - Industrie 4.0 verlangt neue Führungsmethoden ... 45 | Gesundheit ist immer noch das höchste Gut ... 46 | „Nichts ist so beständig wie der Wandel“ ... 47 | Von Vorarlberg in die ganze Welt ... 48 | Ambidextrie - die Kombination zweier Gegensätze ... 49 | Ein Plädoyer für den Kunststoff ... 50 | Vorhaben der neuen Regierung ... 51 | Aufschwung für Reformen nutzen ... 52 | Das Gesundheitssystem effizienter machen - die Industrie muss Teil der Lösung sein ... 53 | Operative Exzellenz durch das Konzept von Null ... 54 | Spürnasenecke - Kinder als Forscher von morgen ... 55 | Innovation - made by Austria ... 56 | Neues Kommunikationstool des Fachverbands ... 57 | Fehlende Rechtssicherheit bremst Innovationskraft ... 58 | Beschränkungen bedrohen die Lackindustrie ... 59

Österreich braucht eine selbstbewusste Industrie

#14
24.05.2017

Die Industrie, insbesondere die Chemische Industrie unterliegt in Österreich einer eingeschränkten Wahrnehmung. In der öffentlichen Diskussion wird die Industrie zumeist in Zusammenhang mit Problemfeldern genannt und auch so gesehen. Viel zu wenig wird die Bedeutung der Industrie für die Volkswirtschaft und den Wohlstand des Landes wahrgenommen. Um das zu ändern braucht es aber auch ein geändertes Selbstverständnis und -bewusstsein in der Industrie selbst.

Die pharmazeutische Industrie ist dafür ein gutes Beispiel: Shire ist das global führende Biotechnologie Unternehmen, das sich auf die Versorgung von Menschen mit Seltenen Erkrankungen spezialisiert hat. Auch wenn diese Erkrankungen selten sind und nur einer von 2.000 Menschen (oder weniger) betroffen ist, so haben sie eine schwerwiegende Auswirkung auf das Leben der Betroffenen.



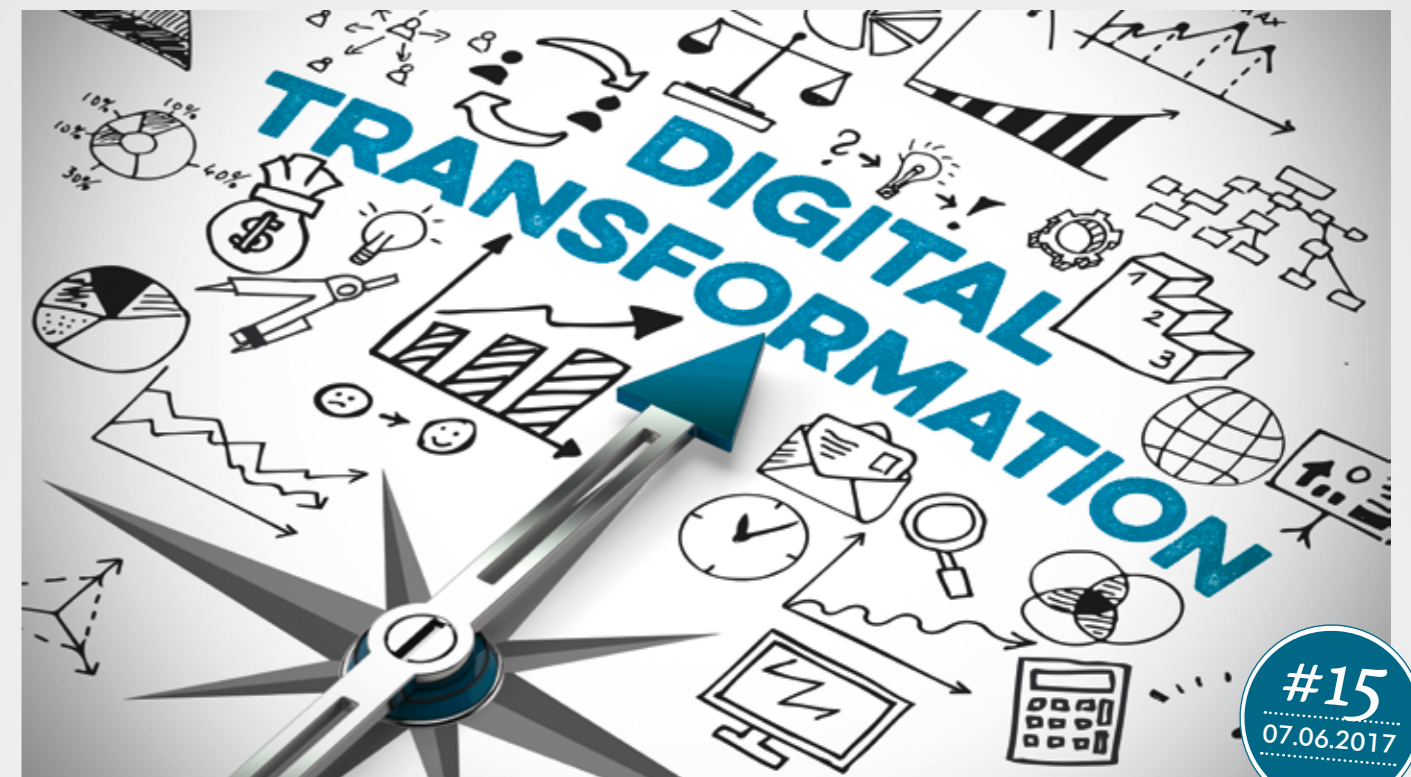
DI Karl-Heinz
Hofbauer
Shire Austria GmbH

Weniger bekannt ist, dass hinter der Versorgung mit lebensrettenden Arzneimitteln tausende Mitarbeiter in einer produzierenden Industrie stecken. Mitarbeiter, die mit Innovationskraft und modernsten Methoden hohe Qualitätsanforderungen erfüllen und effizient und nachhaltig signifikante Wertschöpfung erwirtschaften. Sie alle kommen jeden Tag mit einem gemeinsamen Ziel zur Arbeit: bahnbrechende Therapien für Menschen mit seltenen Erkrankungen zu entwickeln und sie auf ihrem Lebensweg zu begleiten,

um ihnen nicht nur das Überleben zu sichern, sondern ein möglichst normales Leben zu ermöglichen.

Ich möchte diese Perspektive verstärkt in den Vordergrund stellen, damit wir als Industrievertreter, und insbesondere unsere Mitarbeiter, stolz und selbstbewusst unsere Stärken und Leistungen in die Öffentlichkeit tragen.

Nur wenn es uns gelingt, die Industrie mit ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung in Zusammenhang mit den notwendigen, innovativen Produkten in ein positives Licht zu rücken, werden wir auch Gehör für unsere Anliegen zur Erhaltung und Ausbau des Industriestandorts Österreich finden. Für eine starke Industrie und deren Zukunft müssen wir unsere Standortstärken weiter forcieren und Nachteile kompensieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.



#15
07.06.2017

Digitalisierung in der chemischen Industrie

Die vierte industrielle Revolution findet längst statt. Dazu zählt generell die Digitalisierung vieler Lebensbereiche im Sinne einer engen Daten-Vernetzung zwischen Mensch, Maschine, Produkt oder Dienstleistung, aber auch die Kommunikation zwischen Maschinen – das sogenannte „Internet der Dinge“.

Die Digitalisierung bietet auch der chemischen Industrie große Chancen. Durch die Nutzung von digitalen Technologien und Daten schaffen die Unternehmen zusätzlichen Mehrwert für ihre Kunden und steigern die Effizienz und Effektivität ihrer Prozesse.

Smart Manufacturing

Durch den Einsatz von digitalen Technologien und die Nutzung von Daten erhöht sich die Effektivität der Anlagen und die Effizienz der Produktionsprozesse. Dabei können Daten genutzt werden, um den Wartungsbedarf von Produktionsanlagen besser vorherzusagen. Dadurch steigert man die Anlagenverfügbarkeit. Die Verknüpfung von Produktions- und Geschäftsprozessen ermöglicht es, schneller und zielgerecht Entscheidungen zu treffen.

Smart Supply Chain

Die Effektivität und Effizienz der Supply Chain kann gesteigert werden, indem man sich stärker mit Kunden, Lieferanten und Partnern vernetzt, Daten austauscht und damit die Transparenz in der gesamten Lieferkette erhöht. Zusätzlich können die Kunden rascher und besser beliefert werden.

Smart Innovations

Schöpft man die Möglichkeiten der Digitalisierung voll aus, kann die Innovationskraft gestärkt werden. Die integrierte Nutzung von internen und externen Daten hilft, neue Innovationsfelder fokus-



Harald Pflanz
BASF Österreich
GmbH

siert zu erschließen. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten werden dadurch besser auf die spezifischen Kundenanforderungen abgestimmt. Auch die Zusammenarbeit mit innovativen Technologieanbietern und Start-ups kann helfen, gemeinsam attraktive Projekte zu realisieren.

Digital Business Models

Mit Hilfe von digitalen Technologien und Daten können neue Angebote und Geschäftsmodelle entwickelt werden. Diese können helfen, bestehende Projekte zu ergänzen und neue Kunden zu gewinnen. Mit neuen digitalen Services können Partner und Kunden mobil Zugriff auf wichtige Informationen in Echtzeit erhalten.

Alle diese Entwicklungen, die unter dem Begriff Digitalisierung zusammengefasst werden, kann die chemische Industrie nutzen, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Menschen und Maschinen werden gemeinsam dafür sorgen, Prozesse noch mehr zu digitalisieren und zu optimieren – das spart Rohstoffe und Energie und schon damit auch die Umwelt.

Die Digitalisierung verändert die chemische Industrie signifikant und wird weiterhin eine sehr wichtige Rolle spielen. Viele Unternehmen sind für die Zukunft schon gerüstet, manche haben aber noch Aufholbedarf. Die Digitalisierung wird uns alle unterstützen, unsere Ziele zu erreichen und künftige Herausforderungen besser im Sinne unserer Kunden zu meistern.

Wachstum ohne Wachstum?

Europa und dadurch auch Österreich befindet sich derzeit in einer gewaltigen Umbruch- und Umdenkphase.

Der Markt in Europa ist mehr oder weniger gesättigt. Wir brauchen kein drittes oder viertes Auto, Fernseher oder andere Industriegüter mehr. Hinzu kommt, dass die Türen zu manchen Märkten, die durchaus noch Chancen bieten, wie Russland oder die Türkei, wahrscheinlich politisch für längere Zeit verschlossen bleiben werden. Wir benötigen aber dieses Wachstum, um ansteigende Produktions(stück)kosten abzudecken und dadurch wettbewerbsfähig zu bleiben. Da die Produktionsvolumina in vielen Branchen der chemischen Industrie mehr oder weniger stagnieren oder eher nach unten zeigen, findet derzeit ein irr-sinniger Verdrängungswettbewerb, ein Überleben auf Biegen und Brechen, statt. Um dieser steil nach unten führenden Spirale zu entkommen, gibt es nun, die Produktinnovation immer vorausgesetzt, mehrere Möglichkeiten:

1. Man sieht derzeit vermehrt Akquirierung im kleinen (Kansai – Helios ...) sowie großem Stil (z.B. Dow – DuPont, Bayer – Monsanto ...). Dies schafft natürlich auf den ersten Blick einen enormen Wettbewerbsvorteil, da man Mengen, Geschäftszweige und ggf. auch Technologien hinzukaft. Mit dem zugekauften Volumen kann man kurzfristig die Kosten verdünnen und die Konkurrenz unter Druck setzen. Um dies nachhaltig und längerfristig für eine Firma attraktiv zu machen, erfolgt dann meistens eine schmerzliche Restrukturierung, und zwar bevorzugt in den Hochpreisländern. Dies kann zu massiven Volumenerlusten bis hin zu Werkschließungen führen. Österreichische Betriebe müssen aufpassen, nicht in diese Maschinerie zu gelangen und die ohnehin schon stark dezimierte Industrie nicht noch weiter zu reduzieren.

2. Massive Investitionen in Erneuerung, Automatisierung und Digitalisierung (Industrie 4.0). Man muss hier aufpassen, sich nicht in Einzelprojekte zu verstricken, sondern ein Gesamtkonzept, das die gesamte Supply Chain, vom Kunden bis zum Lieferanten, umfasst, aufzustellen. Es geht hier nicht nur um Effizienzsteigerung von internen Prozessen (z.B. durch Nutzung von Maschinendaten, um den Übergang von einer vorbeugenden Wartung auf eine vorhersehbare Wartung, zu erleichtern), sondern vor allem um die Kommunikation mit den Kunden und Lieferanten zu verbessern. Durch eine gemeinsame Vernetzung und des dadurch potentiellen Datenaustausches wird es nicht mehr so zukunftsfern sein, dass unser Lieferant mittels Zugriff auf unsere Verbrauchs- und Produktionsdaten seine Fertigung und Belieferung plant. Genauso auf der Kundenseite, wo wir dann das Gleiche tun können. Versuchsprojekte gibt es hierzu schon genügend und wer hier den Zug verpasst, wird nicht mehr ans gewünschte Ziel kommen.

3. Um nachhaltig und langfristig am internationalen Markt bestehen zu können, müssen heimische Unternehmen nach produktivitätssteigernden Konzepten suchen. Ein ganzheitlicher LEAN Ansatz, der weit über das „normale LEAN Manufacturing“ Konzept hinausgeht, wo jeder Mitarbeiter und jede Abteilung in die „Problemlösung“ eingebunden ist und selbstverständlich auch die ge-



Dr. Ernst Gruber
Axalta Coating
Systems Austria
GmbH

samte Supply Chain betrachtet wird, würde eine Möglichkeit bieten. Der LEAN Ansatz ist nicht neu, aber sämtliche Prozesse, die keinen Beitrag zur Wertschöpfung liefern, aus der Sicht des Kunden zu betrachten, ist ein Schritt, den nur die wenigsten bisher in Erwägung gezogen haben. Denn das Management, der Verkauf, die Anwendungstechnik oder in vieler Hinsicht auch das Lagerwesen wurden in diese Betrachtungsweise nicht hineingezogen.

Die chemische Industrie benötigt allerdings substantiell verbesserte Rahmenbedingungen, ohne die diese stetige Verbesserung nur schwer zu erzielen sein wird. Rahmenbedingungen, die die Politik schaffen muss

und die seit längerem ausbleiben. Leider ist diese lange Liste nicht neu und sei daher nur stichwortartig erwähnt:

- Vernünftige, überschaubare und administrierbare Gesetzgebungen und Regularien im Bereich Chemikalien, Abfall, Energie, Gefahrgut, Umwelt, REACH etc. ...
- Verbessertes und effizientes Bildungssystem. Das beste und gegenwärtige Beispiel, bei denen die Politiker aller Couleurs viel zu sehr an die Umsetzung ihrer eigenen Interessen denken.
- International wettbewerbsfähige Arbeitszeit und Arbeitskostengestaltung

Die chemische Industrie ist teilweise schon seit längerem dabei, die notwendigen, längerfristigen Änderungen einzuleiten und umzusetzen. Allerdings ist schon zu viel Zeit am politischen Sektor verschenkt worden, um Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit der Industriestandort Österreich längerfristig seine Wettbewerbsfähigkeit und dadurch auch sein Überleben sichern kann.



#16
21.07.2017



#18
16.08.2017

Mobilität 4.0 oder doch eine radikale Entwicklung

Bereits in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, lange vor Otto und Diesel wurde der Elektromotor erfunden. Die Erfindung der Batterie war zu diesem Zeitpunkt bereits Geschichte (1800 durch Alessandro Volta).

Freilich hat es noch lange gedauert, bis der E-Motor marktreif war und noch länger, bis er begonnen hat, unser Leben zu durchdringen. Tagtäglich vom Zähneputzen über die Rasur, mehrfach im Auto bis hin zum Ventilator der Klimaanlage oder unseres Laptops, genießen wir ganz unbewusst die Segnungen dieser Technologie.

In der Mobilität hat der vergleichsweise simple E-Antrieb lange keine besondere Rolle gespielt. Das eigentliche Problem war ja die Speicherkapazität bzw. das Leistungsgewicht der Batterie. Die Verbrennungskraftmaschine hat ihn zumindest im Antriebsstrang völlig bedeutungslos gemacht. Unendliche Summen wurden über Generationen in die Entwicklung des Benzin- und erst recht des Dieselmotors gesteckt. Die Ergebnisse können sich sehen lassen, wer vor gerade erst einmal 30 Jahren ein Auto mit einem Dieselmotor gefahren ist, weiß wovon hier die Rede ist.

Erst vor wenigen Jahren hat man hybride Konzepte entwickelt, ein wenig Elektromotor zum Verbrennungsmotor gemischt, um den vorgeschriebenen niedrigen Flottenverbrauch zu erreichen. Es hat also regulatorische Maßnahmen gebraucht, um den Elektroantrieb wieder in den Antriebsstrang des Autos zu bringen.

Etwas später, vor allem gepusht durch den Visionär Elon Musk, den man anfangs belächelt hat, haben sich immer mehr Autobauer mit dem Elektroantrieb beschäftigt.

Es hat offensichtlich den Dieselskandal in den USA gebraucht, um den Dieselmotor endgültig zu verteuern, ob zu Recht oder Unrecht sei dahingestellt. Die aktuelle Situation der deutschen Autobauer, die sich selbstzerstörerisch gegenseitig immer tiefer in eine unmögliche Lage hineinziehen und ihren Ruf kaputt machen, wirkt da wie ein Brandbeschleuniger. Und heute ereifern sich immer mehr Politiker, Dieselfahrzeuge, zumindest als PKW aus den Städten zu verbannen, der LKW ist noch nicht so sehr im Fokus, ist ja auch nicht so populär. Auch wenn noch keiner weiß, wie man die Welt mit entsprechenden Batterien versorgt, und wo man all den Strom hernimmt, ohne wieder fossile Brennstoffe einzusetzen, geschrien wird nun laut und überall.



DI Johann Huber
Lenzing Plastics
GmbH & Co KG

Die Politik hat ja keine andere Wahl als zu reagieren, dass dabei auch über das Ziel geschossen wird, ist nicht unlogisch. Übrigens, wenn die Zahlen der EU stimmen, gehen immerhin noch 42 Prozent von Öl und Gas in die Produktion von Elektrizität und Wärme, ein ähnlich großer Prozentsatz wie in den Verkehr.

Wir werden umdenken müssen, Öl hat die Welt verändert, Öl hat zu einem sagenhaften Wohlstand geführt, Vermögen wurden verschoben, in die Länder, die auf dem schwarzen Gold sitzen. Bevor diese Länder reich wurden, wurden Kriege geführt, um zum Öl zu kommen, wenn auch immer etwas anderes als Vorwand benutzt wurde. Bis heute wird um die Vormachtstellung in den Ländern mit Ölreserven gekämpft.

Ganze Industrien sind entstanden, die Raffinerien sind das Herzstück, die zentralen Einrichtungen der modernen, ölbasierten Welt. Und an den hochwertigen Produkten der Raffinerien hängt fast die ganze, zumindest die chemische, Industrie.

Es wird sich jedenfalls vieles ändern (müssen), und wir bzw. die gesamte Industrie werden betroffen sein. Industrie 4.0, Digitalisierung 4.0, etc. werden forciert werden müssen, um mit der künftig geforderten Produktivität mithalten zu können, es wird aber ganz andere Geschäftsmodelle geben müssen, um den hier beschriebenen technologischen Wandel zu bewältigen.

Interessant ist jedenfalls, wie eine Erfindung wie der Elektroantrieb, die das Leben revolutioniert hat und das Potential gehabt hätte, es noch viel dramatischer zu verbessern, erst nach vielen Generationen wieder in den Mittelpunkt gerät. Eine Frage, die mich persönlich beschäftigt, ist, wenn man die ganze Energie in die Elektromobilität und nicht in den Verbrennungsmotor gesteckt hätte, wie würde die Welt heute aussehen, und hätten wir all die Kriege mit ihren dramatischen Folgen gebraucht, aber „Wenn – Sätze“ sind ... Die Entwicklung lässt sich zwar bremsen, so wie aktuell der Klimawandel politisch ausgesetzt wurde, verhindern wird sie sich nicht lassen.

#19
15.09.2017

Auf heißen Sommer folgt heißer Herbst

Die chemische Industrie befindet sich nach fünf Jahren Seitwärtsbewegung erfreulicherweise im Aufwärtstrend. Die abgesetzte Produktion in den Monaten Jänner bis Mai dieses Jahres konnte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4 Prozentpunkte gesteigert werden und auch der Ausblick auf die nächsten Monate ist durchwegs optimistisch.

Diese positive Entwicklung darf nun auf keinen Fall gebremst werden. Darum muss die nächste Bundesregierung für ein wirtschaftsfreundliches Umfeld sorgen. Wir brauchen eine Reduktion der Steuer- und Abgabenbelastung, einen effizienzorientierten Umbau des Energiesystems, Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitssystem, Bürokratieabbau ... – um nur einige Punkte zu nennen. Eine Fortsetzung der positiven Konjunktorentwicklung ist von den politischen Weichenstellungen der zukünftigen Regierungsparteien abhängig. Der Industriestandort Österreich muss weiterentwickelt werden, damit Arbeitsplätze und Wohlstand trotz des demografischen Wandels gesichert werden können und Österreich wieder an die Spitze kommt.



KommR Ing.
Hubert Culik, MAS
Rembrandtin Lack
GmbH Nfg. KG

Auch europaweit ist die chemische Industrie auf Wachstumskurs. Der europäische Chemieverband CEFIC spricht von einer Umsatzsteigerung um 6,5 Prozent im ersten Quartal 2017. Zu den weniger erfreulichen Ausblicken zählen zahlreiche Verbots- und Beschränkungsmaßnahmen, die der Chemieindustrie in naher Zukunft drohen könnten. Bei der Umsetzung der chemikalienrechtlichen Vorschriften REACH und CLP werden zunehmend schärfere Einstufungen für Stoffe vorgeschlagen. Viele dieser Rohstoffe sind für die chemische Industrie unverzichtbar. Oftmals unterliegen Neubewertung bzw. Verbote und Beschränkungsmaßnahmen keinerlei fundierten wissenschaftlichen Grundlagen. Im Bereich der Chemikaliengesetzgebung sind eine ganzheitliche Betrachtung

und eine objektive Risikoabschätzung unumgänglich, um zu einer tragbaren Lösung zu kommen. Andernfalls ist die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie in Bedrängnis. Außerdem werden uns in naher Zukunft die Themen Kreislaufwirtschaftspaket, Clean Energie for all Europeans und BREF-Prozesse beschäftigen.

Der Herbst bringt aber auch spannende und informative Veranstaltungen. So wird am 10. Oktober bei der Firma Axalta in Guntramsdorf das 25-Jahr-Jubiläum der Responsible Care Initiative gefeiert. Details zum Programm finden Sie in dem heutigen Newsletter. Ende Oktober trifft sich die internationale Chemieindustrie zur „Chemical Convention“ in Wien, in deren Rahmen auch die Generalversammlung des CEFIC stattfindet. Am 8. November folgt dann der Innovation Day, der sich heuer mit den neuesten Entwicklungen in Österreichs Kunststoffindustrie befasst. Den Abschluss der diesjährigen Veranstaltungen des FCIO bildet der Stakeholderdialog Biobased Industry, bei dem technologische Fragestellungen – beginnend bei der zur weiteren Verarbeitung erforderlichen Spezifikation der Biomasse über die Verarbeitungsprozesse bis hin zur Produktentwicklung – erörtert werden.

Sie sehen: Nach einem heißen Sommer folgt ein ebenso heißer Herbst, in dem wir gemeinsam mit Ihnen daran arbeiten werden, dass für die chemische Industrie die richtigen Weichenstellungen getroffen werden.

Internet der Dinge – Industrie 4.0 verlangt neue Führungsmethoden

#20
27.09.2017

Die Führungskraft der Zukunft, und die beginnt gerade jetzt, muss neue Methoden anwenden: Industrie 4.0 Das Management Team wird ein Ideenpool, dessen Hauptaufgabe die Vernetzung und Networking sein wird. Eigentümer und Manager müssen sich eine Vision für die Entwicklung ihres Unternehmens im Cybernet zurechtlegen.

Unternehmen, die sich nicht in dieser elektronischen Umwelt zurechtfinden, gehen unter. Zeit ist nicht der Freund der Entscheidungsträger. Früher hatte man Zeit Vorgangsweisen zu überdenken, zu analysieren und einzuführen. Manager müssen in Zukunft flexibel sein, erkennen, dass man nicht auf Nummer sicher gehen kann und dass sich das Umfeld extrem schnell verändert. Informationen, die Einfluss auf Entscheidungen haben, werden vielfältiger und schneller werden. Wer nicht auf Echtzeitdaten Zugriff hat, wird zu lange brauchen, um Entscheidungen zu fällen. Der Top-Manager wird zum Nutzer und Umsetzer von Informationen.

Die Aufgabe der Top-Manager der Zukunft ist Fragen zu stellen, nicht Antworten zu suchen. Die eigene Meinung kann eingebracht werden, man muss aber gegenteilige Meinungen zulassen. Die Firmenleitung muss aber konsequenterweise auch Fehler zulassen. Aus diesem Dialog entstehen neue Strategien, Taktiken und operative Maßnahmen. Leadership gibt Vorgaben, exekutiert sie aber nicht. Dazu hat er keine



KommR Mag.
William Nikola
Kraguljac
Seletec Plastic
Products GmbH &
Co KG

Zeit, da er auf das große Bild achten muss. Wandel wird immer schneller und erfordert schnelles Reagieren auf Veränderungen. Verzögerungen von Entscheidungen oder Entscheidungsmüdigkeit der Führungskraft werden Firmen töten.

Produktivität, ob in Produktion, Verkauf oder Verwaltung ist der Kern der Konkurrenzfähigkeit und deren Steigerung ist Hauptaufgabe des Managements. Automatisierung, Überwachung, Analyse und Verfolgbarkeit wird der rote Faden jedes Prozesses. Korea, Deutschland und Japan haben zurzeit den höchsten Automatisierungsgrad, aber auch die meisten Beschäftigten in der Produktion. Daher ist es Schwarzmalerei zu behaupten, dass die Digitalisierung Arbeitsplätze vernichtet.

Arbeitskräfte aller Art, vom Hilfsarbeiter zum Top Management, müssen sich auf diese reelle und virtuelle Automation einstellen. Der Manager muss dafür Sorge tragen, dass seine Mitarbeiter mit dem schnellen Wandel mitkommen und sich auch fachlich anpassen können. Zu erkennen, wo gefördert und ausgebildet werden muss, muss höchste Priorität genießen, da die Ausgaben für berufsbegleitende Fortbildung in Zukunft mit den Ausgaben für Marketing vergleichbar sein werden.

Um das zu erreichen, müssen die Menschen auf die Reise in die Zukunft mitgenommen werden, ihnen die Angst vor Technologien genommen werden und ihnen die Chancen und nicht die Gefahren des Internets der Dinge klargemacht werden. Daher ist es unumgänglich, dass sich das Top-Management bei den Mitarbeitern regelmäßig zeigt und zu Gesprächen zur Verfügung steht.

Die Erfüllung der Erwartungshaltung des Kunden und seine Sonderwünsche werden noch viel wichtiger werden. Die Bedürfnisse des Kunden müssen im Zentrum stehen, nicht der Warenkorb, den die Firma verkaufen möchte. Die Organisation der Zukunft muss transparent und nach innen und außen verständlich sein. Das Angebot einer Unternehmung muss jederzeit und überall abrufbar sein. Daten wie Lagerstände, Lieferzeiten und die Möglichkeit, die bestellte Ware zu verfolgen, müssen in Echtzeit verfügbar sein. Die Hauptaufgabe des Verkaufs wird es sein, für den Kunden Lösungen für seine Anforderungen zu bieten und nicht, aus dem Katalog zu verkaufen. Dieser ist ja ohnehin im Internet verfügbar. Auch wird viel mehr Wert auf direkte online Rückverfolgbarkeit der bestellten Waren gelegt werden, dies vom Auftragseingang über Produktion und Transport, damit die Supply Chain effizienter und schneller wird. Dazu gehört auch die Dezentralisierung globaler Firmen, um dort vor Ort zu sein, wo der Verbraucher ist und auch vor Ort Entscheidungen zu treffen.

Manager, die sich dieser Herausforderung nicht stellen und umgehend umdenken, werden übrigbleiben.



Gesundheit ist immer noch das höchste Gut

„Unsere Mission ist es, neue Wege zu finden, um Menschen zu einem besseren und längeren Leben zu verhelfen.“

Vieles ist in Veränderung und die Welt scheint sich immer schneller zu drehen. Aber manches ändert sich auch in unruhigen Zeiten nicht: Das Thema Gesundheit zum Beispiel. Es hat seinen Stellenwert nicht verloren, ganz im Gegenteil. Die Anforderungen an die Branche steigen.

Gesundheitsunternehmen weltweit stehen aktuell vor vielen Herausforderungen: personalisierte Medizin, Resistenzen und die Finanzierung medizinischer Innovationen. Und das alles gleichzeitig zu steigenden gesetzlichen Anforderungen, wie zum Beispiel die umfassende Digitalisierung. Aber auch der Schutz des geistigen Eigentums erfordert zunehmend mehr Einsatz von der Branche. Auf den Punkt gebracht ist der Patentschutz sogar die Voraussetzung für Investitionen in Forschung und Entwicklung und so die Grundlage für jedes forschende Unternehmen.

Innovationen sind gefragt. Und zwar solche, die bahnbrechende Medikamente und Produkte hervorbringen und unerfüllten medizinischen Bedürfnissen gerecht werden. Von der Pharmabranche werden therapeutische Durchbrüche erwartet. Ziel ist es, Medikamente und Medizinprodukte zu entwickeln, die Patienten und Gesundheitsversorgern einen echten Mehrwert bieten. Dies erfordert jedoch eine Art und Weise der Zusammenarbeit, die weit über bisherige traditionelle wissenschaftliche und organisatorische Grenzen hinausgeht. Stabile Rahmenbedingungen auf österreichischer und europäischer Ebene sind dazu wichtig, aber das alleine reicht nicht aus.

An dieser Stelle seien nur drei von vielen Beispielen erwähnt: So bedarf es etwa der Lösung von Strukturproblemen des Gesundheits- und Sozialversicherungswesens, des aktiven Schutzes von europäischem Know-how im Bereich der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung, ebenso wie einer objektiven Basis bei wichtigen standortrelevanten Entscheidungen. Denn auch der wirtschaftliche Aspekt lässt sich sehen: Alleine in Österreich sind



Drs. Ard
van der Meij
Sandoz GmbH

knapp 18.000 Beschäftigte in der Pharmaindustrie tätig. Mit den rund 63.000 indirekt Beschäftigten macht die Branche sogar 1,7 Prozent der Gesamtbeschäftigung aus. Der Wertschöpfungsanteil der Pharmaindustrie beträgt 9,6 Milliarden Euro, macht somit 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus und das hat Auswirkungen: 1 investierter Euro generiert folglich 1,94 Euro.

Die Pharmabranche ist eine wesentliche Säule im Land, wirtschaftlich und innovativ zugleich. Wir befassen uns aber nicht ausschließlich damit, neue Produkte zugänglich zu machen, sondern auch damit, die sogenannten „altbewährten Arzneimittel“ für unsere Patienten wirksam zu halten: Stichwort Antibiotikaresistenz. Antibiotika gehören zu den wichtigsten Errungenschaften der Medizin. Seit der Entdeckung von Penicillin können Infektionen endlich wirksam behandelt werden. Jedoch haben sich Resistenzen gebildet. Die pharmazeutische Industrie hat das Problem der Antibiotikaresistenzen früh erkannt und arbeitet mit Hochdruck daran. Die größte Herausforderung ist aber sicher, auch in Zukunft das Bewusstsein für deren richtigen Einsatz und die richtige Einnahme bei Ärzten und Patienten zu schärfen. Nur so kann die Bildung von resistenten Keimen verhindert oder zumindest so lange wie möglich verzögert werden.

Über Novartis in Österreich

Die österreichische Novartis Gruppe ist das größte Pharmaunternehmen des Landes und gliedert sich in die Geschäftsbereiche innovative Medikamente (Pharmaceuticals, Oncology), Generika (Sandoz) und Augenheilkunde (Alcon). Mit 100 laufenden klinischen Studien, die rund 3.000 Patienten einschließen, investiert Novartis stark in den Wissenschaftsstandort Österreich. Die Tiroler Novartis-Standorte Kundl und Schafftenau, sowie das in Oberösterreich gelegene Werk in Unterach am Attersee gehören außerdem zum globalen Netzwerk der Forschungs- und Entwicklungszentren des Unternehmens. Weitere Informationen zum Unternehmen in Österreich finden Sie unter <http://www.novartis.at>



#21
11.10.2017



#22
25.10.2017

„Nichts ist so beständig wie der Wandel“*

Wenn wir einen Blick zurück in die Vergangenheit wagen, ist auf einem Bild, das als Symbol für die (chemische) Industrie stand, meist ein Gebäude mit rauchendem Schlot zu sehen. Der aufsteigende Rauch war lange Jahre Zeichen von Fortschritt und Erfolg.

Wenn wir heute auf ein Bild als Symbol für die (chemische) Industrie schauen, sehen wir oft gar keinen Schlot mehr und wenn doch, dann mit Sicherheit ohne Rauch. In vielen Fällen wird versucht einen „grünen“ Eindruck zu vermitteln, der den Beitrag der chemischen Industrie zum Umweltschutz unterstreichen soll. Schließlich wurde viel Geld in Umweltschutz investiert, um die gesetzlichen Anforderungen nicht nur zu erfüllen, sondern darüber hinaus dadurch Wettbewerbsvorteile zu erzielen.

Grundlage für den dauerhaften Bestand der Unternehmen sind auch in großem Ausmaß innovative Produkte, die sich am globalen Markt gut behaupten können. Die Vielzahl der Innovationen in der chemischen Industrie ist ein gutes Beispiel dafür, dass gelebte Veränderung ein wesentlicher Grundstein für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg ist.

Der Zug der chemischen Industrie in Richtung Asien hat dazu geführt, dass viele Unternehmen Produktionsstätten in diese Region verlagert haben, um dort lukrierbare Wettbewerbsvorteile zu nutzen. In vielen Fällen sind aber die Know-how trächtigen Entwicklungszentren in Europa geblieben. Know-how ist wohl auch ein wesentlicher Baustein, um langfristig erfolgreich am Markt bestehen zu können. Aber woher kommt dieses Know-how? In vielen Fällen wird es in den Unternehmen selbst vermittelt, da es am Markt so nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Hier ist durchaus eine Veränderung unseres Bildungssys-



Franz Moosbecker
MBA
Isovolta AG

tems notwendig, um auch für die Zukunft entsprechendes Know-how sicherstellen zu können.

Dieses Know-how ist ja in den meisten Fällen an Menschen, die in den Unternehmen arbeiten, gebunden. Wie haben sich die Arbeitsplätze in der chemischen Industrie über die Zeit entwickelt? Der Blick zurück zeigt, nicht nur aus den Schloten kam schmutziger Rauch, auch viele Arbeitsplätze der Vergangenheit waren durch schwere, schmutzige Arbeit in oft bedenklichen Arbeitsumgebungen gekennzeichnet. Wenn wir die Arbeitsplätze von heute betrachten, sind diese in der überwiegenden Zahl der Fälle durch hohe Gesundheits- und Sicherheitsstandards geprägt und von Menschen besetzt, die großes Know-how in ihrem Bereich haben und damit die Basis für eine erfolgreiche Veränderung in der Zukunft bilden.

Die Zukunft, die in den letzten Jahren oft unter dem Schlagwort Industrie 4.0 diskutiert wurde, ist mit Sicherheit ebenfalls von großen Veränderungen geprägt. Ob es neue Schlüsseltechnologien sind, geänderte Geschäftsmodelle im online-business oder gesellschaftspolitische Veränderungen durch die Angleichung von Arbeitern und Angestellten. Unternehmen, die es schaffen mit diesen Veränderungen besser umzugehen als ihre Mitbewerber, werden langfristig erfolgreicher sein. Veränderung ist fixer Bestandteil unseres täglichen Lebens. Sehen wir sie als Chance und nutzen sie.

*) Heraklit von Ephesus (etwa 540-480 v. Chr.)



#23
09.11.2017

Von Vorarlberg in die ganze Welt

Seit 50 Jahren entwickelt und fertigt Getzner Werkstoffe hochelastische Produkte und Systeme zur effizienten Isolierung von Schwingungen.

Sie helfen Erschütterungen und Lärm wirksam zu reduzieren und leisten so einen wertvollen Beitrag für Kunden und die Umwelt. Das Unternehmen wächst schnell und befindet sich momentan im Wandel von einem mittelständischen Betrieb zum Großunternehmen.

Getzner ist ein Familienbetrieb mit einer langen Tradition. Zusammen mit dem Schwesterunternehmen Getzner Textil wird nächstes Jahr das 200-jährige Bestehen gefeiert. Wachstum bringt natürlich auch Herausforderungen, Veränderung und einen Kulturwandel mit sich. Dabei gilt es die grundsätzlichen Werte – das Miteinander, den Respekt voneinander und das Begegnen auf Augenhöhe – zu erhalten.

Hinsichtlich Wachstum spielen die Themen Wissensmanagement und Weiterbildung zentrale Rollen. Die Weitergabe von Wissen und Know-how, etwa an neue Mitarbeiter, muss sichergestellt sein. Darüber hinaus ist es wichtig den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielfältige Weiterbildungsangebote zu bieten und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Auch Kooperationen mit Universitäten und Fachhochschulen sind an dieser Stelle sehr wertvoll – einerseits, damit sich Mitarbeiter zusätzliches Wissen aneignen können. Andererseits ist eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen ein perfekter Nährboden für zukünftige Innovationen und die Weiterentwicklung des Produktportfolios.

Ein weiterer gewinnbringender Ansatz ist die Zusammenarbeit mit ähnlich gearteten Unternehmen zu definierten Themen. Aus-



Ing. Jürgen
Rainalter
Getzner Werkstoffe
GmbH

gewählte Plattformen zum Wissensaustausch und zur Weiterentwicklung von Produkten und Lösungen sind äußerst hilfreich. Auch damit ein Unternehmen seine Rolle als Technologieführer weiter ausbauen kann. Hier geht es darum am Puls der Zeit und des Kunden zu sein. Darüber hinaus ist eine unternehmensübergreifende Zusammenarbeit nicht nur effizient, denn sie spart auch Kosten, weil Kompetenzen gebündelt und Ressourcen aufgeteilt werden.

Globale Netzwerke wie die Außenwirtschaftsstellen der WKO sind beim fortschreitenden Prozess der Internationalisierung ebenfalls starke Partner. Diese leisten wichtige Unterstützungsarbeit für österreichische Unternehmen, die in neuen Märkten – beispielsweise in asiatischen Ländern – Fuß fassen möchten.

Über Getzner Werkstoffe

Getzner Werkstoffe ist der führende Spezialist für Schwingungs- und Erschütterungsschutz. Das Unternehmen wurde 1969 als Tochter der Getzner, Mutter & Cie gegründet. Die Lösungen basieren auf den selbst entwickelten und hergestellten Produkten Sylomer®, Sylodyn®, Sylodamp® sowie Isotop® und kommen in den Bereichen Bahn, Bau und Industrie zum Einsatz. Sie reduzieren Vibrationen und Lärm, verlängern die Lebensdauer der gelagerten Komponenten und senken so den Wartungs- und Instandhaltungsaufwand für Fahrwege, Fahrzeuge, Bauwerke und Maschinen. Getzner vertreibt die Schwingungsschutzlösungen weltweit.

Ambidextrie – die Kombination zweier Gegensätze

#24
22.11.2017

Eine gute aktuelle Performance ist keine Garantie für den zukünftigen Erfolg.

Um langfristig Überleben und Wachstum zu sichern, müssen Unternehmen Möglichkeiten für zukünftige Geschäfte genauso professionell erforschen können, wie sie bestehende Abläufe kontinuierlich verbessern. Das ist leichter gesagt als getan.

Schon 1993 haben die US-Professoren Levinthal und March in ihrem Buch „Myopia of Learning“ das Dilemma beschrieben: „Das Hauptproblem, mit dem eine Organisation sich konfrontiert sieht, besteht darin, einerseits ausreichend in der Exploitation tätig zu sein, um seine gegenwärtige Lebensfähigkeit aufrechtzuerhalten, aber gleichzeitig auch genug Energie auf die Exploration aufzuwenden, um seine zukünftige Lebensfähigkeit sicherzustellen.“

Aktuelle Studien zeigen die Bedeutung und die Schwierigkeiten des Umgangs mit dieser Herausforderung:

„Effizienz und Innovation in Unternehmen sind beide entscheidende Erfolgsfaktoren und sollten demnach auch beide aktiv verfolgt werden.“ (Top-Manager-Index 2013 von A.T. Kearney und dem Institut für Unternehmensführung der Wirtschaftsuniversität Wien.)

„Die durchschnittliche Lebensdauer der S&P 500-Firmen ist von 61 Jahren im Jahre 1958 auf heute nur noch 18 Jahre gesunken.“ (Foster, 2012).

Viele Unternehmen scheitern daran, Effizienz und Innovation strategisch zu verknüpfen. Die Liste etablierter Unternehmen, die sich zu sehr auf Prozess- und Kostenoptimierung und zu wenig auf die Entwicklung unkonventioneller und innovativer Produkte und Services konzentriert haben, ist lang: Nokia, Kodak, Black Berry, Polaroid, Neckermann, Quelle ...

Eine Methode, mit dieser Herausforderung umzugehen, besteht in der Entwicklung einer „organisationalen Ambidextrie“: Der Fähigkeit, die Exploitation (Ausschöpfung/Effizienz) des bestehenden Geschäftes und die Exploration (Erkundung/Innovation) neuer Businesschancen gleichzeitig zu verfolgen – so, wie eine ambidextere, also beidhändige Person in der Lage ist, sowohl ihre linke als auch ihre rechte Hand gleichermaßen geschickt einzusetzen.

Immerhin 34 Prozent der österreichischen Top 500 Unternehmen (Studie A.T. Kearney, 2013) geben an, dass sie in der strategischen Ausrichtung ihres Unternehmens ihren Fokus sowohl auf Innovation als auch auf Effizienz legen (21 Prozent konzentrieren sich auf die Erhöhung der Effizienz, 18 Prozent sind hauptsächlich auf Innovation ausgerichtet. Die restlichen 27 Prozent legen ihren strategischen Schwerpunkt auf andere Bereiche).

Obwohl in der Forschung noch einige Lücken geschlossen werden müssen damit die organisationale Ambidextrie einen paradigmatischen Status erreicht, sind einige Erkenntnisse mittlerweile fundiert:

Voraussetzung für die erfolgreiche Etablierung einer ambidexteren Innovationsstrategie ist, frühzeitig zu erkennen, dass nicht mehr nur exploitative (inkrementelle) Innovationen, sondern darüber hinaus gehende tieferegreifende (explorative) Neuerungen



Ing. Michael
Schleiss MBA
Greiner Foam
International
GmbH/GFI

notwendig sind, um sich gegen (zukünftige) Konkurrenten durchzusetzen und neue Kundengruppen bzw. neue Märkte erobern zu können. Wenn die vorhandenen Ressourcen vorwiegend für die Realisierung der inkrementellen Innovationen verwendet werden, kann die notwendige Balance nicht gehalten werden.

Die Kompetenzen/Typologien unterscheiden sich erheblich voneinander und ihre Einbindung in eine gemeinsame organisatorische Struktur ist entsprechend schwierig:

Explorer sind auf Innovation fokussiert, streben nach Wettbewerbsvorteilen durch neue Ideen und Technologien. Sie zeichnen sich durch innovative Produkte oder Services und unkonventionelle Ideen aus,

die sie in neue Märkte einführen. Organische Strukturen und stärkere Dezentralisierung bzw. Autonomie kennzeichnen explorative Einheiten, der Zugang zu den Entscheidungsträgern ist einfach und unbürokratisch. Ähnlich einer Start-Up Kultur gilt es das Ziel möglichst schnell zu erreichen, egal wie. „Erfolgreiches Scheitern“ ist Teil der Unternehmenskultur. Die Performance zeigt sich am Erreichen der Meilensteine. Führung wird visionärer, sinnhafter gelebt.

Exploiter legen ihren strategischen Schwerpunkt auf Effizienz. Das Hauptaugenmerk liegt auf der kontinuierlichen Verbesserung der Prozesse sowie auf Qualitätssicherungs- und Kostensenkungsprojekten.

Hierarchische Strukturen bestimmen das Bild, es herrscht ein hoher Grad an Standardisierung und Zentralisierung mit vielen stark formalisierten Prozessen. Die Performance wird überwiegend mittels Finanzkennzahlen gemessen. Der Führungsstil ist autoritär geprägt (Top Down).



Ein Plädoyer für den Kunststoff

#25
06.12.2017

Der Kunststoff hat in den letzten Jahrzehnten die Welt verändert und maßgeblich zum heutigen Wohlstand beigetragen, dennoch wird er immer wieder kritisiert und in Frage gestellt.

Selbstverständlich ist es inakzeptabel, wenn Flüsse durch Littering oder den direkten oder indirekten Eintrag von Kunststoffpartikeln verunreinigt werden.

Und natürlich ist es eine Katastrophe, wenn Teppiche aus Kunststoffabfällen in der Größe von tausenden Quadratkilometern in den Meeren schwimmen.

Diese Tatsachen verdienen die vollste Aufmerksamkeit aller Stakeholder und müssen auf globaler Ebene gelöst werden. Nachhaltig allerdings nur an der Wurzel, nämlich bei jenen Menschen und Institutionen, die verantwortungslos mit wertvollen Ressourcen umgehen.

Lassen Sie mich nun aber an einigen wenigen Beispielen aufzeigen, warum der Rohstoff Kunststoff unser Leben im positiven Sinne verändert hat. Inspiriert zu diesem Plädoyer haben mich der jüngste Kunststoff Innovation Day und ein Artikel mit dem Titel „Ressourceneffizienz mit Kunststofftechnik“ von den Autoren Prof.Dr.-Ing.Christian Bonten und Prof.Dr.Dr.h.c.Ernst Ulrich von Weizsäcker.

Seit Jahrzehnten bietet die Vielseitigkeit des Kunststoffs und seine Ressourceneffizienz ein schier unerschöpfliches Innovationspotenzial.

Die konkreten Anwendungen wirken praktisch in alle Lebensbereiche hinein.

Wie kommt der Strom in die Steckdose, ohne den ein Leben heute undenkbar ist? Kunststoffe spielen dabei eine entscheidende Rolle, denken Sie nur an die Kabelisolierungen oder die elektrischen und elektronischen Bauteile.

Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen und Geschirrspüler benötigen heute aufgrund zahlreicher Kunststoffkomponenten um bis zu 70 Prozent weniger Energie als noch in den 90er Jahren.

Die Wärmedämmung an Gebäuden ist mit expandiertem Polystyrol (EPS) wesentlich wirksamer und wirtschaftlicher als jede verfügbare Alternative.

In der Mobilität sorgen Kunststoffe für massive Ressourceneinsparung aber auch für mehr Sicherheit. Sie verringern das Gewicht und die Massenträgheit. Ein herkömmlicher PKW spart pro 100kg weniger Gewicht bis zu 0,4 l Benzin. Ein Verkehrsflugzeug verbraucht pro 100kg Massenreduktion 300 000 kg weniger Treibstoff über 60 000 Flugstunden.

In der Energieerzeugung haben Großwindanlagen an Bedeutung gewonnen, weil sie dank der Faser-Verbund-Kunststoffe effizient geworden sind.

Moderne Leuchtmittel benötigen immer weniger Energie, die LED Technik, die einen Kunststoffsockel für die Elektronik enthält, spart ein Vielfaches an Energie ein.

Übrigens, kennen Sie ein elektronisches Gerät ohne Kunststoffe?

Man braucht viel Fantasie, um sich ein Smartphone, einen PC oder einfach einen Bildschirm ohne Kunststoffe vorzustellen.

Die Lebensmittelversorgung in der heutigen Vielfalt wäre wohl ohne die innovativen Kunststoffverpackungen, die die Haltbarkeit über Tage oder Wochen verlängert, nicht möglich.



DI Helmut Schwarzl
Geberit
Produktions GmbH
& Co KG

Wir alle putzen uns täglich die Zähne mit innovativen Zahnbürsten aus Kunststoffen, praktikable Alternativen sind mir noch nicht begegnet.

Diese Auflistung könnte noch lange fortgesetzt werden, aber allein an diesen wenigen Beispielen zeigt sich, wie sehr der Kunststoff unser Leben beeinflusst, in dem er den Alltag erleichtert, Dinge ermöglicht, vor allem aber Kosten spart und damit Wohlstand stiftet.

Ja, der Kunststoff wird heute primär aus Erdöl, einem fossilen Rohstoff, gewonnen. Was schätzen Sie, wie hoch der Anteil des Erdölbedarfs ist, der für die Produktion von Kunststoffen eingesetzt wird? Es sind

2,6 Prozent! Daraus lässt sich schließen, dass Biokunststoffe die Welt nicht retten werden. Dennoch macht es natürlich Sinn über zweckmäßige Möglichkeiten des Einsatzes nachzudenken, um den Erdölverbrauch in Zukunft zu reduzieren.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass in Österreich, Deutschland und der Schweiz etwa 99 Prozent der Kunststoffabfälle verwertet werden, davon rund 43 Prozent stofflich und 56 Prozent energetisch. Das wäre doch für andere Länder nachahmenswert, oder?

Es stimmt, Plastiksackerl mögen entbehrlich sein, aber der Kunststoff per se ist aus unserer Welt nicht mehr wegzudenken! Im Gegenteil, seine Bedeutung wird angesichts der wachsenden Erdbevölkerung und der begrenzten Ressourcen weiter zunehmen und die Innovationskraft der Branche wird mehr denn je gefragt sein.

Gleichzeitig wird es wohl einen Reifungsprozess unter den Menschen und den relevanten Institutionen für den verantwortungsvollen Umgang mit wertvollen Ressourcen geben müssen. Denn eines ist klar, der Kunststoff ist nicht das Problem, sondern die Lösung vieler Probleme und Herausforderungen.



Vorhaben der neuen Regierung

#26
20.12.2017

Der Fachverband nahm das Regierungsprogramm aus Sicht der chemischen Industrie unter die Lupe.

Die positiven Vorhaben zur Modernisierung des Arbeitsrechts, das die Gestaltungsmöglichkeiten – insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeit – auf der betrieblichen Ebene stärken soll, sowie die Pläne zur Entbürokratisierung wurden bereits in zahlreichen Medien vorgestellt. Eine wesentliche Neuerung betrifft in diesem Zusammenhang auch die Schaffung eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffes, der zu einer Zusammenlegung von Arbeiter und Angestelltenbetriebsrat führen soll. Begrüßenswert ist auch eine praxisgerechte Handhabung des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes durch Fokussierung auf echte Fälle eines Sozialdumpings sowie die Überarbeitung des Kumulationsprinzips im VStG.

Einen großen Erfolg stellt die Abkehr von Gold Plating bei der Umsetzung von EU-rechtlichen Bestimmungen dar – eine langjährige Forderung des Fachverbandes, der nun endlich nachgekommen wurde. Genehmigungen für Betriebsanlagen sollen schneller erfolgen und die UVP-Verfahren vereinfacht werden.

Auch wenn Begriffe wie Chemie, Chemikalien, REACH, Hormone oder endokrine Disruptoren im ganzen Regierungsprogramm – erfreulicherweise – nicht zu finden sind (eine negative Ausnahme bildet hier die kurze Erwähnung von Glyphosat, für das ein Aktionsplan zum Ausstieg geplant ist, was in unseren Augen leider ein Aufspringen auf die Populismuswelle zeigt), so betreffen klarerweise viele Querschnittsmaterien unsere Branche massiv.

Energieagenden wandern ins „Nachhaltigkeitsministerium“

Für die chemische Industrie als energieintensiver Sektor sind Reformvorhaben im Klima- und Energiebereich wesentlich. Die Regierung bekennt sich grundsätzlich zu den internationalen und europäischen Klimazielen. Einen Schwerpunkt der Regierungsarbeit bilden die Erarbeitung, der Beschluss und die Umsetzung einer integrierten nationalen Klima- und Energiestrategie. Ziel ist es, die Energieversorgung Österreichs kontinuierlich durch erneuerbare Energieträger aus eigener Produktion zu decken. Im Strombereich soll der Anteil an erneuerbaren Energien bis 2030 100 Prozent (national bilanziell) betragen. Die Ökostromförderung soll reformiert werden, um mehr erneuerbare Energien und zugleich mehr Strom für jeden Förder-Euro zu erzielen. Der Fokus solle bei der Reform auf Marktprämien und Investitionsförderungen liegen. Es soll außerdem für erneuerbare Energien bedarfsorientierte und kosteneffiziente Ausbaupfade geben.

Vor dem Hintergrund, dass die Energieagenden vom Wirtschaftsministerium in das neue Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (vormals BMLFUW) verlegt werden sollen, sehen wir die geplanten Entwicklungen im Bereich erneuerbare Energien, vor allem aus Sicht der energieintensiven Unternehmen, eher kritisch. Essentiell dabei ist, dass die Klima- und Energiestrategie Teil einer zukunftsorientierten Standort- und Wirtschaftspolitik sein muss und sich daher im Gleichklang mit den Zielen der EU und anderen wichtigen Wirtschaftsregionen bewegen muss.



Mag. Sylvia
Hofinger
FCIO

Reduktion der Vorschriften im Bereich Abfall und Arbeitsschutz begrüßenswert

Zu begrüßen sind die Initiativen zur Entbürokratisierung und Reduktion der Vorschriften für Unternehmen im Abfallbereich. Eine gänzliche Abschaffung des Österreichischen Abfall-Elektronischen Datenmanagement (EDM) Systems erscheint wegen EU-weiter künftiger Verpflichtungen zur elektronischen Meldeverpflichtung zwar praxisfern (da man dann ein neues System etablieren müsste). Ein Rückbau auf die gesetzlich notwendigen Funktionalitäten ist jedoch unbedingt zu unterstützen.

Dass unnötige Meldepflichten, wie z.B. Leermeldungen ins PRTR Register, abgeschafft werden, ist seit langem unsere Forderung und wir freuen uns, dass dieser nun nachgekommen wird.

Auch im Bereich des Arbeitnehmerschutzes ist ein Abbau von Meldeverpflichtungen geplant. Das Arbeitsinspektorat soll als Serviceeinrichtung etabliert werden und dem Prinzip „beraten statt strafen“ folgen.

Life Science Strategie wurde übernommen

Im Bereich der Forschung werden Programme zur Unterstützung innovativer Unternehmen auf dem Weg zum Forschungsergebnis in den Markt als Vorhaben genannt. Sehr erfreulich für den Fachverband ist auch, dass die Umsetzung für die Life Science Strategie, an der wir maßgeblich beteiligt waren, als Vorhaben explizit im Regierungsprogramm angeführt ist.

Langersehnte Kassenfusion

Die Vorhaben zur Reform der Sozialversicherungen entsprechen unseren langjährigen Forderungen. Die weiteren Punkte, die die Pharmaindustrie betreffen, sind noch nicht mit genauen Inhalten hinterlegt (Überarbeitung des Erstattungskodex, Gendermedizin, Polypharmazie, Pharmakogenetik etc.), und können daher nicht abschließend bewertet werden.

Naturwissenschaften im Bildungsbereich im Fokus

Auch wenn sich das Wort „Chemie“ nirgends – schon gar nicht in der Bildungspolitik der neuen Regierung –, finden lässt, so ist die erwähnte Verstärkung der Kenntnisse im MINT-Bereich trotzdem als positiv zu bewerten ebenso wie die Bestrebungen nach digitalen Grundkompetenzen. Mit einem Ausbau der dualen Bildung und einer Fachkräfteoffensive will sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Unternehmen die Fachkräfte bekommen, die sie brauchen.

Fazit

So positiv viele Punkte im Regierungsprogramm für die chemische Industrie sind, generell ist anzumerken, dass es sich bei den meisten Punkten um sehr allgemein formulierte Überschriften handelt und noch kaum konkrete Pläne zur Umsetzung bekannt sind. Es bleibt daher zu hoffen, dass die neue Bundesregierung den nötigen Reformwillen aufbringt und die positiven Vorhaben auch gegen erwartbare Widerstände umsetzt.

Aufschwung für Reformen nutzen

Wir erleben derzeit einen konjunkturellen Aufschwung, die Stimmung ist so gut wie lange nicht mehr.

Auch wenn bei der Statistik Austria lediglich die Zahlen bis September vorliegen, so kann man bereits jetzt davon ausgehen, dass die chemische Industrie nach mehreren Jahren der Durststrecke 2017 endlich wieder ein Plus verzeichnen konnte. Auch die Zuwächse bei den Mitarbeiterzahlen und die gute Auftragslage in den ersten drei Quartalen sprechen dafür.

Diesen Aufschwung gilt es nun zu nutzen um den Standort zu stärken, damit wir auch in Zukunft profitabel arbeiten können. Im Programm der neuen Regierung sind hierzu einige positive Schwerpunkte gesetzt – zum Beispiel die Arbeitszeitflexibilisierung, umfassende Deregulierungsvorhaben wie z.B. die Vereinfachung von UVP-Verfahren oder etwa die Abkehr vom Gold Plating bei der Umsetzung von EU-rechtlichen Bestimmungen – eine umfangreichere Bewertung aus Sicht des FCIO wurde schon im letzten WebChemFocus vorgenommen.

Gleichzeitig finden sich auch Punkte, die einer gezielten Beobachtung bedürfen wie etwa, dass Energieagenden ins Nachhaltigkeitsministerium verlegt wurden oder aber das Aufgreifen des populistischen Themas „Glyphosat“. Es darf nicht passieren, dass Politiker in Zukunft Kampagnen von Umweltschützern mehr Glauben schenken als wissenschaftlichen Fakten. Wenn Entscheidungsträger sich statt auf wissenschaftliche Expertise lieber auf die Meinung der Bevölkerung verlassen, dann könnte das für uns als Erzeuger und Verarbeiter von Stoffen mit Gefahrenpotenzial weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen.



KommR Ing.
Hubert Culik, MAS
Rembrandtin Lack
GmbH Nfg. KG

Um der chemischen Industrie zu der öffentlichen Wahrnehmung zu verhelfen, die ihr gerecht wird, werden wir auch weiterhin die Stärken unserer Branche in den Bereichen der Innovationskraft aber auch der Nachhaltigkeit in den Vordergrund rücken. Der Fachverband hat dies im vergangenen Jahr mit drei Veranstaltungen getan: Dem Innovation Day Kunststoff, der 25-Jahr-Jubiläumsfeier der Responsible Care Initiative und dem Stakeholderdialog Biobased Industry. Veranstaltungen mit ähnlichen Schwerpunkten werden für 2018 schon geplant.

Um das Mitgliederservice weiter zu verbessern, wird das Extranet gerade neugestaltet. Auch bei der externen Kommunikation sind Neuerungen in Planung: Durch den Wechsel der Werbeagentur wird es heuer eine neue Werbekampagne geben und auch der Website des Fachverbands wird demnächst ein modernerer Auftritt verpasst.

Weiters kommen mit der österreichischen Ratspräsidentschaft auf den Fachverband dieses Jahr einige Aufgaben zu. Auch wenn aufgrund der Parlamentswahlen 2019 und des nahenden Brexits wenige Gesetzesvorschläge der Kommission zu erwarten sind, so werden doch etliche Themen wie etwa REACH, Chemikalienleasing oder die Kunststoffstrategie als Teil des Kreislaufwirtschaftspakets während der österreichischen Präsidentschaft eine Rolle spielen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir als Fachverband gemeinsam die Herausforderungen, die auf uns zukommen, meistern werden und wünsche in diesem Sinne uns allen ein erfolgreiches Jahr 2018!



Das Gesundheitssystem effizienter machen – die Industrie muss Teil der Lösung sein

Im Herbst 2017 wurden in Österreich die Karten neu gemischt.

2018 ist die neue Bundesregierung nach Inkrafttreten des neuen Bundesministerriengesetzes und der Neuverteilung der Aufgaben in den Ressorts nun endgültig im Amt. Das Gesundheitsministerium wurde in das große Arbeits-, Sozial- und Konsumentenschutzressort eingefügt. Beate Hartinger-Klein führt das Haus.

Wohin geht die Reise für den Bereich, der jenes Aufgabengebiet umspannt, welches den Österreichern laut Umfragen vor allen anderen „am wichtigsten“ ist (die Gesundheit)? Die Herausforderungen sind groß, und die Regierung hat Großes vor – das Aufspüren von Effizienzmängeln, die Zusammenlegung von Krankenkassen und gleichzeitig die Verbesserung der Services und des Zugangs für die Patienten.

Viele wissen, dass das einstmals „beste Gesundheitssystem“ der Welt in den vergangenen Jahren einige schwerwiegende Problemfälle zu vermelden hatte: Gangbetten in den Spitälern, abgewiesene Patienten, monatelange Wartezeiten auf Diagnostika und OPs, überfüllte Ambulanzen, geschlossene Arztpraxen im ländlichen Raum, unterschiedliche Leistungen der gesetzlich verankerten Krankenkassen, die nicht im Wettbewerb miteinander stehen: All dies ist für viele Patienten, vor allem außerhalb der großen Ballungszentren, mittlerweile Realität.

Die offizielle Diagnose, erstellt von der EU-Kommission in ihrem „Länderprofil Österreich Gesundheit 2017“ (erschien im November), klingt ebenfalls herausfordernd: „Trotz Verbesserungen des Gesundheitszustands der Österreicher stellen die Bevölkerungsalterung und ungesunde Lebensstile Herausforderungen für das österreichische Gesundheitssystem dar. Das Gesundheitssystem ist fragmentiert.“ Konkret: Jeder vierte Erwachsene raucht, der Alkoholkonsum bleibt hoch, die Fettleibigkeitsquote steigt. Die Lebenserwartung ist zwar auch in Österreich gestiegen, nicht alle dieser Jahre werden jedoch in einem guten Gesundheits-



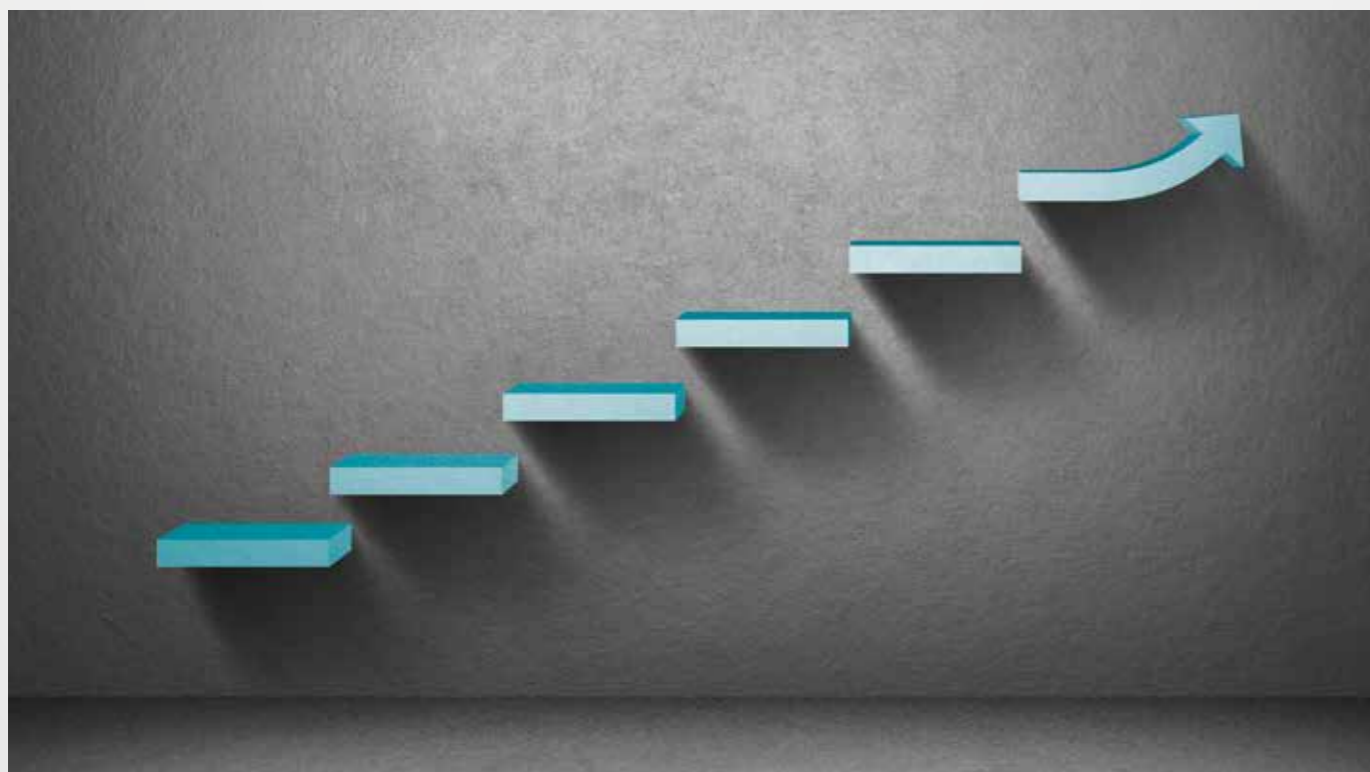
Mag. Christian
Thonke
Novartis Pharma
GmbH

zustand verbracht: Im Alter von 65 Jahren können österreichische Frauen und Männer erwarten, noch ungefähr acht Jahre ohne Behinderung zu leben; dies sind etwa 1,5 Jahre weniger als im EU-Durchschnitt. Während Herz-Kreislauferkrankungen und Krebs als Ursachen für Todesfälle weiterhin die Statistik anführen, sind die Sterbefälle durch Diabetes und Alzheimer stark gestiegen.

Das System ist fragmentiert: Den Ländern (Spitalsbereich) und Kassen (niedergelassener Bereich) steht als dritter und schwächster Partner der Bund gegenüber. Die Finanzierungsströme sind komplex geblieben. Das Verschieben von Kosten zum anderen Systempartner ist nach wie vor Alltag.

Dabei ist der „Input“ (= finanzielle Mittel) in das System hoch. In Österreich werden etwa 3.800 Euro pro Einwohner in das Gesundheitssystem investiert, das ist (nach Unterschieden in der Kaufkraft bereinigt) ungefähr um 1.000 Euro mehr als im europäischen Durchschnitt. Die Schweiz und die skandinavischen Länder bieten ihren Einwohnern statistisch bei zum Teil geringerem Einsatz von (öffentlichen) Geldern mehr gesunde Lebensjahre.

Das bringt mich zu dem naheliegenden Schluss, dass genügend Mittel im System sind, diese aber aus Sicht der Patienten nicht in allen Bereichen optimal eingesetzt werden. Dabei dürfen wir nicht auf die anderen zeigen. Die pharmazeutische Industrie ist angehalten, Teil einer Lösung zu sein, wenn die neue Regierung nach Wegen sucht, um das System effizienter zu machen. Innovative Medikamente eröffnen die Chance, Leben zu retten bzw. die Lebensqualität der Patientinnen und Patienten zu verbessern. Viele neue Therapien können außerdem die Zahl der Krankenhausaufenthalte verringern oder machen teure und komplexe chirurgische Eingriffe obsolet. Es liegt auch an der Industrie, diese Vorteile neuer Therapien noch klarer zu artikulieren und in einem Dialog mit den Verantwortlichen in Bund, Ländern und Sozialversicherung die Effizienzpotenziale aufzuzeigen.





Operative Exzellenz durch das Konzept von Null

World Class Manufacturing unterstützt eine nachhaltige Unternehmensführung bei Semperit, sorgt für Qualitätsverbesserung und ermöglicht signifikante ökonomische Einsparungen.

Semperit ist seit über 190 Jahren führend in der Herstellung technologisch anspruchsvoller Produkte aus Kautschuk und Gummi. Darin spiegelt sich eine Kultur vorausschauender Langfristigkeit, die im Unternehmen fest verwurzelt ist. Eine klare Positionierung zum Thema Nachhaltigkeit mit seinen vielfältigen Aspekten ist in diesem Zusammenhang unumgänglich. Bei Semperit gilt Nachhaltigkeit als fundamentaler Geschäftsansatz, welcher langfristigen Unternehmenserfolg ermöglicht sowie Wert für Stakeholder schafft. Im Fokus stehen dabei 5 Handlungsfelder:

- Ressourcenmanagement und Umweltschutz
- Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Lieferanten
- Innovation
- Mitarbeiter und Gesellschaft

Traditionell liegt bei Semperit das Hauptaugenmerk auf den Kernbereichen Innovationen und Ressourcenmanagement. Beides sind gewachsene Semperit-Kernkompetenzen, die seit jeher maßgeblich zum Unternehmenserfolg beitragen.

Durch innovative Entwicklungen im Bereich Produkt, Prozess und Material wird durch die Integration nachhaltiger Aspekte Mehrwert für Kunden geschaffen, welcher den Umsatz steigern und Wettbewerbsvorteile erzielen soll. So wurde etwa im Jahr 2017 der Green Glove auf den Markt gebracht, welcher neben CO₂ auch Wasser in der Produktion einspart sowie auf den sonst üblichen Einsatz von Chlorgas in der Handschuhproduktion zur Gänze verzichtet. Dies schont die Umwelt und bedient dank größter Haut-



DI Dkfm. Michele Melchiorre
Semperit AG Holding

freundlichkeit gleichzeitig die Bedürfnisse der Anwender.

Im Bereich Ressourcenmanagement können durch Effizienz Risiken minimiert, Kosten gespart und gleichzeitig die Umwelt geschont werden. Mit der Einführung von World Class Manufacturing (WCM) 2016 wurde hier ein für Semperit neuer Maßstab in Sachen operativer Exzellenz gesetzt. Durch das „Konzept von Null“, also Null Unfälle, Null Defekte, Null Verzögerungen, Null Abfall, Null Fehlzeiten – als grundlegende Vision, sollen signifikante ökonomische Einsparungen in den nächsten Jahren geschaffen werden.

Im Zuge der Einführung von WCM ist auch ein drittes Handlungsfeld immer stärker in den Fokus gerückt, das schnell zu ersten messbaren Erfolgen geführt hat: Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ist ein grundlegender Pfeiler der Semperit Kultur. Die Unfallrate (Anm.: Zahl der Arbeitsunfälle mit Zeitausfall pro 200.000 Arbeitsstunden) ist von weit über 3 noch im Jahr 2016 auf nunmehr 0,8 per Ende 2017 auf Gruppenebene gesunken. Die Zielgröße lautet aber auch in diesem Bereich: NULL. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt Semperit neben WCM vor allem auf Prävention: durch Schulungen, kontinuierlich verbesserte Prozesse und auch neue Maschinen sollen die Risiken für Mensch und Umwelt systematisch reduziert werden.

Im Frühjahr 2018 veröffentlicht die Semperit AG Holding den 1. Nachhaltigkeitsbericht. Dort wird unter anderem über die Ziele, Maßnahmen und Fortschritte in den drei beschriebenen Kernbereichen sowie den Handlungsfeldern Lieferanten und Mitarbeiter und Gesellschaft berichtet werden.

Spürnasenecke – Kinder als Forscher von morgen

#30
21.02.2018

Ein wichtiges Bildungsprojekt der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Salzburg ist die „Spürnasenecke“ – eine Einrichtung zum Forschen und Experimentieren mit Kindergartenkindern.

Ziel der Spürnasenecke ist es, dass Kinder, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht, die Chance auf eine frühe naturwissenschaftliche, technische und informationstechnologische Ausbildung erhalten. Damit soll langfristig auch einem Fachkräftemangel in technischen Berufen entgegengewirkt werden.

In dem beliebten Forschungslabor für Kindergartenkinder gehen die kleinen Spürnasen, zusammen mit speziell dafür geschulten Pädagoginnen und Pädagogen, auf Entdeckungsreise. Spielerisch wird dabei die Welt der Natur und Technik erkundet. Dafür stehen verschiedene Forschungsutensilien und Experimente zur Verfügung. Erweitert wurde die Experimentreihe kürzlich um neue Aufgaben in den Bereichen Elektronik und Informatik.

Die Spürnasenecke zeichnet somit ein ganzheitliches Konzept aus, das über die bloße Materialbereitstellung weit hinausgeht. Neben dem eigens für die Spürnasenecke entwickelten Möbel, den Forscherutensilien aus den Themengebieten Biologie, Chemie, Physik, IT und Technik und dem Handbuch besteht eine Spürnasenecke aus einem pädagogischen Konzept, der Einschulung der Pädagoginnen und Pädagogen sowie der Fortbildung und Vernetzung. Gepaart mit einem bereits jetzt zugkräftigen Markenbild



Dr. Peter Unterkofler
JACOBY GM
Pharma GmbH

kann man von einer Alleinstellung in diesem Umfeld sprechen.

Die Spürnasenecke wurde 2010 von den Salzburger BHS-Lehrern Bernadette Unger und Konrad Steiner ins Leben gerufen und seither laufend weiterentwickelt. Das pädagogisch innovative Projekt wird nun mit Unterstützung des Landes Salzburg, der WKS/Sparte Industrie und dem W&H Dentalwerk Bürmoos stark ausgebaut. Ziel ist es, die Zahl der bisher bestehenden Spürnasenecken in Salzburg zu verdoppeln.

Bis dato wurden bereits 37 Spürnasenecken – vor allem im Raum Salzburg – erfolgreich umgesetzt. Damit hat dieses Projekt seine Durchsetzungskraft eindrucksvoll bewiesen.

Mir geht es vor allem darum, den Kindern jene Freude am Gewinnen neuer Erkenntnisse zu vermitteln, die auch bei Jacoby GM Pharma hochgehalten wird. Die Spürnasenecken tragen dazu bei, das Interesse bei Kindern für die MINT-Fächer, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, zu wecken. Daher unterstütze ich dieses Projekt als Obmann der Sparte Industrie und als Unternehmer.

Link zur Website: www.spuernasenecke.com



Innovation – made by Austria

Abgesehen von Erneuerungen in der politischen Führung des Landes sowie den alpinen Erfolgen, hat die Weltöffentlichkeit nicht immer einen Fokus auf Österreich.

Angesichts der Größe des Landes, zumal eingeschlossen von Bergen, mag das ein natürlicher Umstand sein. Doch gerecht wird es dem Land und seinen Unternehmen nicht.

Immerhin kann made by Austria große Unternehmen präsentieren, die europa- wenn nicht sogar weltweit eine Rolle spielen. Und die Vielfältigkeit des nur knapp neun Millionen Einwohner zählenden Landes wird deutlich, wenn man sich die Branchenvielfalt anschaut, in der Österreich im Weltkonzert mitspielt: von der Consumer-, Bau-, Stahl-, Maschinenbau- bis hin zur Automobilzulieferindustrie, um einige der Großen zu nennen.

Doch auch in anderen Branchen spielen die sogenannten Kleinen eine weltweit bedeutende Rolle. Wenn auch außerhalb der breiten Öffentlichkeit, so ist der Fachwelt insbesondere die Bedeutung des Pharmamarktes bekannt. Dies bemisst sich nicht in der Marktgröße, der Anteil Österreichs am EU-Branchenumsatz von EUR 245 Mrd. beträgt lediglich 1,7 Prozent, sondern in der innovativen Qualität der Produkte.

Seit Gründung der SANOCHEMIA Pharmazeutika AG, unterhält das Pharmaunternehmen eine eigene Produktion sowie Forschungs- und Entwicklungseinheit im Burgenland. Im Bereich der nicht-invasiven Bildgebungsverfahren hat die SANOCHEMIA seit Bestehen eine Reihe von Kontrast- und Diagnosemitteln auf den



Dr. Stefan Welzig
Sanochemia
Pharmazeutika AG

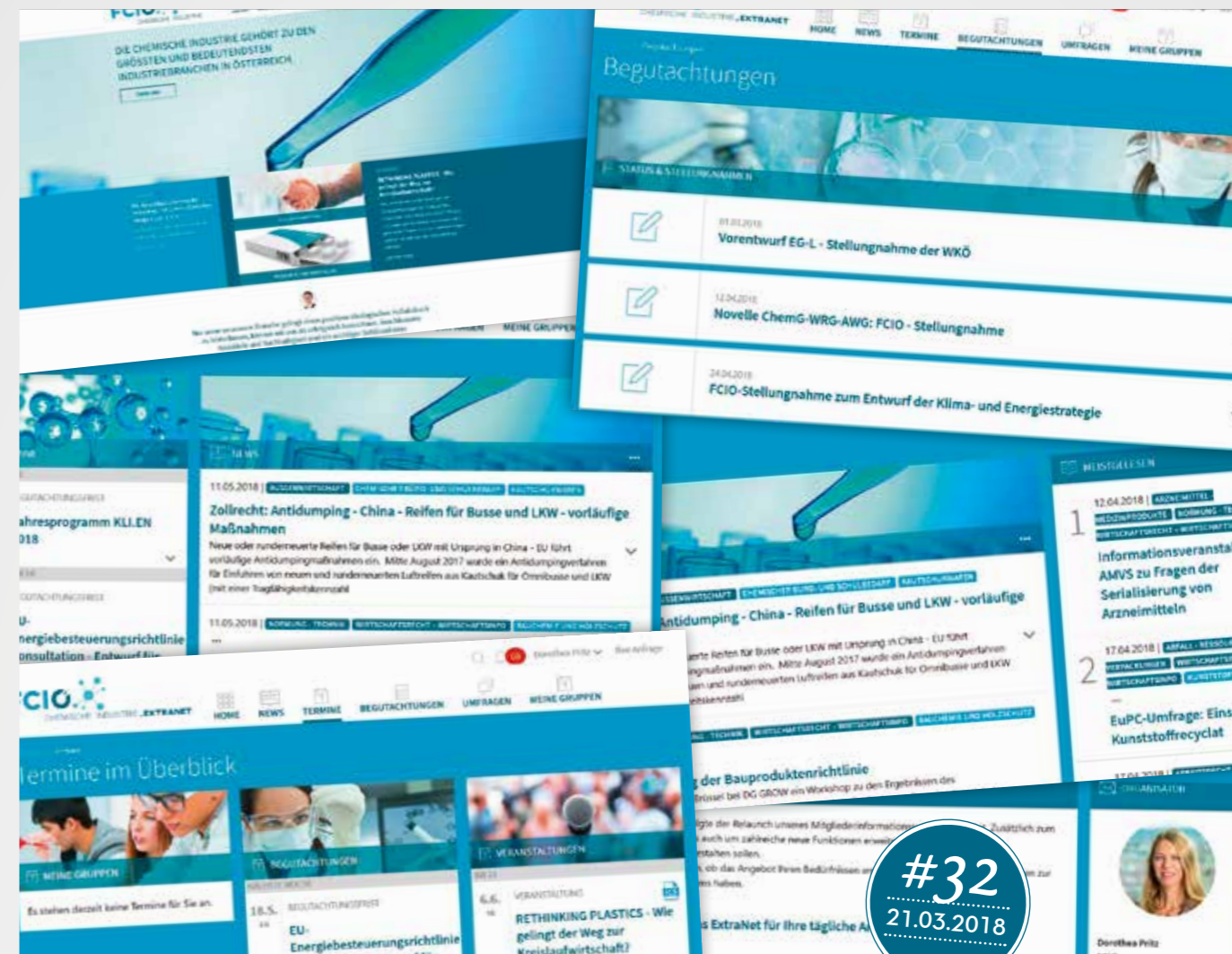
Markt bringen können, die inzwischen in 70 Ländern exportiert werden.

Die Expertisen und Kompetenzen innerhalb des Unternehmens sowie die Einschätzung der Marktentwicklungen haben rechtzeitig dazu geführt, sich der Forschung bestimmter Krebsdiagnostika und Behandlungen zu widmen. Vidon® ist eines der vielversprechenden F&E Ergebnisse aus dem Burgenland und gilt als zukunftsweisende Anwendung zur Erkennung und Behandlung von Blasenkrebs, mit einer deutlich verbesserten Methodik.

Ein Meilenstein der Unternehmensgeschichte sind die von der amerikanischen Behörde erteilten Patente für Vidon®, die einen Schutz bis zum Jahr 2035 gewährleisten. Darüber hinaus konnte SANOCHEMIA für die weitere Entwicklung und Vermarktung in den USA einen amerikanischen Partner gewinnen. Eine Innovation aus Österreich, die vom größten Pharmamarkt der Welt erkannt und angenommen wurde.

Ein weiteres Patent für den amerikanischen Markt, dem beim weltweiten Wachstum im Bereich Pharma die wichtigste Rolle zukommt, wurde für den Wirkstoff Tolperison erlangt. Dieser Wirkstoff stellt einen neuartigen Ansatz zur Behandlung akuter Muskelkrämpfe dar. Ebenso wie bei Vidon®, wird die weitere Entwicklung und Vermarktung in den USA mit einem lokalen Partner realisiert – made by Austria.

#31
07.03.2018



Neues Kommunikationstool des Fachverbands

Das neue ExtraNet als Kommunikationsplattform des Fachverbands – bitte rasch registrieren!

In einem komplexen Feld wie der chemischen Industrie, die so stark von Regulierungen betroffen ist, wie kaum eine andere Branche, ist Kommunikationsmanagement ein wichtiger und unerlässlicher Pfeiler. Darum ist der Fachverband bemüht, alle für die Branche relevanten Informationen zielgenau an die zuständigen Experten zu bringen.

Das ExtraNet, das bereits seit 2001 existierte, ist trotz laufender technischer Nachbesserungen in die Jahre gekommen, weshalb sich der Fachverband letztes Jahr zu einem Relaunch entschieden hat.

Das neue Extranet funktioniert nach einem One-Stop-Shop-Prinzip und wird mehrere bisherige Kommunikationskanäle bündeln. Es ist nun die zentrale Kommunikationsplattform des Fachverbandes und übertrifft die alte Version um zahlreiche „smarte“ Funktionen. So werden künftig alle Gruppen (Arbeitsgruppen, Berufsgruppen etc.) ausschließlich über dieses Tool organisiert – von Terminfindung, über Einladung, Tagesordnung bis zu Sitzungsunterlagen und Protokollen ist alles zu finden. Selbstverständlich wurde es so benutzerfreund-



KommR Ing.
Hubert Culik, MAS
Rembrandtin Lack
GmbH Nfg. KG

lich wie möglich gestaltet und kann vom PC ebenso wie von mobilen Endgeräten bedient werden.

Sie finden wie bisher die aufbereiteten themen- und branchenspezifischen Informationen und Begutachtungen im ExtraNet. Zusätzlich aufgenommen werden die täglich aktualisierten Top 5-APA-Wirtschaftsnachrichten, die speziell für die chemische Industrie ausgewählt werden. Ein Umfrage- sowie ein Veranstaltungsmanagementtool vervollständigen das Angebot.

Nutzen Sie das Service und steigen Sie ein unter www.fcio4u.at. Sollten Sie schon Besitzer eines ExtraNet-Zugangs sein, so können Sie Ihre Emailadresse und das alte Passwort verwenden. Als neuer User klicken Sie einfach auf „Zur Registrierung“, füllen Sie die

Daten aus und Sie werden als Mitglied freigeschaltet.

Im Zuge des Relaunches des ExtraNets wurde auch das Logo des Fachverbands neu entworfen und die Homepage überarbeitet. Ein Blick lohnt sich: www.fcio.at

Viel Spaß beim Schmökern und ich hoffe, wir treffen einander im ExtraNet!

#32
21.03.2018

Fehlende Rechtssicherheit bremst Innovationskraft

#33
04.04.2018

Ein Appell an die EU-Kommission und politische Vertreter:
Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Europa verbessern!

Nur so ist eine effiziente und leistungsfähige regionale Landwirtschaft und mit ihr die ausreichende Versorgung mit gesunden Lebensmitteln möglich.

Jährlich gehen weltweit trotz Pflanzenschutz und Züchtung ca. 32 Prozent der Ernte aufgrund von Krankheiten und Schädlingen verloren. Rund 30 Prozent Ertragsverlust werden durch Pflanzenschutz vermieden. Der Verlust von Wirkstoffen hat also dramatische Auswirkungen. Das zeigen auch Erfahrungen der letzten Jahre: Wenn es keine wirksamen Mittel gegen Drahtwurm gibt, sind in Österreich jährlich im Schnitt 30.000 Tonnen Kartoffeln so stark befallen, dass sie weggeworfen werden müssen. Mit dieser Menge könnte man 616.000 Österreicher ein Jahr lang mit Kartoffeln versorgen. Und durch den Maiswurzelbohrer kann bei starkem Befall ein Ernteverlust von bis zu 80 Prozent entstehen.

Landwirte haben neben Ertrags- und Einkommensverlusten aber auch mit steigenden Ausgaben und einem immensen Mehraufwand zu kämpfen. Hinzu kommen weitere Herausforderungen wie Starkregen, Trockenheit und Spätfrost, die zu einer seit Jahren sinkenden Selbstversorgung in Österreich beitragen. Wir sind daher bei fast allen Kulturen nicht mehr Selbstversorger und zunehmend auf Importe angewiesen. Allen Beteiligten vom Landwirt über Behörden und Politik sollte daher klar sein, dass die aktuelle Strategie nicht nachhaltig ist.

Braucht Nachhaltigkeitsstrategie und Innovationskraft

Das Ziel für die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln ist, den Landwirten einen optimalen Werkzeugkoffer an Betriebsmitteln zur Verfügung zu stellen. Doch gerade das wird zunehmend schwieriger: Die aktuell verfolgte EU-Kahlschlagstrategie bei Wirkstoffen hat dafür gesorgt, dass die Zahl der Wirkstoffe seit 1997 von knapp 1.000 Substanzen auf aktuell ca. 400 gesunken ist. Die Pflanzen-



Dr. Christian Stockmar
Obmann der IGP Pflanzenschutz

schutzmittel-Hersteller haben in Europa zudem aufgrund regulatorischer Änderungen, fehlender Planbarkeit und des zunehmenden Aufwands zur Entwicklung eines Wirkstoffs an Innovationskraft eingebüßt. Aktuell dauert die Entwicklung eines Wirkstoffs bis zur Zulassung ca. 13 Jahre. Es wird daher durchschnittlich nur ein Wirkstoff pro Jahr neu zugelassen.

Setzt sich diese Kahlschlagstrategie fort, so wird eine wirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln künftig weiter erschwert. Es drohen Ernteausfälle, Wirtschaftlichkeitsverluste für Landwirte und das Ende einzelner Kulturen in Österreich. Dazu zählen neben Raps und Mais vor allem die Zuckerrübe und Kartoffeln.

Innovative Wirkstoffe für leistungsfähige Landwirtschaft

Es ist dringend an der Zeit, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren und zu einer effizienten und leistungsfähigen europäischen Landwirtschaft zurückzukehren. Die Europäische Union sollte dementsprechend eine klare Nachhaltigkeitsstrategie in der Landwirtschaft sowie bei Forschung und Entwicklung verfolgen. Mit Anreizen könnte die eingesetzte Pflanzenschutzmittelmenge reduziert, der Gewässerschutz gefördert sowie die Biodiversität gesteigert werden.

Daher lautet mein Appell, im Sinne der modernen Landwirtschaft die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Europa zu verbessern, um mit innovativeren und besseren Lösungen die bestehenden Wirkstoffe zu ergänzen und zu ersetzen. Denn die moderne Landwirtschaft sollte sich nicht nur hinsichtlich der zunehmenden Technologisierung mit präziser Ausbringungstechnik und digitaler Unterstützung weiterentwickeln, sondern auch mit innovativen und modernen Wirkstoffen.



Beschränkungen bedrohen die Lackindustrie

Bei der Umsetzung der neuen chemikalienrechtlichen Vorschriften REACH und CLP werden zunehmend schärfere Einstufungen für Stoffe vorgeschlagen und weitgehende Verbots- und Beschränkungsmaßnahmen drohen am Horizont.

Viele dieser Rohstoffe sind für die Herstellung von Lacken, Farben und Beschichtungen unverzichtbar. Oftmals unterliegen Neubewertung bzw. Verbote und Beschränkungsmaßnahmen keinerlei fundierten wissenschaftlichen Grundlagen.

So könnte die Einstufung von Titandioxid als möglicherweise krebserregend beim Einatmen in naher Zukunft dazu führen, dass die Konsumenten durch verpflichtete Kennzeichnungen in die Irre geführt werden. Der Stoff wird seit rund hundert Jahren kommerziell eingesetzt und derzeit in Mengen von bis zu 10 Millionen Tonnen pro Jahr in Europa hergestellt oder verarbeitet. Zehntausende Arbeiter weltweit und Millionen Konsumenten kommen tagtäglich mit TiO₂ in Kontakt. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass eine krebserregende Wirkung von TiO₂ bei einer solch weitreichenden Exposition bislang verborgen bleiben konnte. Da Titandioxid im flüssigen Lack gebunden ist, kann es logischerweise nicht eingeatmet werden. Daher wird sich die Lackindustrie dafür einsetzen, dass es zu keinen Einschränkungen für feste und flüssige Produkte, die Titandioxid enthalten, kommt. Und wenn es um das Einatmen von Stäuben geht, so ist diese Problematik mit Staubgrenzwerten am Arbeitsplatz in fast allen EU-Staaten geregelt. Dieser Umstand macht eine Einstufung aufgrund von Arbeitsschutz obsolet.

Sollte es zu der geplanten Einstufung kommen, so könnte sich die absurde Situation ergeben, dass Farben mit Titandioxid auf Lebensmittelverpackungen verboten werden, während im Lebensmittel selbst, zum Beispiel im Kaugummi, der sich innerhalb der Verpackung befindet, sehr wohl noch Titandioxid befinden darf.

Und auch bei Bioziden kreiselt der Gesetzgeber ohne klare Orientierung. Biozide sind als Konservierungsmittel für moderne Lacke und Farben unverzichtbar, denn sie verlängern die Haltbarkeit von



KommR Ing. Hubert Culik, MAS
Rembrandtin Lack GmbH Nfg. KG

Beschichtungsstoffen und sorgen dafür, dass diese nach längerer Lagerung noch in guter Qualität verwendet werden können. Zudem verhindern biozide Wirkstoffe in Fassaden und Holzbeschichtungen Pilz- und Algenwachstum. Dadurch schützen sie die Beschichtung des Gebäudes, verlängern die Lebenszeit und schonen Ressourcen.

Die von der EU angestrebten Beschränkungen im Biozid-Bereich erschweren die Haltbarkeit besonders bei den umweltfreundlichen, wasserverdünnbaren Farben und Lacken, da diese Produkte ohne Konservierungsmittel nur noch in Kühlung gelagert werden könnten. Durch die zunehmende regulatorische Verknappung

der bioziden Wirkstoffe wird diese Entwicklung von lösungsmittelhaltigen hin zu wasserverdünnbaren Lacken jetzt in Frage gestellt.

Der heutige Kenntnisstand ermöglicht einen sehr bewussten und nachhaltigen Umgang mit Bioziden. Viele wasserverdünnbare Farben und Lacke sind aus ökonomischen und technischen Gründen weiterhin auf Konservierungsmittel zum Schutz vor mikrobiellem Befall angewiesen. Der Einsatz von Topfkonservierern ist angewandte Nachhaltigkeit pur, da er zur Langlebigkeit der Produkte und zur Abfallvermeidung beiträgt.

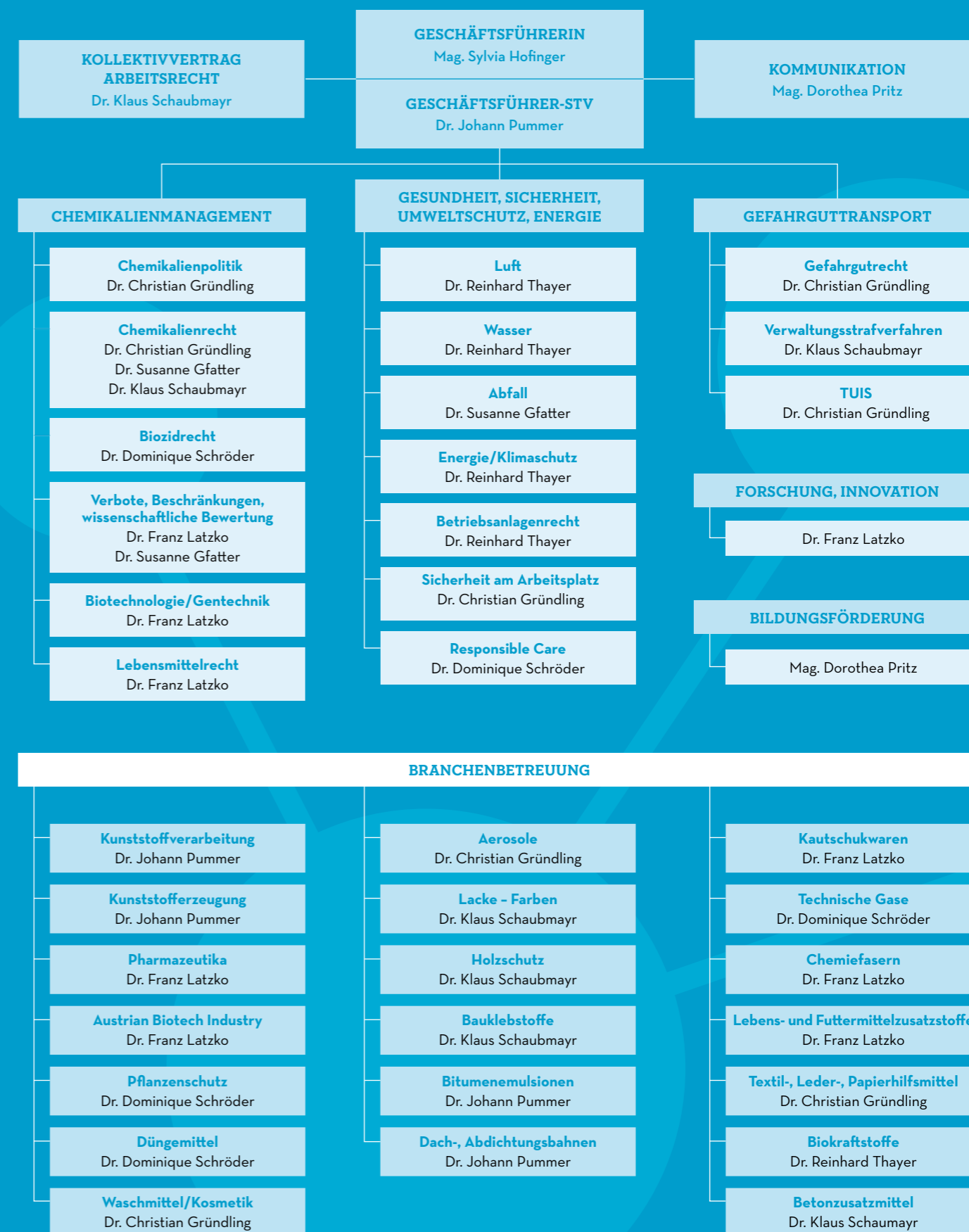
Im Bereich der Chemikalienkennzeichnung ist eine ganzheitliche Betrachtung und eine objektive Risikoabschätzung unumgänglich, um zu einer tragbaren Lösung zu kommen.

Die isolierte Betrachtung eines Wirkstoffes muss ein Ende haben und die Auswirkungen müssen in ihrer Gesamtheit unter die Lupe genommen werden, damit wichtige Anwendungen wie etwa wasserverdünnbare Formulierungen, erhalten bleiben können. Hier muss rasch ein Umdenken stattfinden.

ANHANG

„Wir – die Mitgliedsfirmen und Mitarbeiter des FCIO – arbeiten gemeinsam für einen attraktiven und nachhaltigen Chemiestandort Österreich. Wir engagieren uns für ein forschungs- und technologiefreundliches Umfeld, in dem die chemische Industrie mit ihrer Innovationskraft die Lösungen für die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen liefern kann.“

Geschäftsverteilung



Ausschüsse

Fachverbandsausschuss der chemischen Industrie

Stand per 12.03.2018

Präsidium



KommR Ing. Hubert Culik,
Rembrandtin Lack GesmbH/
Fachverbandsobmann



Dipl.Ing. Dr. Alexander Bouvier
Treibacher Industrie AG/
Fachverbandsobmann-
Stellvertreter



Dipl.Ing. Helmut Schwarzl
Geberit Produktions GmbH & Co
KG/Fachverbandsobmann-
Stellvertreter

Ausschussmitglieder

Mag. Dr. Ilse Bartenstein, G.L. Pharma GmbH
Dr. Stefan Doboczky, Lenzing AG
Dipl.Ing. Roman Eberstaller, SUNPOR Kunststoff GmbH
tbd., Isovolta AG
KommR Ing. Franz Geiger, Donau Chemie AG
Dr. Ernst Gruber, Axalta Coating Systems Austria GmbH
KommR Ing. Wolfgang Haider, Borealis Polyolefine GmbH
Dipl.Ing. Karl-Heinz Hofbauer, Shire Austria GmbH
Dipl.Ing. Johann Huber, Lenzing Plastics GmbH & Co KG
Mag. Günter Alexander Klepsch, Senoplast & Co GmbH
Mag. William Nikola Kraguljac, Seletec Plastic Products GmbH & Co KG
Dr. Richard Anton Kwizda, Kwizda Pharma GmbH
Wolfgang Lux, Poloplast GmbH & Co KG

Dipl.Ing. Dkfm Michele Melchiorre, Semperit AG
Ing. Jürgen Rainalter, Getzner Werkstoffe GmbH
tbd., Patheon Austria GmbH &
Dipl.Ing. Klaus Raunegger, MERCK
Kommanditgesellschaft auf Aktien & Co. Werk Spittal
Mag. Birgit Rechberger-Krammer, Henkel Central Eastern Europe
Operations GmbH
Ing. Michael Schleiss, MBA, Greiner Foam International GmbH
Mag. Christian Thonke, Novartis Pharma GmbH
KommR Mag. Dr. Peter Unterkofler, Jacoby GM Pharma GmbH
Drs. Ard van der Meij, Sandoz GmbH
Philipp von Lattorff, Boehringer Ingelheim RCV GmbH & CO KG
Dr. Stefan Welzig, Sanochemia Pharmazeutika AG

Fach- und Berufsgruppenausschüsse

V ... Vorsitz | AGr ... Arbeitsgruppe

Arbeitgeberausschuss

Mag. Rainer Schmidtmayer (V)

Arbeitsgruppe Arbeitsschutz

Roland Kormesser (V)

Ausschuss für Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz - Responsible Care

Dr. Christopher Zachhuber (V)

- AGr. Chemikalienpolitik:
Dr. Johannes Stockinger (V)
- AGr. Responsible Care:
Dr. Friedrich Hössl (V)
- AGr. Wasserrecht:
Dr. Klaus Götzendorfer (V)
- AGr. Abfallbeauftragte:
Ing. Andreas Griebel (V)
- AGr. TUIS:
Ing. Karl Hofbauer (V)
- AGr. Transport:
Ing. Angelika Frauenberger (V)

Ausschuss für Kommunikation und Bildung

**Berufsgruppenausschuss
Kunststoffverarbeitende Industrie**
Dipl.Ing. Helmut Schwarzl (V)

Berufsgruppenausschuss Pharmaindustrie

Mag. Dr. Ilse Bartenstein (V)

Berufsgruppe Waschmittel - Kosmetik

Mag. Birgit Rechberger-Krammer (V),
Mag. Stefan Kukačka

- AGr. I & I:
Ing. Heinz Roscher (V)
- Technische AGr. Waschmittel:
Walter Heberlein (V)
- Technische AGr. Kosmetik:
Dr. Alfred Markowetz (V)
- AGr. Aerosole:
Dr. Alfred Markowetz (V)

Berufsgruppe Lackindustrie

KommRat Ing. Hubert Culik, MAS (V)

- Technische AGr. Lacke - Holzschutzmittel:
Christian Breitwieser (V)

Industriegruppe Pflanzenschutz

Dr. Christian Stockmar (V)

Berufsgruppe Bitumenemulsionsindustrie

Dipl.Ing. Wolfgang Eybl (V)

- Güteschutzausschuss der österreichischen
Bitumenemulsionserzeuger

Berufsgruppe Dach- und Abdichtungsbahnen

Forum Betonzusatzmittel

Ing. Markus Kroneder (V)

Berufsgruppe Bauklebstoffe

Mag. Bernhard Mucherl (V)

Österreichischer Arbeitskreis Kunststoff-Fenster

Arbeitskreis Kunststoffwirtschaft
Dipl.Ing. Helmut Schwarzl (V, alternierend;
vom Fachverband)

ARGE Pharma

Mag. Dr. Ilse Bartenstein (V, alternierend;
vom Fachverband)

Austrian Biotech Industry

ARGE Holzschutzmittel
Horst Knögler (V)

Arbeitsgruppe Biodiesel
Ewald Marco Münzer, B.A. (V)

Kontakte



Mag. Sylvia Hofinger
Geschäftsführerin
Telefon: 05/90 900 3371
hofinger@fcio.at



Dr. Susanne Gfatter
Chemikalienrecht, Abfall
Telefon: 05/90 900 3369
gfatter@fcio.at



Dr. Christian Gründling
Chemikalienpolitik, Chemikalienrecht,
Sicherheit am Arbeitsplatz,
Gefahrgutrecht, TUIS
Telefon: 05/90 900 3348
gruendling@fcio.at



Dr. Franz Latzko
Biotechnologie/Gentechnik,
Lebensmittelrecht, Forschung/Innovation
Telefon: 05/90 900 3367
latzko@fcio.at



Mag. Dorothea Pritz
Kommunikation, Bildungsförderung
Telefon: 05/90 900 3364
pritz@fcio.at



Dr. Johann Pummer
Geschäftsführer-Stv
Telefon: 05/90 900 3372
pummer@fcio.at



Dr. Klaus Schaubmayr
KollektivvertragArbeitsrecht,
Chemikalienrecht, Verwaltungsstrafverfahren
Telefon: 05/90 900 3749
schaubmayr@fcio.at



Dr. Dominique Schröder
Biozidrecht, Responsible Care
Telefon: 05/90 900 3373
schroeder@fcio.at



Dr. Reinhard Thayer
Luft, Wasser, Energie/Klimaschutz,
Betriebsanlagenrecht
Telefon: 05/90 900 3365
thayer@fcio.at



CHEMISCHE INDUSTRIE

**FACHVERBAND DER
CHEMISCHEN INDUSTRIE
ÖSTERREICHS - FCIO**

Wiedner Hauptstraße 63

1045 Wien, Austria

T +43 (0) 590 900-3340

F +43 (0) 590 900-280

M office@fcio.at

www.fcio.at